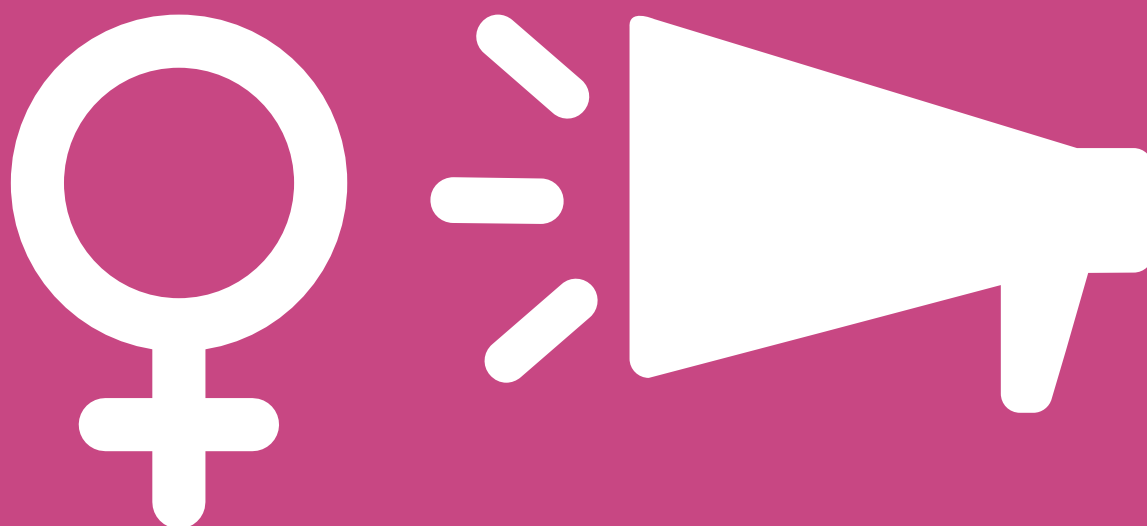


ANTIFEMINISMUS ALS DEMOKRATIEGEFÄHRDUNG?! GLEICHSTELLUNG IN ZEITEN VON RECHTSPOPULISMUS



Inhaltsverzeichnis

1. Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus	6
2. Geschlechterbilder sowie Familien- und Geschlechterpolitiken rechtspopulistischer bis extrem rechter Akteur*innen.....	10
3. Frauen im rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum.....	15
4. Weltanschauung und Strategien im Rechtspopulismus. Vorgehen in Parlamenten, Verwaltungen und Öffentlichkeitsarbeit	20
5. „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte haben eine große Expertise – diese muss noch besser sichtbar werden.“ Ein Gespräch mit der Politikwissenschaftlerin Regina Frey	24
6. Interviewstudie: Gleichstellungsarbeit in Zeiten rechtspopulistischer Dynamiken	27
7. Interviewstudie: Gegenstrategien aus der Praxis der Gleichstellungsarbeit	36
8. Analysieren – Positionieren – Konfrontieren – Streiten. Allgemeine Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus.....	39
9. Was tun mit Rechtspopulist*innen auf Podien und im Publikum?	43
10. Handlungsstrategien zum Umgang mit Rechtspopulismus in den sozialen Medien.....	45
Serviceteil: Literaturempfehlungen und Ansprechpartner*innen	47

Vorwort

Liebe Kolleginnen,

die Handreichung „Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“ soll Euch als „Grundlagenwerk“ nützlich sein und Euch dabei helfen, die Ziele und Vorgehensweisen von rechtspopulistischen Strömungen und Parteien kennenzulernen und einordnen zu können.

Viele von Euch haben uns davon berichtet, dass sie in ihrer Funktion als Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte von Vertreter*innen rechtspopulistischer Parteien angegriffen und mit Anfragen konfrontiert werden. Häufig wird auch gefordert, Gleichstellung und Gleichstellungsbeauftragte abzuschaffen.

Fallbeispiel AfD-Antrag: *Die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsalltag ist seit langem vollzogen. In vielen Lebensbereichen sind Mädchen und Frauen inzwischen im Vorteil gegenüber dem männlichen Geschlecht. [...] Benachteiligt sind heute eher die Männer. [...] Angesichts dieser Verwerfungen müsste über eine Förderung von Jungen und Männern nachgedacht werden. Gefördert wird aber nur das weibliche Geschlecht mit Veranstaltungen wie Mädchenferienlager, Frauenwerkstatt, Infobörse für Mädchen und Frauen und Frauenschwimmen. Die Gleichstellungsbeauftragten fördern die Ungleichheit und tragen zur zunehmenden Spannung in der Gesellschaft bei.*¹

Wer sind diese Akteur*innen, welches Gesellschaftsbild vertreten sie, welche Ziele verfolgen sie und welche Strategien wenden sie an, um Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu bekämpfen? Die Amadeu Antonio Stiftung ist in unserem Auftrag diesen Fragen nachgegangen und hat Antworten formuliert.

Zentraler Teil sind Interviews mit insgesamt acht Kolleginnen aus ost- und westdeutschen Städten, Kreisen und Gemeinden, die über ihre oft erschreckenden Erfahrungen mit Rechtspopulisten in Stadtparlamenten, Land- oder Kreistagen berichtet haben.

Ein Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit Geschlechterbildern und Familien- und Geschlechterpolitik von Rechtspopulist*innen, ein weiteres mit Frauen in der rechten Szene. Auch Ideologien und Strategien werden beleuchtet, etwa in Parlamenten, Verwaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Dr. Regina Frey von der Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht stellt in ihrem Interview heraus, wie wichtig Daten und Fakten sind, um rechtspopulistische Behauptungen gegen Gleichstellung argumentativ zu bekämpfen.

Mit dieser Handreichung möchten wir Euch außerdem Gegenstrategien an die Hand geben, die Euch dabei helfen können, im Alltag mit Antifeminismus und Rechtspopulismus umzugehen. Dazu gibt es einen ausführlichen Praxisteil.

Die Handreichung finden Sie im öffentlichen Bereich unserer Website.

Ein Serviceteil mit Literatur und Ansprechpartner*innen, sowie Berater*innen und Referent*innen schließt die Handreichung ab.

Wir wünschen uns, dass Euch diese Handreichung im Alltag hilft und gegen die Angriffe von „Rechtsaußen“ stärkt.

Die Bundessprecherinnen

¹ vgl. „AfD-Fraktion: Gleichstellungsbeauftragte abschaffen – sie fördern die Ungleichheit!“ vom 30.04.2015. AfD-Fraktion im sächsischen Landtag; <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-fraktion-gleichstellungsbeauftragte-abschaffen-sie-foerdern-die-ungleichheit.html>.

Gemeinsam gegen Antifeminismus

Die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung berät und schult mit einem besonderen Fokus auf Gender bundesweit Zivilgesellschaft, Politik, Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF): Was bedeutet die Arbeit gegen Rassismus oder Antisemitismus konkret in der Praxis? Wie kann hier auf rechtspopulistische Dynamiken in der Gesellschaft und ein Erstarken völkischer Positionen reagiert werden? Warum können Menschen sowohl Diskriminierte als auch Diskriminierende sein? Welche Rolle spielt Geschlecht bei abwertenden Einstellungen und Äußerungen? Warum sind die Themen Feminismus, Gender oder Geschlechtergerechtigkeit Feindbilder rechtspopulistischer oder extrem rechter Akteur*innen, die von diesen aber auch instrumentalisiert werden, und wie erkenne ich das?

Die Handreichung „Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“ erarbeitete die Amadeu Antonio Stiftung im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG). Damit reagiert die BAG auf den gestiegenen Bedarf und den Wunsch mehrerer Gleichstellungsbeauftragte*r und Landesarbeitsgemeinschaften kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, die von zunehmenden Angriffen auf die Arbeit durch rechtspopulistische bis extrem rechte Akteur*innen berichten. Zusätzlich belastet eine Vielzahl von Anträgen und Angriffen die Gleichstellungsbeauftragten und die Verwaltungen. Viele Kolleg*innen wünschen sich daher Beratungen, Informationen, Erfahrungswerte, Unterstützung und konkrete Handlungsoptionen im Umgang mit antifeministischen Haltungen und Angriffen.

Die Handreichung informiert darüber hinaus über Antifeminismus als Demokratiegefährdung. Bisher wurde dies weder in der öffentlichen Wahrnehmung noch bei politischen Entscheidungsträger*innen noch in weiten Teilen der Rechtsextremismusforschung und in der Präventionsarbeit ausreichend berücksichtigt. Hier muss dringend mehr getan werden. Die Handreichung zeichnet nach, dass Antifeminismus inhärenter Teil extrem rechter Haltungen ist. Antifeminismus und Genderthemen funktionieren zudem als verbindendes Element zwischen ganz unterschiedlichen extrem rechten Strömungen. Zugleich besitzen sie hohes Mobilisierungspotenzial bis weit in bürgerliche und konservative gesellschaftliche Kreise.

Welche konkreten Gefahren von einem Erstarken rechtspopulistischer und damit antifeministischer Dynamiken auf die demokratische Praxis der Gleichstellungsarbeit ausgehen, zeigen vor allem die Berichte aus der Praxis. Mut machen die professionellen, emanzipatorischen und solidarischen Vorschläge und Ideen, wie darauf reagiert werden kann. Sie zeigen zudem, dass der Umgang mit menschenfeindlichen Argumentationen oder antidemokratischen, antifeministischen und vielfaltsfeindlichen Haltungen und Handlungen eine gezielte Entwicklung und konsequente Umsetzung von Gegenstrategien erfordert.

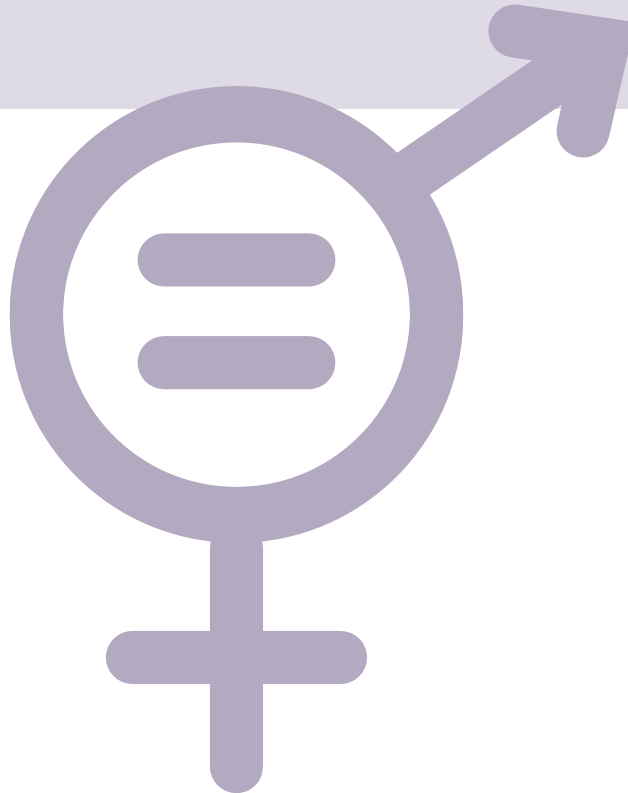
Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns, wenn wir Sie als Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bei Ihrer Arbeit unterstützen können.

Judith Rahner

Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung

1. Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten eines erstarkenden Rechtspopulismus

Von Judith Rahner



Hass, Herabsetzung und Diskriminierung lassen sich in unterschiedlichen sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern finden. Sie sind Thema auch in der Frauen- und Gleichstellungsarbeit. Unter dem Eindruck eines Erstarkens autoritärer, antiliberaler, vielfaltsfeindlicher und rechtspopulistischer Dynamiken in der deutschen Gesellschaft steht zu befürchten, dass Polarisierungen, Menschenfeindlichkeit und Hass weiter zunehmen werden. Wie kann feministisches Handeln und wie kann eine diskriminierungskritische Gleichstellungsarbeit auf diese Entwicklungen reagieren?

Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit als Herausforderungen für die Gleichstellungsarbeit

In Deutschland erstarkt und formiert sich seit einigen Jahren eine Neue Rechte, die sich unterschiedlichen ideologischen Strömungen – vor allem Antiliberalismus und Antimodernismus, Rechtskonservatismus und Rassismus, völkischem Nationalismus, Antisemitismus und in Teilen auch Rechtsextremismus – zuordnen lassen.² Vertreter*innen rechtspopulistischer bis extrem rechter Bewegungen können dabei auf teils prominente Stichwortgeber*innen aus der Wissenschaft, aus unterschiedlichen Parteien sowie aus Funk und Fernsehen

² Vgl. Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz Juventa: Weinheim. Vgl. Kastrup, Wolfgang/Kellershohn, Helmut (Hg.) (2016): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast: Münster.

zurückgreifen. Eingebettet ist diese Formation in eine gegenwärtige gesellschaftliche Stimmung, die eine Normalisierung von Rassismus und Antifeminismus befördert. Dazu gehören zahlreiche Anschläge auf Geflüchtete und deren Unterkünfte, auf Moscheegemeinden und ehrenamtliche wie professionelle Unterstützer*innen sowie Einschüchterungen und Gewalt gegen Feminist*innen, Minderheiten, politische Gegner*innen auf der Straße oder im Netz, gegen Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen.

Info-Kasten: Rechtspopulismus

Rechtspopulismus wird verstanden als „volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, die sich „mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als ‚Anwälte des Volkes‘ inszeniert“.³ Zwei rhetorische Abgrenzungen sind dafür zentral: ‚wir hier unten‘ gegen ‚die da oben‘ und ‚wir‘ gegen ‚die anderen‘. Eine rechtspopulistische Orientierung ist gekennzeichnet durch menschenfeindliche Einstellungen gegenüber Menschen, die beispielsweise als ‚Fremde‘, Muslim*innen, Asylsuchende oder Roma wahrgenommen oder markiert werden, durch rechtsgerichtete autoritäre Orientierungen, durch Misstrauen in die Demokratie und durch die Abgrenzung gegenüber (beliebig definierten) Eliten.⁴

Im Zuge der Ausweitung und Ausdifferenzierung rechtspopulistischer und extrem rechter Bewegungen differenzieren sich auch Akteur*innen und ihre jeweiligen (geschlechter-)politischen Positionen aus. Gemein ist ihnen, dass die Kategorie Geschlecht innerhalb dieser Lebenswelten eine signifikante Rolle spielt. Dabei gilt eine Orientierung an traditionellen Geschlechterrollen, -eigenschaften und -fähigkeiten; soziale Positionen werden qua Geschlecht zugeordnet. Rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen verfolgen also ein differenztheoretisches bzw. biologistisches Modell. Davon abweichende Lebensweisen und Identitäten werden als ‚unnatürlich‘ diffamiert und bekämpft. Ein ganz wesentliches Fragment der Ideologien rechter Bewegungen ist folglich der Antifeminismus.⁵ (Siehe Kapitel 2.)

Ein erstarkender Rechtspopulismus bedeutet auch ein Erstarken des Antifeminismus

Antifeminismus gibt es, seit es den Feminismus gibt – in Europa also seit ungefähr 230 Jahren, wenn man Olympe de Gouges' *Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin* als Ausgangspunkt wählt. Diese proklamierte sie 1791 in Frankreich als Zusatz zur Erklärung der Menschenrechte. De Gouges hat den feministischen Kampf für die Anerkennung der Würde und der Vernunft von Frauen und gegen den Antifeminismus ihrer Zeit noch mit dem Leben bezahlt. Seitdem ist viel geschehen in Sachen Gleichberechtigung. Aber der Kampf um die Gleichstellung der Frau ging immer auch mit Gegendiskursen und Gegenbewegungen einher, so auch heute: Seine Gegner*innen machen den Feminismus für persönliche Probleme (z.B. Ehescheidungen) sowie für wirtschaftliche und soziale Probleme von Frauen und der Gesellschaft insgesamt verantwortlich.⁶ Antifeminismus richtet sich gegen Feminismen und ihre jeweiligen politischen Ziele. Er kann also gegen Feminismus als kollektive Bewegung – mit zum Teil fundamentalen Ideen für gesellschaftliche Veränderungen⁷ – gerichtet sein und ebenso gegen die konkrete gesetzlich verankerte kommunale Frauen- und Gleichstellungsarbeit (siehe Kapitel 5). Zu den Hauptbestandteilen gegenwärtiger antifeministischer und rechtspopulistischer Politiken zählt die Bekämpfung der Geschlechtergerechtigkeit, des Feminismus und der vielfältigen Lebensentwürfe von Frauen und Familien. Ebenso gehört dazu die Bekämpfung von Frauen- und Geschlechterforschung und die Ablehnung der Gleichberechtigung von Homosexuellen und Trans*. Kennzeichnend ist außerdem die permanente Diffamierung der Emanzipation gesellschaftlicher Gruppen als übertriebene political correctness.

Antifeministische Ressentiments werden derzeit vor allem entlang von Rassismus und Islamfeindlichkeit und im Kontext der Bewahrung vermeintlich traditioneller, konservativer oder christlicher Werte geschürt. Sie finden hohe Resonanz und Anschlussfähigkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Signalwörter und Diskursstränge können eine Brückenfunktion zwischen extrem rechten Bewegungen und dem

3 Vgl. Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien: Wiesbaden. S. 43ff.

4 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2016): Positionieren, Konfrontieren, Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Amadeu Antonio Stiftung: Berlin. S. 6. URL: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/ files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf (abgerufen am 28.06.2018).

5 Vgl. Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung.

Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press: Hamburg.

6 Vgl. Faludi, Susan (1991): Backlash. The undeclared War against American Women. Anchor Books: New York.

7 Vgl. Gill, Rosalind (2018): Die Widersprüche verstehen. (Anti-)Feminismus, Postfeminismus, Neoliberalismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. (Anti-)Feminismus. APuZ – Zeitschrift für politische Bildung. Bonn. S. 12-19.

Mainstream einnehmen. Dann werden beispielsweise feministische kinderlose Frauen als ‚verbitterte Karrierefrauen‘ verächtlich und für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht; der ‚Gender-Wahn‘ und die rassistische Figur des ‚übergrieffigen Fremden‘ werden konstruiert; Gewalt an Frauen wird als alleiniges Problem eingewanderter junger Männer dargestellt, an dem wiederum die Feminist*innen schuld seien, da sie Migration befürworten.⁸

Hinzu kommen Diskussionen um das Thema Gender. Der ‚Antigenderismus‘ des Rechtspopulismus tritt hier als eine Spielart des Antifeminismus zutage. Der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. den Gender Studies spricht er ihre Wissenschaftlichkeit ab; zudem zieht er massiv gegen die liberale Idee einer Geschlechtervielfalt zu Felde; schließlich wendet er sich unter dem Kampfbegriff der ‚Frühsexualisierung‘ gegen eine plurale Sexualerziehung.⁹

Im Rechtspopulismus finden sich durchaus auch heterogene Auffassungen, was die Rolle von Frauen, das Ziel ihrer gesellschaftlichen Aufwertung oder gar die Frage des Feminismus – beziehungsweise dessen, was darunter verstanden wird – betrifft. Sie changieren zwischen zwei Polen. Einerseits ist der Feminismus ein massives Feindbild; er sei schuld an Migration und damit an einer angeblichen ‚Überfremdung‘. Andererseits wird eine nationalistische Frauenrolle proklamiert: Mit biologistischen und ultrakonservativen Argumentationen werden Mutterschaft und vermeintlich typisch weibliche Eigenschaften aufgewertet. Rechtskonservative bis extrem rechte Frauen werden als ‚wahre Feministinnen‘ inszeniert, die – im Gegensatz zu ‚Fake-Feministinnen‘ – ‚deutsche Frauen‘ vor sexualisierter Gewalt durch ‚Fremde‘ schützen. Vor allem letztere Argumentation hat gegenwärtig Konjunktur und verfügt über ein enormes Mobilisierungspotential bis weit in konservative und bürgerliche Kreise der Gesellschaft hinein.

Frauen selbst spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, antifeministische Ziele und geschlechterpolitische Themen zu transportieren. Sie geben antifeministischen oder sexistischen Argumentationen Gewicht – nach dem Motto: ‚Wenn sogar eine Frau das sagt, ...‘. Außerdem geben sie extrem rechten Bewegungen ein weibliches, vermeintlich friedfertiges

Gesicht und machen sie damit anschlussfähig an die gesellschaftliche Mitte. Geschlechterpolitische Fragestellungen und sogenannte Frauenthemen werden in (neu)rechten Bewegungen – auch von weiblichen Vertreter*innen – ambivalent verhandelt. Die propagierten Geschlechterbilder und die zugrunde liegenden sexistischen Ideologien einerseits, die Vereinnahmung feministischer Anliegen sowie die aktive politische Rolle von Frauen innerhalb der Bewegung andererseits führen zu einer widersprüchlichen Gemengelage.

Politische Einflussnahme auf Gleichstellungsarbeit

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist zur wichtigsten parteipolitischen Akteurin der Neuen Rechten geworden. Antifeministische, sexistische, rassistische und völkisch-nationalistische Ideologien, die im Rechtspopulismus vertreten werden, finden sich auch in der Programmatik der AfD. In Parteiprogrammen, Vorstandsbeschlüssen und öffentlichen Verlautbarungen von Funktionsträger*innen werden zum Teil antifeministische Positionen vertreten.¹⁰ Die AfD ist in zahlreichen Stadt- und Landesparlamenten sowie – mit teils stark umstrittenen Abgeordneten¹¹ – im Deutschen Bundestag vertreten. Folglich können Abgeordnete Einfluss auf konkrete politische Gestaltungsprozesse nehmen. So sind bereits Versuche auszumachen, antirassistische, gendergerechte und menschenrechtsorientierte Politiken, Gesetze und Maßnahmen infrage zu stellen bzw. rückgängig zu machen.¹² Die Möglichkeit der konkreten Einflussnahme auf die Gestaltung von Frauen- und Gleichstellungsarbeit wird rege genutzt: Im Bundestag hielt die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst am 1. März 2018

10 Vgl. AfD-Wahlprogramm 2017. Vgl. Trawnik, Mareike (2017): Nach der Bundestagswahl: AfD, die neue Rechte und der programmatische Antifeminismus. URL: <http://blog.feministische-studien.de/2017/10/nach-der-bundestagswahl-afd-die-neue-rechte-und-der-programmatische-antifeminismus/> (abgerufen am 28.06.2018).

11 Der AfD-Abgeordnete des Bundestages Peter Boehringer glaubt an die Existenz geheimer, global operierender Eliten, die im Hintergrund an einer neuen Weltordnung (New World Order, NWO) arbeiten, und dass die Bundesregierung bereits durch die NWO gesteuert sei. Boehringer glaubt zudem, Geflüchtete aus dem Nahen Osten seien Teil einer gesteuerten Invasion, um Europa zu islamisieren (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/gaulands-mitstreiter-diese-rechten-will-die-afd-in-den-bundestag-schicken/20344126.html, abgerufen am 12.01.2018). Der Richter und AfD-Abgeordnete Jens Maier hetzt auf Facebook gegen den Sohn von Boris Becker und gegen Muslim*innen und nannte sie unter anderem „Gesindel“ und „Schleiereulen“ (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/jens-maier-aus-sachsen-afd-politiker-aeuert-verstaendnis-fuer-rechtsterrorist-anders-breivik/19698996.html (abgerufen am 12.01.2018)). Der AfD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser fordert, Muslim*innen die Religionsfreiheit zu entziehen, und rückt damit von dem im Grundgesetz garantierten Grundrecht ab.

12 So lehnt die AfD beispielsweise die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als „unzulässig[en] Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder“ ab (vgl. AfD-Wahlprogramm 2017, S. 41) und diffamiert das Thema Gender als eine Gefahr für das Kindeswohl (ebd., S. 40).

8 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2015): Das Bild des übergrieffigen Fremden. Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird. Amadeu Antonio Stiftung: Berlin. URL: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/fachstelle/broschuere-mythos-web.pdf (abgerufen am 28.06.2018).

9 Vgl. Sielert, Uwe (2016): Kampfbegriff Frühsexualisierung. In: Zeit online. URL: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-11/sexualkunde-fruehsexualisierung-bildung-afd/komplettansicht (abgerufen am 28.06.2018).

eine Rede zum Weltfrauentag. Darin diffamierte sie die Bemühungen, Benachteiligungen von Frauen weiter abzubauen, als „Gleichstellungstotalitarismus“. Strukturelle Benachteiligung wie etwa den Gender-Gap oder einen geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen gebe es überhaupt nicht: Sie sei „wie ein Yeti. Jeder redet darüber, aber keiner hat sie je gesehen.“ Höchst ergänzte: „Apropos Gleichstellungsbeauftragte. Diesem Instrument zur systematischen Männerbenachteiligung können wir nichts abgewinnen.“¹³

In vielen Landesparlamenten werden durch zahlreiche kleine Anfragen von AfD-Abgeordneten Themen wie Gender, Diversity, Vielfaltspädagogik oder Aufklärung gegen menschenfeindliche Einstellungen unter dem Schlagwort ‚Indoktrinationsverbot‘ angegriffen; die Finanzierung der entsprechenden Initiativen wird infrage gestellt oder diese werden als linksextremistisch diffamiert.¹⁴ Dazu gehören auch Anfragen und Anträge in Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamenten einzelner Kommunen, die sich direkt gegen die Gleichstellungsarbeit richten und die Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten einfordern. So hat die AfD in Frankfurt im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen den Antrag gestellt, die Förderung für Frauen- und Queerprojekte zu streichen. Im Jahr zuvor wollte sie bereits das Frauenreferat abschaffen.¹⁵

Antifeminismus als Demokratiegefährdung ernstnehmen

Frauenfeindlichkeit, Misogynie, Frauenhass oder Sexismus nehmen sehr unterschiedliche Gestalten und Formen an, und sie sind sehr viel älter als der Antifeminismus. Frauenfeindlichkeit kann aber als Mittel eingesetzt werden, um Antifeminismus durchzusetzen. Vor allem dann, wenn sie als Feministinnen das Wort ergreifen, werden Frauen massiv eingeschüchtert und sollen so zum Schweigen gebracht werden. In welcher erschreckendem Ausmaß und mit welcher Heftigkeit Gewalt, Vergewaltigungen oder sexualisierter Mord angedroht werden, können vor allem frauenbewegte

Politiker*innen und Netzfeminist*innen berichten.¹⁶ Es lässt sich fragen, ob Hetze und Diffamierungen in sozialen Medien und in den Kommentarspalten der Zeitungen sowie sexistische Äußerungen mächtiger Politiker, wie beispielsweise Donald Trump, als Ausdruck einer Normalisierung von Sexismus und Antifeminismus verstanden werden müssen. Andererseits lässt sich gegenwärtig aber auch ein Anstieg feministischer Aktivitäten und Erfolge ausmachen. Dazu gehören sowohl der Aufstieg eines populären Feminismus, der durch prominente Schauspieler*innen vertreten wird, als auch Debatten und Konsequenzen aus #MeToo, #Aufschrei oder #TimesUp.¹⁷

Nicht jede Kritik an Feminismus und feministischen Zielen ist antifeministisch; Feminismus ist dynamisch und befindet sich in einem Prozess ständiger Veränderung. Der Kampf für Frauenrechte und gegen Sexismus verbindet sich jedoch seit jeher mit dem Kampf für Menschenrechte und gegen weitere Formen der Diskriminierung und Hierarchisierung wie Rassismus, Kapitalismus, Nationalismus, Kolonialismus oder Heterosexismus. Dieses ideelle Verständnis von Feminismus ist mit antiliberalen, antimodernen und rassistischen Vorstellungen extrem rechter Bewegungen und Politiken nicht vereinbar. Der Anstieg und die Verschärfung einer antifeministischen und frauenverachtenden gesellschaftlichen Stimmung, Gegendiskurse zur Gleichstellung von Mann und Frau sowie genderbezogene Aggressionen müssen im Blick behalten werden und als das bezeichnet und bekämpft werden, was sie sind: antidemokratisch.

13 Vgl. Deutscher Bundestag (2018): Plenarprotokoll 19/17. Stenografischer Bericht. 17. Sitzung, S. 11.

14 Beispielsweise wird bei Schulworkshops zu lesbischen oder schwulen Lebensweisen ein „verfassungsrechtliches Indoktrinationsverbot“ bedroht gesehen (vgl. <https://kleineanfragen.de/schleswig-holstein/19/363> abgerufen am 12.1.2018); zudem werden sämtliche Berliner Initiativen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in die Nähe von Linksextremismus gerückt (vgl. <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12127.pdf>, abgerufen am 28.06.2018).

15 Vgl. Friederike Tinnappel (2018): AfD-Anträge gegen Frauenprojekte sorgen für Protest. In: Frankfurter Rundschau. URL: www.fr.de/frankfurt/fragestunde-afd-antraege-gegen-frauenprojekte-sorgen-fuer-protest-a-1488961 (abgerufen am 28.06.2018).

16 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) (Hg.) (2015): Dann geh' doch nicht ins Internet?! Gewalt gegen Frauen im Netz. URL: www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/doku_bag_tagung_cybermobbing_nov2014.pdf (abgerufen am 28.06.2018).

17 Vgl. Gill (2018): Die Widersprüche verstehen.

2. Geschlechterbilder sowie Familien- und Geschlechterpolitiken rechtspopulistischer bis extrem rechter Akteur*innen

Von Milan Fröhlich, Marius Hellwig und Rachel Spicker



Sexistische, homo- und trans*feindliche und antifeministische Positionen sind tief in der Gesellschaft verwurzelt. Während Rechtsextreme seit jeher versuchen, an diese Haltungen anzuknüpfen, treten in den letzten Jahren verstärkt rechtspopulistische Akteur*innen mit einer modernisierten Form des Antifeminismus in die Öffentlichkeit. Diese Angriffe stellen eine besondere Herausforderung für die Arbeit von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten dar. Im Folgenden wird die Agitation in diesen Themenbereichen beispielhaft anhand einzelner Akteur*innen des rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrums dargestellt.

Geschlechterbilder

Rechtspopulistische bis extrem rechte Milieus gehen zu größten Teilen von einer biologischen Zweigeschlechtlichkeit, „naturgegebenen Unterschieden zwischen den

Geschlechtern¹⁸ und einer daraus resultierenden Geschlechterordnung aus. Basis für diese Geschlechterordnung ist die heterosexuelle, reproduktive Beziehung zwischen Mann und Frau. Für Frauen ergibt sich daraus in erster Linie die Rolle als Hausfrau und Mutter, die für Reproduktion und Erziehung zuständig ist. Dadurch wird sie darin eingeschränkt, frei über ihren Körper zu verfügen, der immer auch im Dienst der Gemeinschaft stehen soll. Frauen gelten in extrem rechten Kreisen als gleichwertig, aber nicht gleichartig; stattdessen wird ein starrer Dualismus zwischen Männern und Frauen festgesetzt, der Frauen faktisch (strukturell) benachteiligt. Für Männer ergeben sich aus den traditionellen Rollenvorstellungen ebenfalls bestimmte Erwartungen: Sie sollen wehrhaft und in der Lage sein, Frauen zu schützen und zu verteidigen. Nichtsdestotrotz können auch Frauen in der rechten Szene wichtige Posten einnehmen und entscheidende Funktionen erfüllen. Oft werden Kandidatinnen rechtspopulistischer oder

18 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, S. 40. URL: www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (abgerufen am 26.06.2018).

extrem rechter Parteien auch strategisch in den Vordergrund gerückt, damit die Partei friedfertiger und weniger radikal wirkt; dies gelingt nur, weil Frauen in der Öffentlichkeit generell weniger als politisch handelnde Akteurinnen wahrgenommen werden.

Die biologistisch-zweigeschlechtliche Vorstellung gleichwertiger, aber grundverschiedener Geschlechter zeigt sich beispielsweise bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD): „Die NPD bekennt sich zur Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit von Mann und Frau“.¹⁹ Aktivist*innen der rechtsextremen *Identitären Bewegung (IB)* beschreiben die Germanin, die Kampfgefährtin gewesen sei, ohne „ihre Weiblichkeit zu verlieren“, als „ideale Frau“.²⁰ Ihr Frauenbild generell ist ambivalent. Einerseits machen sie Frauen für die „Kolonialisierung Europas“ durch muslimische Einwanderer mitverantwortlich, weil ihr Wahlverhalten zeige, dass Frauen eher „einwanderungsfreundliche Parteien“ wählten. Andererseits werden Frauen als Opfer einer „Kolonialisierung“ durch Menschen aus „frauenfeindlichen Kulturen“ dargestellt; daher müssten sie von ‚deutschen Männern‘ geschützt werden. Frauen werden angehalten, Kinder zu gebären und so den Erhalt des „Volkes“ zu sichern, um diesem „Ethnomasochismus“ etwas entgegenzusetzen.²¹ Die gewaltvolle, sexistische Sprache einzelner *IB*-Aktivist*innen bei gleichzeitiger Kritik an angeblich ‚frauenfeindlichen Kulturen‘ bleibt ein offener Widerspruch. So sind im Online-Shop der *IB* Shirts mit der Aufschrift „Gents against Femen“ zu finden. Inmitten des Schriftzuges ist ein Mann mit schwingender Peitsche abgebildet. Dazu heißt es in der Produktbeschreibung: „Damen behandeln wir wie Damen, aber gegen wildgewordene Hyänen hilft manchmal wirklich nur eine knallende Peitsche.“²²

Familienpolitiken

Die Familienpolitik rechtskonservativer bis extrem rechter Akteur*innen orientiert sich am Bild der traditionellen Familie „aus Vater, Mutter und Kindern“.²³ Für eine „normale mittelgroße Familie“²⁴ brauche es heterosexuelle Eltern und Kinder. Familienmodelle mit

einer alleinerziehenden Person oder einem homosexuellen Elternpaar werden abgelehnt. So behauptet die AfD in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, es gebe alarmierende Erkenntnisse über die Auswirkungen von Alleinerziehungsmodellen auf die kindliche Entwicklung. Alleinerziehende sollten daher nur dann finanziell unterstützt werden, wenn zuvor geprüft wurde, ob ihre Situation nicht „selbstverschuldet“ zustande kam.²⁵ Bei Scheidungen möchte die AfD zukünftig wieder „schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität“ prüfen und sanktionieren lassen.²⁶ Die Förderung anderer Formen der Familie, die dem heteronormativen Modell entgegenstehen, lehnt die AfD ebenso wie die NPD ab.²⁷ Letztere fordert eine „nationale Familienpolitik“ und ein „effektive[s] Fördersystem, das ausschließlich deutschen Familien und Kindern zugutekommen darf“.²⁸

Unter dem Motto „Willkommenskultur für Kinder“ fordert die AfD „klassische Familien“ auf, sich fortzupflanzen.²⁹ Der Begriff der Willkommenskultur ist den Debatten um geflüchtete Menschen entliehen und gegen diese umgedeutet worden: Statt der Integration von Geflüchteten und deren Kindern wird eine Vermehrung der ‚eigenen‘ Nachkommen propagiert. Hier zeigt sich das völkisch-nationalistische Verständnis von der Familie als Keimzelle der Nation, auf das auch der Slogan auf einem AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017 verweist: „Neue Deutsche? Machen wir selbst!“³⁰ In der Diskussion um Familie werden folglich heteronormative und rassistische Vorstellungen verknüpft. AfD wie NPD begreifen Familienpolitik als Bevölkerungspolitik, insofern ausschließlich heterosexuelle, kinderreiche, ‚deutsche‘ Familien gestärkt werden sollen, um das Bevölkerungswachstum anzukurbeln.

Reproduktive Rechte

Der Erhalt des ‚deutschen Volkes‘ ist ein zentrales Ziel rechtspopulistischer und extrem rechter Akteur*innen. Daraus ergibt sich die bevölkerungspolitische Ausrichtung, die Reproduktion ‚deutscher Familien‘ zu fördern. Schwangerschaftsabbrüche werden folglich eher kritisch gesehen oder abgelehnt. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 verweist die AfD darauf, dass

19 Vgl. NPD: Das Parteiprogramm. Arbeit, Familie, Vaterland. S. 12. URL: https://npd.de/Parteiprogramm_NPD.pdf (abgerufen am 26.06.2018).

20 Vgl. Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg: Podcast „Das Leuchtfener“. Identitäre Frauen. Folge 8. URL: www.youtube.com/watch?v=RuH5j7e7J10 (abgerufen am 26.06.2018).

21 Vgl. Goetz, Judith (2017): „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...“. Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären‘. In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. S. 255 f.

22 Vgl. ebd. S. 279.

23 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 40.

24 Vgl. ebd. S. 37.

25 Vgl. ebd. S. 38.

26 Vgl. ebd. S. 38.

27 Vgl. ebd. S. 40.

28 Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands: Familie. URL: www.npd.de/themen/familie/ (abgerufen am 28.06.2018).

29 Vgl. Alternative für Deutschland: Familie/Bevölkerung. URL: www.afd.de/familie-bevoelkerung/ (abgerufen am 26.06.2018).

30 Vgl. Bernhardt, Lutz: Deutsche Begattungsverantwortung. Glosse zu AfD-Wahlplakat. In: Frankfurter Neue Presse. URL: www.fnp.de/nachrichten/politik/Deutsche-Begattungsverantwortung;art673,2720426 (abgerufen am 26.06.2018).

die „Tötung Ungeborener“ kein Menschenrecht werden dürfe.³¹ Die NPD möchte Abtreibungen aus „sozialen Beweggründen“ verbieten, „einzig und allein bei Gefahr der Gesundheit von Mutter und Kind, zu erwartenden schwersten Behinderungen sowie nach Vergewaltigungen“ seien sie legitim.³² Das Recht der Frauen, frei über ihren Körper entscheiden zu dürfen, wird in diesen Positionen erheblich eingeschränkt.

Einzelne Parteipolitiker*innen und innerparteiliche Gruppierungen wie die Christen in der AfD beziehen noch deutlicher Position: So kritisierte Beatrix von Storch bereits während ihrer Zeit als Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments Abtreibungen als „strafbare Handlungen“ und als „Beenden des Lebens ungeborener Kinder“.³³ In Berlin trat sie mehrmals auf dem sogenannten *Marsch für das Leben* auf, teils prominent hinter dem Fronttransparent³⁴; die jährlich stattfindende Demonstration gilt als wichtigste Aktionsform der sogenannten Lebensschutzbewegung, die christlich-fundamentalistisch geprägt ist und Schwangerschaftsabbrüche als Mord wertet.³⁵ Von Storchs rheinland-pfälzischer Parteikollege Michael Frisch forderte derweil die Landesregierung auf, die finanzielle Unterstützung des Medizinischen Zentrums von *pro familia* in Mainz, das Beratung bei der Familienplanung anbietet, einzustellen.³⁶

Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming

Fälschlicherweise fassen rechtspopulistische und extrem rechte Akteur*innen unter dem Begriff Gender Mainstreaming sämtliche gleichstellungspolitischen Maßnahmen zusammen; Ziel sei die Auflösung der Geschlechter. Gender Mainstreaming wird als Auswuchs der ‚Gender-Ideologie‘ und als Bedrohung dargestellt. So bekennt die NPD offen, dass sie die „naturwidrige

Gender-Mainstreaming-Ideologie“ ablehne.³⁷ Auch im Programm zur Bundestagswahl der AfD heißt es: „Wir lehnen [...] Bestrebungen [...] ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den ‚Equal Pay Day‘ oder die ‚geschlechterneutrale Sprache‘ umzusetzen.“³⁸ Die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative (JA), forderte im August 2017 als Reaktion auf die Kritik der Rostocker Gleichstellungsbeauftragten an der Wahlwerbung der AfD eine grundsätzliche Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten.³⁹ Auch Quotenregelungen zur Förderung der Gleichstellung seien kategorisch abzulehnen, weil sie „nur den Geschlechterkampf unnötig anheizen und sonst keinerlei Nutzen bringen“ würden, so Birgit Bessin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD Brandenburg.⁴⁰ Damit einher geht die Ablehnung von Frauen- und Geschlechterforschung und den Gender Studies, die unter anderem im Wahlprogramm der AfD als unwissenschaftlich und ideologisch motiviert diffamiert werden.⁴¹

Sowohl mit ‚Gender-Ideologie‘ als auch mit ‚Geschlechterkampf‘ werden Begriffe benutzt, die Gleichstellungsbestrebungen zu gefährlichen ideologischen Projekten gegen eine vermeintlich natürliche und harmonische Ordnung umdeuten. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die aus der hierarchisch strukturierten Geschlechterordnung entstehen, werden ignoriert.

Das Verhältnis von Sexismus und Rassismus

Aus den starren Rollenzuschreibungen der rechten Szene kann eine Vielzahl verschiedener Diskriminierungsformen aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts resultieren. Doch auch wenn sexistische Herabsetzungen in rechten Kreisen sehr präsent sind, werden Sexismus und Ungleichbehandlung von Frauen in der Regel nur bei ‚den anderen‘, häufig bei ‚den Muslimen‘, verortet und thematisiert. Exemplarisch für diese Doppelbödigkeit steht ein Wahlplakat der AfD: Drei Bikini tragende Personen am Strand sind von hinten zu sehen, überschrieben mit dem Spruch „Burkas? Wir steh’n auf Bikinis“⁴². Mit ihrem Plakat bedient die Partei offen

31 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 39.

32 Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). S. 13. URL: <https://medien.npd.de/dokumente/parteiprogramm.pdf> (abgerufen am 28.06.2018).

33 Vgl. Europäisches Parlament (2017): Plenardebatten. URL: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20170314+ITEM-010+DOC+XML+VO//DE (abgerufen am 26.06.2018).

34 Vgl. von Storch, Beatrix (20.09.2014). URL: www.facebook.com/BeatrixVonStorch/photos/pcb.783426418365472/783425578365556/?type=3&theater (abgerufen am 26.06.2018).

35 Vgl. Kluge, Christoph: Provokateure Gottes: Der „Marsch für das Leben“ und die religiöse Rechte. In: Belltower News. URL: www.belltower.news/artikel/provokateure-gottes-der-%E2%80%9Emarsch-f%C3%BCr-das-leben%E2%80%9C-und-die-religi%C3%B6se-rechte-12649 (abgerufen am 26.06.2018).

36 Vgl. Frisch, Michael (2017): Subventionierung der Mainzer Pro-Familia-Abtreibungsklinik durch die Landesregierung ist rechtswidrig. URL: www.afd-rlp-fraktion.de/familie/michael-frisch-afd-subventionierung-der-mainzer-pro-familia-abtreibungsklinik-durch-die-landesregierung-ist-rechtswidrig (abgerufen am 26.06.2018).

37 Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. S. 12.

38 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 40.

39 Vgl. Junge Alternative (24.08.2017). URL: www.facebook.com/pg/jafuer.de/posts/?ref=page_internal (abgerufen am 26.06.2018).

40 Vgl. Bessin, Birgit (08.02.2018). URL: https://twitter.com/AfD_FraktionBB/status/961628487990829058 (abgerufen am 26.06.2018).

41 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 40.

42 Vgl. Löer, Wigbert: (2017) Burgunder statt Burka und Bikini-Modells – Wahlkampagne entzweit AfD. in: Stern.de URL: www.stern.de/politik/deutschland/afd-wahlkampagne-entzweit-die-partei-7483008.html (abgerufen 28.06.2018).

Sexismus, um gegen Muslim*innen zu agitieren, denen wiederum eine Ungleichbehandlung der Frau unterstellt wird. Sexismus und Rassismus wirken so zusammen. AfD-Politiker*innen haben die Kritik an ihrem Wahlplakat derweil als überzogen zurückgewiesen. Die Bundestagsabgeordnete Joana Cotar unterstellte der Rostocker Gleichstellungsbeauftragten Brigitte Thielk gar „Neid auf die knackigen Mädels“ und empfahl ihr „mehr Selbstbewusstsein, statt verkniffene Verbotspolitik“.⁴³

Dass die AfD wenig Interesse an innerparteilichen Auseinandersetzungen mit Sexismus-Vorwürfen zu haben scheint, legt eine Begebenheit beim achten Bundestagparteitag nahe. Als die Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga in ihrer Rede eine sexistische Aussage ihres Parteikollegen Petr Bystron kritisierte, wurde ihr unter Verweis auf die Redezeit das Wort abgeschnitten.⁴⁴

Positionen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt

Eine beliebte Strategie rechter Akteur*innen ist es, sexualisierte Gewalt zu ethnisieren. Dies bedeutet, dass lediglich jene Gewalt skandalisiert und verurteilt wird, die (vermeintlich) von geflüchteten Männern, Migranten oder Männern of Color⁴⁵ ausgeübt wird.⁴⁶ Die Taten von weißen Deutschen werden hingegen meist nicht thematisiert. Nach wie vor werden sexualisierte Gewalttaten und Vergewaltigungen in der Mehrheit vom (bekanntem) sozialen Umfeld verübt, nicht von fremden Tätern.⁴⁷ Entsprechend unzulässig ist es, für sexualisierte Gewalt ausschließlich nicht-weiße und nicht-deutsche Täter verantwortlich zu machen. Die rassistische Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt findet sich im Rechtsextremismus, aber auch im Rechtspopulismus und in der Neuen Rechten. Auf Demonstrationen wie dem sogenannten Frauenmarsch in Berlin laufen daher mitunter NPD- und AfD-Politiker*innen neben fundamentalistischen Christ*innen, rechtspopulistischen Akteur*innen wie Lutz Bachmann und Aktivist*innen der *Identitären Bewegung*.⁴⁸

43 Vgl. Cotar, Joana (18.08.2017). URL: www.facebook.com/afd.joanacotar/photos/a.249295832152857.1073741828.242641809484926/365427290539710/?type=3&theater (abgerufen am 26.06.2018).

44 Vgl. Miazga, Corinna (02.12.2017). URL: www.youtube.com/watch?v=BJhauRhjDek.

45 Der Begriff ‚Männer of Color‘ ist angelehnt an die Selbstbezeichnung ‚People of Color‘ (PoC) von Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß angesehen werden und wegen ethnischer und/oder rassistischer Zuschreibungen diskriminiert werden.

46 Vgl. Jäger, Margarete (2001): Ethnisierung von Sexismus im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. In: Wichter, Sigurd/Antos, Gerd (Hrsg.): Wissenstransfer zwischen Experten und Laien. Umriss einer Transferwissenschaft, Peter Lang Verlag, Bern, S. 105-120.

47 Vgl. Frauen gegen Gewalt e.V. (2018): Vergewaltigung und sexuelle Nötigung. Mythen. Tatsachen. Zahlen. URL: www.frauen-gegen-gewalt.de/mythentatsachenzahlen-243.html (abgerufen am 28.06.2018).

48 Vgl. Abel, Andreas (2018): Mehr als 100 Strafanzeigen nach rechtem ‚Frauenmarsch‘. In: Berliner Morgenpost. URL: www.morgenpost.de/berlin/article213516567/AfD-muss-wegen-Frauenmarsch-im-Abgeordnetenhaus-einstecken.html (abgerufen am 26.06.2018).

Auch online wird auf unterschiedlichen rechtspopulistischen und extrem rechten Seiten das Bild des „übergreifigen Fremden“⁴⁹ bemüht. Bei von Storch heißt es etwa: „Wer Frauen schützen will, der muss die Grenzen schließen und Illegale abschieben.“⁵⁰ So inszeniert sich die AfD als einzige Partei, deren Politik im Interesse von Frauen stünde. Am Beispiel Nicole Höchst lässt sich die Doppelzüngigkeit dieser Argumentation aufzeigen: Im Zuge der #MeToo-Kampagne zitierte sie die Schweizer Moderatorin Tamara Wernli, die lamentierte, dass nicht mehr zwischen Anmache und sexuellem Missbrauch unterschieden werde und bereits der Vorwurf sexueller Gewalt genüge, um Männer zu verurteilen. Die Unterstellung, Männer könnten für eine „unbewusste menschliche Geste [...] gelyncht“⁵¹ werden, ist ein Beispiel dafür, wie Betroffene sexualisierter Gewalt zu Täter*innen gemacht werden. Lisa Lehmann, Mitglied des AfD-Landesvorstands in Sachsen-Anhalt, stellte die #MeToo-Debatte gegenüber dem verschwörungstheoretischen *Compact*-Magazin als überzogen dar und nannte sie ein „Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen, die besonders Frauen als Ergebnis naiver Multi-Kulti-Politik betreffen und bedrohen“.⁵² Von Storch bewies Desinteresse am Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, indem sie die Implementierung des Grundsatzes ‚Nein heißt Nein‘ im Sexualstrafrecht via Twitter ins Lächerliche zog.⁵³ Dementsprechend lehnte sie auch das „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ im Europäischen Parlament als überflüssig ab.⁵⁴ Ellen Kositzka, prominente Vertreterin der Neuen Rechten, befürchtete durch die Implementierung des Prinzips ‚Nein heißt Nein‘ einen Missbrauch des Gesetzes in Konflikten, die privat ausgetragen werden sollten; zudem warnt sie vor „Bürokratensex“, wenn sich eine Frau nicht mehr durch einen Mann erobern lassen könne – wie es ihrer Natur entspräche.⁵⁵

49 Zum Mythos des „übergreifigen Fremden“ siehe Amadeu Antonio Stiftung (2016): Das Bild des übergreifigen Fremden.

50 Vgl. von Storch, Beatrix (30.12.2017). URL: www.facebook.com/BeatrixVonStorch/photos/a.741122952595819.1073741847.549796328395150/1866895856685184/?type=3&theater (abgerufen am 28.06.2018).

51 Vgl. Höchst, Nicole (19.11.2017) URL: www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=480129462386547&id=200054723727357 (abgerufen am 28.06.2018).

52 Vgl. Lehmann, Lisa (29.12.2017). URL: www.compact-online.de/frauenpower-gegen-metoo-im-grunde-ist-das-linker-rassismus/ (abgerufen am 28.06.2018).

53 Vgl. von Storch, Beatrix (07.07.2016). URL: https://twitter.com/beatrix_vstorch/status/751031952283668480?lang=de (abgerufen am 28.06.2018).

54 Vgl. von Storch, Beatrix (2017): Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung. In: Europäisches Parlament. URL: www.europarl.europa.eu/meps/de/124825/seeall.html?type=WEXPL (abgerufen am 28.06.2018).

55 Vgl. Kositzka, Ellen: Bürokratensex. in: Eigentümlich frei. URL: <https://ef-berlin.de/berlin/article213516567/AfD-muss-wegen-Frauenmarsch-im-Abgeordnetenhaus-einstecken.html> (abgerufen am 26.06.2018).

Sexuelle Vielfalt und Geschlechtsidentitäten

Aus der starren biologischen Geschlechtervorstellung, dem Drang nach Eindeutigkeit sowie dem Ziel der Aufrechterhaltung des ‚deutschen Volkes‘ folgt, dass vielfältige Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen fernab der Heterosexualität im Allgemeinen abgelehnt werden – auch wenn sie im Speziellen zuweilen toleriert werden. Dies zeigten unter anderem die Reaktionen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, ein drittes Geschlecht im Geburtenregister eintragbar zu machen. Neben einigen unterstützenden Äußerungen – die jedoch nicht ohne Warnung vor einer angeblich übertriebenen Rücksichtnahme auskamen – zweifelten andere rechte Akteur*innen Intergeschlechtlichkeit grundsätzlich an. Die Junge Alternative machte das Vorhaben lächerlich und schlug vor, zwischen den Geschlechtseinträgen „weiblich“, „männlich“ und „geistig verwirrt“ zu unterscheiden.⁵⁶

Eine Neuausrichtung in der schulischen Aufklärung bezüglich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt lehnen rechtspopulistische bis extrem rechte Akteur*innen grundsätzlich ab. Im Wahlprogramm der AfD hieß es hierzu, Kinder dürften nicht „zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit“ werden. Dadurch wird Homosexualität in die Nähe von Pädophilie gerückt. Unter dem Kampfbegriff „Frühsexualisierung“ wird die Initiative zu einem ideologischen Projekt und einer illegitimen Einmischung des Staates umgedeutet.⁵⁷ Gegen die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hat sich in den letzten Jahren breiter Widerstand formiert. So gab es mehrere Demonstrationen des Bündnisses *Demo für alle*, die von zahlreichen Akteur*innen der extrem rechten Szene unterstützt wurden.⁵⁸

Homo- und Trans*feindlichkeit

Die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare war für viele rechtskonservative bis hin zu extrem rechten Akteur*innen ein rotes Tuch. In ihrem Parteiprogramm erklärte die NPD, dass homosexuelle Lebenspartnerchaften „keine Familie“ bilden würden und daher nicht gefördert werden dürften.⁵⁹ AfD-Fraktionsvorsitzender

Alexander Gauland betonte, dass die Partei verschiedenen Lebensentwürfen gegenüber offen eingestellt sei, aber die Öffnung der Ehe nicht unterstütze. Er argumentiert, dass die Ehe zwischen Mann und Frau ein zu erhaltender Bestandteil „christlich-abendländischer Kultur“ und ein „erstrebenswerter Bund als zentrales gesellschaftliches Element“ sei, aus dem Kinder hervorgingen.⁶⁰ Andere kritisierten die Öffnung der Ehe mit Verweis auf drängendere Probleme Homosexueller, so auch Alice Weidel. In einer Rede sagte die homosexuelle Fraktionsvorsitzende der AfD, dass sie jede Verbesserung der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare begrüße – im Zweifel auch gegen die Mehrheitsmeinung ihrer eigenen Partei. Diese Verbesserungen seien allerdings nichts wert, wenn sich homosexuelle Paare wegen „muslimischer Gangs“ nicht „Arm in Arm auf die Straße trauen können.“⁶¹ Hier zeigt sich die Strategie der Partei, jedes politische Thema mit den eigenen Feindbildern in Zusammenhang zu bringen. Weidel ging gar so weit, die AfD als einzige „echte Schutzmacht für Schwule und Lesben“ gegen die drohende Gefahr der „Islamisierung“ zu bezeichnen.⁶² Während sie selbst ihre Homosexualität zunächst nicht thematisierte, nutzt die Partei Weidel inzwischen als Kronzeugin der eigenen vermeintlichen Homofreundlichkeit.

Ein ähnliches Denkmuster wie Weidel, angereichert mit dem Feindbild der „linken Ideologie“, transportieren andere Gruppierungen der Partei: Die Junge Alternative sieht den Weg für Vielehen und Kinderehen ebnet⁶³, Christina Baum⁶⁴ warnt vor „Objektsexualität“ und Pädophilie. AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst lehnte das Adoptionsrecht für Homosexuelle mit der Begründung ab, dass es unter homosexuellen Männern mehr Pädophile gebe.⁶⁵

land. S. 12. URL: https://npd.de/Parteiprogramm_NPD.pdf (abgerufen am 28.06.2018).

60 Vgl. Gauland, Alexander (28.06.2017). URL: www.facebook.com/alternativfuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/1544306238933043/?type=3&theater (abgerufen am 28.06.2018).

61 Vgl. Weidel, Alice (21.09.2017). URL: www.facebook.com/aliceweidel/videos/1698638413480720/ (abgerufen am 28.06.2018).

62 Vgl. Berger, David (2017): Alice Weidel: „Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland“. In: *Philosophia Perennis*. URL: <https://philosophia-perennis.com/2017/09/20/alice-weidel-interview/> (abgerufen am 28.06.2018).

63 Junge Alternative (01.07.2017). URL: www.facebook.com/jafuer.de/ (abgerufen 11.01.2018).

64 Vgl. Baum, Christina (30.06.2017). URL: <https://de-de.facebook.com/Dr.Christina.Baum/posts/674491352739499> (abgerufen am 28.06.2018).

65 Vgl. Müller, Vera (2017): Göttenbach-Gymnasiasten heizen Kandidaten kräftig ein. In: *Rhein-Zeitung*. URL: www.rhein-zeitung.de/region/lokales/nahe_artikel,-goettenbachgymnasiasten-heizen-kandidaten-kraeftig-ein-_arid,1696082.html (abgerufen am 28.06.2018).

magazin.de/2015/02/23/6451-feminismus-buerokratensex (abgerufen 28.06.2018).

56 Vgl. Junge Alternative (19.07.2017). URL: www.facebook.com/jafuer.de/ (abgerufen 11.01.2018).

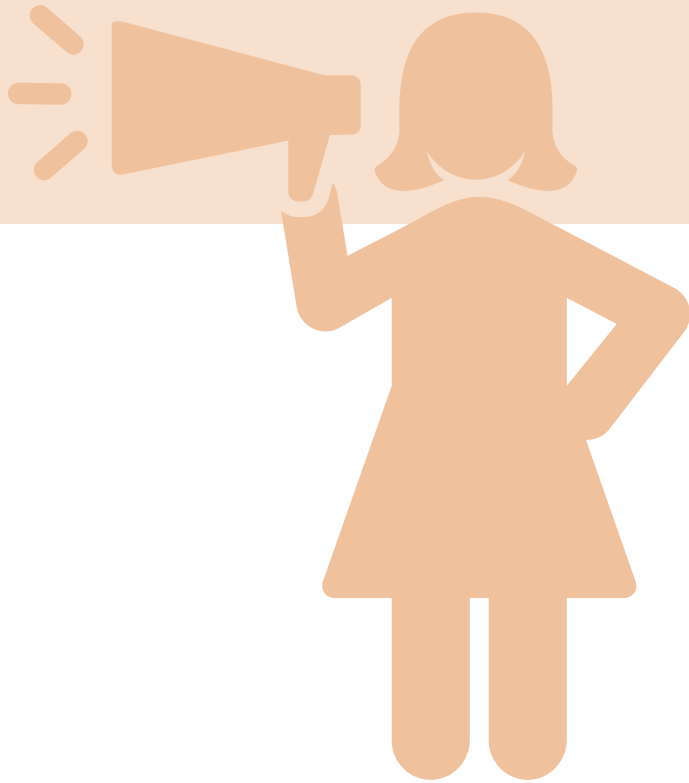
57 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 41.

58 Vgl. Voigts, Hanning: „Demo für alle“ plant Symposium in Frankfurt. In: *Frankfurter Rundschau*. URL: www.fr.de/frankfurt/rechtes-buendnis-demo-fuer-alle-plant-symposium-in-frankfurt-a-1411840 (abgerufen am 28.06.2018).

59 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (2010): Arbeit. Familie. Vater-

3. Frauen im rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum

Von Milan Fröhlich, Marius Hellwig und Rachel Spicker



Wenn wir von rechtspopulistischen und rechtsextremen Frauen sprechen, ist ein sehr breites Spektrum von Akteurinnen gemeint: von Rechtsterroristinnen, Skingirls und Aktivistinnen der rechtsextremen Kameradschaftsszene über Liedermacherinnen und Funktionärinnen im *Ring Nationaler Frauen* der NPD bis hin zu völkischen Siedlerinnen. Nach 2000 gründeten sich innerhalb der extremen Rechten zunehmend eigene Frauenorganisationen. Das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz)* sprach 2015 von fünfzig solcher Organisationen im Bundesgebiet zwischen Mitte der

1980er Jahre und 2014.⁶⁶ Zunehmend drängen auch Rechtspopulistinnen und Frauen der Neuen Rechten in die Öffentlichkeit. Während deren Positionierungen und Strategien durchaus unterschiedlich sind, nehmen viele bewusst Bezug auf ihre Weiblichkeit und machen von dieser ausgehend Politik. So thematisieren sie beispielsweise Familie, Mütterlichkeit, Tradition oder auch sexualisierte Gewalt. Sie greifen feministische Positionen strategisch auf, um diese für die eigene Politik rassistisch zu instrumentalisieren.

⁶⁶ Vgl. Walden, Nora (2015): Vom Skingirl zur Anti-Gender Aktivistin – Frauenorganisationen in der extremen Rechten. In: Der Berlin-Blog vom apabiz. URL: <https://rechtsausen.berlin/2015/03/3955/> (abgerufen am 28.06.2018).

Frauen in der NPD

Der Ring Nationaler Frauen (RNF) ist eine Unterorganisation der NPD, welche seit 2006 besteht. Er bezeichnet sich selbst als Interessensvertretung der Frauen in der NPD und möchte die „Vernetzung aller national denkenden und heimatliebenden Frauen vorantreiben“.⁶⁷ Seine politische Agenda umfasst die Politik gegen Gleichstellung und für Mutterschaft und Familie sowie Traditionserhalt und -weitergabe. Laut Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 2016 sind aktuell weniger als hundert Frauen im RNF organisiert.⁶⁸ Die Aktivistinnen agierten in den vergangenen Jahren primär bei Pegida-Demonstrationen oder in Initiativen gegen Unterkünfte für Geflüchtete.⁶⁹ Die stellvertretende Vorsitzende Ricarda Riefing trat zuletzt im rheinland-pfälzischen Kandel in Erscheinung. Anlässlich der Ermordung einer Fünfzehnjährigen durch ihren afghanischen Ex-Freund fanden dort Anfang 2018 Demonstrationen statt, die von einem AfD-nahen Bündnis organisiert wurden.⁷⁰ Verantwortlich für die Internetseite des Bündnisses ist laut Impressum⁷¹ die baden-württembergische Landtagsabgeordnete Christina Baum, die zum rechtsnationalen Flügel der AfD zählt.⁷² Unter den etwa tausend Teilnehmer*innen befanden sich rechtsextreme Hooligans sowie Vertreter*innen der rechtsextremen Parteien Der Dritte Weg und NPD.⁷³ Auch Ricarda Riefing teilte auf Twitter begeistert ihre Anwesenheit mit und äußerte die Hoffnung, dass mit der Demonstration eine neue Widerstandsbewegung geboren sei.⁷⁴

Frauen in der „Identitären Bewegung“

Innerhalb der Neuen Rechten gibt es eine junge Szene, die versucht, extrem rechte Positionen über ein modernes Erscheinungsbild und neue Formen der Agitation

zu verbreiten. Die bekannteste dieser Gruppen ist die *Identitäre Bewegung (IB)*. Europaweit gründeten sich mehrere dieser Gruppierungen; in Deutschland existiert sie seit 2012, der Verfassungsschutz stuft sie als rechtsextrem ein.⁷⁵ Mit Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tors 2016 sorgt die Gruppe für mediale Aufmerksamkeit. Als thematischen Schwerpunkt nennen Beteiligte, die ‚ethnokulturelle Identität‘ aufrechterhalten zu wollen – und meinen damit die Abschottung der Grenzen. Außerdem fordern sie die ‚Remigration‘ von Einwanderer*innen – gemeint ist damit nichts anderes als die Ausweisung all jener Menschen, die in den Augen der IB keine ‚echten‘ Deutschen seien. Hinter modernisierten Begriffen wie ‚Ethnopluralismus‘ verbergen sich Inhalte, die sich mit dem völkisch-nationalistischen Rassismus des traditionellen Rechtsextremismus decken.

Obwohl Frauen in der IB deutlich in der Minderheit sind, werden sie bei Demos und Aktionen gerne in die erste Reihe gestellt, um ein ‚feminineres‘ und damit weniger bedrohliches Bild zu transportieren. Frauen in der IB verkörpern unterschiedliche Formen von Weiblichkeit. So vertritt Alina Wychera ein traditionelles, naturromantisches Frauenbild, während Melanie Schmitz als militante Aktivistin an vorderster Front auftritt.⁷⁶ Die IB-Aktivistin Lore Waldvogel indes stellt in einem Podcast der IB-Gruppe Berlin-Brandenburg das Konzept des ‚völkischen Feminismus‘ vor, welches sich auf die völkische und antisemitische Schriftstellerin Mathilde Ludendorff bezieht.⁷⁷ Melanie Schmitz, prominente Aktivistin der IB-Gruppe in Halle, verortet sich selbst als ‚Frauenrechtlerin‘ zwischen Feminismus und Antifeminismus. Obwohl ihrer Schilderung zufolge der ‚schwerste sexuelle Übergriff‘, den sie selbst erfahren musste, ‚von einem deutschen Mann ausging‘, stuft sie die vermeintliche Gefahr durch muslimische Migranten als ‚ein ganz anderes Kaliber‘ ein.⁷⁸

Während sich also einzelne Aktivistinnen der IB als Feministinnen oder Frauenrechtlerinnen bezeichnen, verstehen sich andere explizit als antifeministisch. Letzteres trifft beispielsweise auf den ‚anti-feministischen Blog‘ *radikal feminin* zu, der von der Tübinger Identitären Annika S. gegründet wurde. Unter Hashtags wie

67 Vgl. Ring nationaler Frauen: Über uns. URL: www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de/index.php/ueber-uns (abgerufen am 28.06.2018).

68 Vgl. Bundesministerium des Innern (2016): Verfassungsschutz 2016. S. 82. URL: www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf (abgerufen am 28.06.2018).

69 Vgl. Röpke, Andrea: Frauen in der NPD. In: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/222259/frauen-in-der-npd (abgerufen am 28.06.2018).

70 Vgl. Prothmann, Hardy (2018): Demo in Kandel durch AfD-nahes Umfeld organisiert. In: Rheinneckarblog. URL: <https://rheinneckarblog.de/29/demo-in-kandel-durch-afd-nahes-umfeld-organisiert/135986.html> (abgerufen am 28.06.2018).

71 Vgl. Kandel ist überall: Impressum. URL: <http://kandel-ist-ueberall.de/impressum/> (abgerufen am 28.06.2018).

72 Vgl. Fischer, Konrad: Das ist der typische AfD-Parlamentarier. In: Wirtschaftswoche. URL: www.wiwo.de/politik/deutschland/maennlich-selbststaendig-unerfahren-rechter-fluegel-der-afd-in-magdeburg/13328392-4.html (abgerufen am 28.06.2018).

73 Vgl. Die Rheinpfalz (2018): Kandel: Rund 100 Rechte laufen mit. In: Die Rheinpfalz. URL: www.rheinpfalz.de/lokal/artikel/kandel-rund-100-rechte-laufen-mit-1/

74 Vgl. Riefing, Ricarda (28.01.2018). URL: <https://twitter.com/RicardaRiefing/status/957642751151165440> (abgerufen am 28.06.2018).

75 Vgl. Bundesministerium des Innern (2016): Verfassungsschutz 2016. S. 64.

76 Vgl. Fiedler, Maria (2018): Rechte Schwestern ganz vorn. In: Der Tagesspiegel. URL: www.tagesspiegel.de/themen/agenda/frauen-bei-der-identitaeren-bewegung-rechte-schwestern-ganz-vorn/21005940.html (abgerufen am 28.06.2018).

77 Vgl. Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg: Podcast ‚Das Leuchtfeuer‘. Identitäre Frauen. Minute 33 ff.

78 Vgl. Mademoiselle Envie: Frauenrechte und rechte Frauen. In: Melanie regt sich auf. URL: <http://melanieregtsichauf.blogspot.de/> (abgerufen am 28.06.2018).

#FuckFeminism oder #SupportYourLocalPatriarchy veröffentlichen die Verantwortlichen Statements gegen Feminismus sowie Gegenentwürfe von Weiblichkeit: „Frau, Ehefrau, Hausfrau und Mutter zu sein, ist eine schwere Aufgabe, aber es kann auch sehr erfüllend sein, wenn man sich darauf einlässt!“ – wenn man einmal der „Feminismus-Falle“ entkommen sei.⁷⁹ Der Feminismus und seine Errungenschaften für die Frauen werden abgewertet und als mit Mutterschaft unvereinbar dargestellt.

Annika S. war auch an der Kampagne #120db beteiligt, einer Gegeninitiative zur #MeeToo-Kampagne. IB-Aktivistinnen wie Melanie Schmitz, Freya H. und Paula Winterfeldt riefen in einem emotionalen Video Frauen dazu auf, über ihre Erfahrungen mit „importierter Gewalt“ zu berichten.⁸⁰ Damit meinten sie sexualisierte Gewalt, die von Muslimen oder als Muslime markierten Männern ausging. Hier zeigt sich deutlich die Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt für die eigene rassistische Propaganda: Denn jene wird nur thematisiert, wenn sie von (vermeintlichen) Nicht-Deutschen ausgeht. Während die Identitären dem Feminismus die Beanspruchung eines illegitimen Opferstatus vorwerfen, sei die besagte Kampagne ein „Sprachrohr für jene Frauen [...], die Opfer von Ausländerkriminalität geworden sind“.⁸¹ Das Vorhaben scheiterte jedoch deutlich: Unter #120db wurden überwiegend Gerüchte und rassistische Hetze von Männern verbreitet.⁸² Neben der Internetkampagne wurden die Aktivistinnen auch anderweitig öffentlich aktiv: Im Rahmen der Berlinale 2018 störten sie eine Podiumsdiskussion zu sexualisierter Belästigung und Gewalt in der Film- und Fernsehbranche, um auf die angeblich „vergessenen Frauen“ hinzuweisen. Sie wurden von den Zuschauer*innen mit „Nazis raus“-Rufen vertrieben.⁸³

Frauen in der Neuen Rechten

Eine der bekanntesten Vertreter*innen der Neuen Rechten ist Ellen Kositzka. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Götz Kubitschek und ihren sieben Kindern lebt sie auf einem Bauernhof im Süden Sachsen-Anhalts. Sie hat mehrere Bücher veröffentlicht, schrieb lange

für die rechtskonservative Wochenzeitung *Junge Freiheit* und ist heute primär für das neurechte Medium *Sezession* tätig, in der sie in einer Kolumne unter anderem Geschlechterthemen bespricht. In mal mehr, mal weniger spöttischer Form verteilt Kositzka Seitenhiebe gegen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, gegen Abtreibung, Männerdutts, Homosexuelle, Frauenquoten, Geschlechterforschung oder Gender Mainstreaming.⁸⁴ Ihr Buch *Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt* behandelt Migration nach Deutschland und einen damit angeblich zusammenhängenden Anstieg an (sexualisierter) Gewalt.⁸⁵

Frauen in der Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD vermag es, in ihren Reihen verschiedene Akteur*innen des rechten Spektrums zu vereinen, deren Einstellungen von national-konservativ bis rechtsextrem reichen. Diese Breite spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Positionen zu (Anti-)Feminismus und Geschlechterpolitik innerhalb der Partei wider. Eine gängige Strategie der Partei ist es, gleichstellungs- und geschlechterpolitische Themen mit rassistischen Stereotypen zu verschränken, etwa durch die Verknüpfung sexualisierter Gewalt mit dem Feindbild des ‚übergriffigen Fremden‘. Hier fällt etwa die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst auf: Auf ihrer Facebook-Seite teilt das Mitglied des Bundestagsausschusses für Familie, Frauen, Senioren und Jugend regelmäßig Beiträge, die geschlechtliche Vielfalt in Abrede stellen⁸⁶, geschlechtergerechte Sprache angreifen⁸⁷ und vor sexualisierter Gewalt durch Geflüchtete⁸⁸ oder vor einer vermeintlichen ‚Frühsexualisierung‘ von Kindern warnen⁸⁹; im Gegensatz zu anderen antifeministischen Akteur*innen stellt Höchst immerhin fest, dass sexualisierte Gewalt bereits vor der größeren Fluchtbewegung nach Deutschland existierte. Auch bewarb sie den Aktionstag *One Billion Rising*, welcher ein Zeichen

79 Vgl. radikal feminin: Was ist radikal feminin? URL: <https://radikalfeminin.wordpress.com/was-ist-radikal-feminin/> (abgerufen am 28.06.2018).

80 Vgl. 120 Dezibel: Frauen wehrt euch! URL: www.youtube.com/watch?v=FSXphiFknyQ (abgerufen am 28.06.2018).

81 Vgl. ebd.

82 Vgl. Twitter: #120db URL: <https://twitter.com/hashtag/120db?src=hash&lang=de> (abgerufen am 28.06.2018).

83 Vgl. rbb: Störaktion bei #MeToo-Podium. URL: <https://www.rbb24.de/kultur/berlinale/beitraege/2018/stoeraktion-berlinale-veranstaltung-kultur-will-wandel-120db-identitaere-bewegung.html> (abgerufen am 28.06.2018).

84 Vgl. Kositzka, Ellen (2018): #menot. in: *Sezession*. URL: <https://sezession.de/57484> (abgerufen am 28.06.2018).

85 Vgl. Kositzka, Ellen (2016): *Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt*. Antaios: Steigra. S. 14.

86 Vgl. Höchst, Nicole (04.10.2017). URL: https://www.facebook.com/pg/Nicole-Hoehst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

87 Vgl. Höchst, Nicole (13.09.2017). URL: www.facebook.com/pg/Nicole-Hoehst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

88 Vgl. Höchst, Nicole (08.01.2017). URL: www.facebook.com/pg/Nicole-Hoehst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

89 Vgl. Höchst, Nicole (11.01.2018). URL: www.facebook.com/pg/Nicole-H%C3%B6chst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

gegen die weltweite Gewalt an Frauen und Kindern setzen will.⁹⁰ Mehrfach kritisierte Höchst die Täter-Opfer-Umkehr in Diskursen um sexualisierte Gewalt. Die AfD-Bundestagsfraktion berief Höchst als Partei-Vertreterin ins Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld. Die Stiftung engagiert sich gegen Homo- und Trans*feindlichkeit – die AfD-Politikerin hat sich indessen des Öfteren durch gegenteilige Äußerungen hervorgetan. So bezeichnete sie die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare als „Befriedigung von Kleinst-interessengruppen“. Folgerichtig stieß ihre Wahl ins Kuratorium auf große Kritik. Höchst reagierte mit dem Hinweis, dass sie nicht „homo- oder transphob [sic!]“ sei, dass sie sich aber dafür einsetzen werde, dass die gesamte Gesellschaft nicht „am Nasenring von Minderheiten durch die Manege gezogen“ werde.⁹¹

Auch die Initiativen, die sich für eine Reformierung der Bildungspläne zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einsetzen, nahmen AfD-Abgeordnete und -Mitglieder wiederholt zum Anlass, sich zu geschlechterpolitischen Themen zu äußern. Höchst versteht die Initiativen als „sexuelle Stimulierung der Schüler“, welche der „sozialistischen Umstrukturierung der Gesellschaft“⁹² diene. Auch die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Beatrix von Storch bezieht gegen die Reform des Bildungsplans Stellung. So unterstützt sie die sogenannten *Demos für alle* und ist Mitgründerin der *Initiative Familienschutz*, die diese organisiert; die Initiative will gegen die vorgebliche „Frühsexualisierung“ und „Gender-Ideologie“ vorgehen und die „Ehe für alle“ stoppen.⁹³ Plattformen wie *Zivile Koalition*, *Civil Petition*, *Abgeordnetencheck* und *FreieWelt.net* werden durch das Ehepaar von Storch betrieben; angeschrieben wird hier unter anderem gegen Gender Mainstreaming, die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und die Einmischung des Staates in familiäre Angelegenheiten.⁹⁴

Die Nachrichten- und Kampagnenseiten der von Storchs bieten verschiedenen antifeministischen Akteur*innen eine Infrastruktur und die Möglichkeit

zur Vernetzung. Zudem vermag es Beatrix von Storch, die christlich-fundamentalistischen Positionen der *Christen in der AfD* innerhalb ihrer Partei prominent zu positionieren.

Außerparlamentarische Antifeminist*innen

An der Diskussion geschlechterpolitischer Themen beteiligen sich nicht nur organisierte rechtspopulistische oder rechtsextreme Akteur*innen, sondern auch Einzelpersonen aus einem christlich-konservativ geprägten Milieu. Dazu gehören beispielsweise Hedwig von Beverfoerde⁹⁵, Gabriele Kuby⁹⁶ und Birgit Kelle⁹⁷; sie alle zählen zu den Akteur*innen der *Demo für alle*. Kelle bezeichnet sich selbst zuvorderst als Mutter von vier Kindern und ist zudem als Publizistin, Journalistin und Rednerin aktiv. Als CDU-Mitglied und Autorin der *Welt*, des *Focus*, der *Jungen Freiheit* und des reaktionär-katholischen Nachrichtendienstes *kath.net* ist sie seit Jahren Teil eines konservativen Mainstreams und wird regelmäßig in Fernsehsendungen eingeladen. Ihre Positionen zu Familie, Abtreibung, zur sogenannten Gender-Ideologie, zu Islam, Linksextremismus oder GEZ-Gebühren ähneln jedoch denen der AfD. Von der Partei selbst distanziert sie sich jedoch, immer wieder übt sie Kritik an einzelnen AfD-Politiker*innen. Wie bereits die Buchtitel (*Dann mach doch die Bluse zu: Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn*, *GenderGaga: Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will* und *Muttertier: Eine Ansage*) nahelegen, schreibt sie aus dezidiert antifeministischer Perspektive. Feminismus setzt sie gleich mit Feindlichkeit gegenüber Müttern, einem Propagieren weiblicher Erwerbsarbeit, Männerfeindlichkeit und elitären „genderideologischen“ Diskursen. Zu den gesellschaftlichen Folgen des Feminismus, die sie beklagt, zählt sie die angebliche „Verweichlichung“ der Männer, Abtreibungen und die „Frühsexualisierung“ von Kindern. So konstatierte sie nach der Silvesternacht 2015/16 in Köln, dass deutsche Männer nicht imstande waren, ihre Frauen zu verteidigen und fragte: „Wann genau haben Männer eigentlich begonnen, Memmen zu werden?“ Die Schuld sieht sie bei den Frauen und der „Gleichstellungsindustrie“.⁹⁸

90 Vgl. Höchst, Nicole (24.01.2018). URL: www.facebook.com/pg/Nicole-H%C3%B6chst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

91 Vgl. Höchst, Nicole (26.01.2018). URL: www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=511356549263838&id=200054723727357 (abgerufen 28.06.2018).

92 Vgl. Höchst, Nicole (28.01.2018). URL: www.facebook.com/pg/Nicole-H%C3%B6chst-200054723727357/posts/?ref=page_internal (abgerufen 29.01.2018).

93 Vgl. Familien-Schutz: Aktionen. URL: www.familien-schutz.de/aktionen/ (abgerufen am 28.06.2018).

94 Vgl. Zivile Koalition, Civil Petition, Abgeordnetencheck, Freie Welt: Impressum. URL: www.zivilekoalition.de/kontakt/, www.civilpetition.de/impressum/, www.abgeordneten-check.de/impressum/, www.freiewelt.net/impressum/ (abgerufen 28.06.2018).

95 Vgl. Thorwarth, Katja (2017): Die Pleitetur der Freifrau von Beverfoerde. In: Frankfurter Rundschau. URL: www.fr.de/politik/meinung/kommentare/demo-fuer-alle-die-pleitetur-der-freifrau-von-beverfoerde-a-1352057 (abgerufen 28.06.2018).

96 Vgl. Blech, Norbert (2015): „Demo für alle“ beklatscht „enthaltamen“ Schwulen. In: Queer.de URL: www.queer.de/detail.php?article_id=24800 (abgerufen 28.06.2018).

97 Vgl. Blech, Norbert (2017): „Demo für alle“ kommt nach Frankfurt – Gegenkundgebung geplant. In: Queer.de. URL: www.queer.de/detail.php?article_id=30313 (abgerufen 28.06.2018).

98 Vgl. Kelle, Birgit (2016): Ja, wir wollen Helden! Männer sollen ihre Frauen

Während sich das Bündnis der *Demo für alle* zwar online von extrem rechten Gruppierungen wie der *Identitären Bewegung* distanzierte⁹⁹, haben die besagten christlich-konservativen Antifeminist*innen eine Scharnierfunktion in extremere Milieus inne. Es gelingt ihnen, sich sowohl in rechten als auch in bürgerlichen Medien Gehör zu verschaffen.

Ein weiterer Versuch, konservative und extremere Positionen zu vereinen, war der Frauenmarsch in Berlin im Februar 2018. Der Aufmarsch richtete sich gegen einen angeblichen „Verhüllungszwang“¹⁰⁰, gegen Kinderehen, Genitalverstümmelung und Gewalt gegen Frauen, gegen eine vorgeblich „schleichende Einführung der Scharia“¹⁰¹ und eine „fatale Flüchtlingspolitik der Altparteien“.¹⁰² Deutlich kleiner als geplant, nahmen nur etwa 600 Menschen teil, vorwiegend Männer. Angesichts der Teilnahme von Lutz Bachmann, Tommy Robinson, von *IB*-Aktivist*innen und weiteren Vertreter*innen der extremen Rechten wirkte der Aufmarsch eher wie eine *Pegida*-Demonstration.¹⁰³ Die Organisatorin des Frauenmarschs war Leyla Bilge. Bilge bezeichnet sich selbst als Frauen- und Kinderrechtsaktivistin, Ex-Muslima und „stolze Deutsche mit kurdischen Wurzeln“¹⁰⁴. Sie trat zunächst mit ihrem Verein *Leyla e. V.* in Erscheinung, der Kinderhilfe in Krisen- und Kriegsgebieten leistet. Ihr Aktivismus gegen

islamistischen Terror wandelte sich in einen, der gegen den Islam als solchen gerichtet ist. Bei einem Auftritt bei der AfD erntete sie Applaus, als sie zunächst Niqab trug und sich diesen anschließend auszog, um ihr darunter liegendes schwarz-rot-goldenes Kleid zu präsentieren.¹⁰⁵ Seit der Bundestagswahl arbeitet sie für den radikal-christlichen AfD-Abgeordneten Ulrich Oehme und ist Parteimitglied. Der AfD nutzt Bilges Background, kann sie doch damit die Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten und den antimuslimischen Rassismus der Partei kaschieren.

Fazit

Frauen vertreten in rechtspopulistischen und extrem rechten Milieus vielfältige Positionen: Während sich die einen als antifeministisch bezeichnen, verstehen sich andere als Frauenrechtler*innen oder nehmen zumindest positiv auf manch feministische Errungenschaft Bezug. Bei allen Differenzen gibt es Netzwerke und Plattformen, die von verschiedenen Akteur*innen genutzt werden und bei denen es zu personellen Überschneidungen kommt. Ein großes Mobilisierungspotenzial für sämtliche Akteur*innen des rechten Spektrums hat aktuell die rassistische Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt.

mit der Faust verteidigen. In: Focus online. URL: www.focus.de/politik/experten/bkelle/gastkommentar-von-birgit-kelle-ja-wir-wollen-helden-maenner-sollen-ihre-frauen-mit-der-faust-verteidigen_id_5561612.html (abgerufen 28.06.2018).

99 Vgl. *Demo für alle* (21.06.2015). URL: www.facebook.com/demofueralle/posts/1677567019128990 (abgerufen 28.06.2018).

100 Vgl. Schwilden, Frédéric (2018): Die diffuse Parallelität der Dinge beim „Frauenmarsch“ der AfD. In: Welt.de. URL: www.welt.de/politik/deutschland/plus173708301/AfD-Demonstration-in-Berlin-Frauenmarsch-der-Verschwörungstheoretiker.html (abgerufen 28.06.2018).

101 Vgl. Welt.de (2018): Gegendemonstranten versperren rechtem „Frauenmarsch“ den Weg. In: Welt.de. URL: www.welt.de/politik/deutschland/article173694725/Berlin-Gegendemonstranten-versperren-rechtem-Frauenmarsch-den-Weg.html (abgerufen 28.06.2018).

102 Vgl. NTV (2018): „Frauenmarsch“ stößt auf Widerstand. In: NTV.de. URL: www.n-tv.de/politik/Frauenmarsch-stoesst-auf-Widerstand-article20291938.html (abgerufen 28.06.2018).

103 Vgl. Lauer, Stefan (2018): Eine rechte „Frauendemo“ war in Berlin nicht willkommen. In: Belltower News. URL: www.belltower.news/artikel/eine-rechtsextreme-frauendemo-war-berlin-nicht-willkommen-13357 (abgerufen am 28.06.2018).

104 Hildebrandt, Stefanie (2018): AfD-Frau Leyla Bilge. Erst Muslima, jetzt Christin. In: Berliner Kurier. URL: www.berliner-kurier.de/berlin/kiez---stadt/afd-frau-leyla-bilge-erst-muslima--jetzt-christin-29719812 (abgerufen am 28.06.2018).

105 Vgl. Schaumburger Nachrichten (2017): Mit Burka bei der AfD. In: Schaumburger Nachrichten. URL: www.sn-online.de/Schaumburg/Rinteln/Rinteln-Ortsteile/Mit-Burka-bei-der-AfD (abgerufen 28.06.2018).

4. Weltanschauung und Strategien im Rechtspopulismus: Vorgehen in Parlamenten, Verwaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Von Jan Riebe

Verschiedene rechtspopulistische Akteur*innen nutzen vielfach ganz ähnliche Strategien, um einen Gegenentwurf zum sogenannten Establishment zu inszenieren. Ihre Strategien in Parlamenten und Verwaltungen sind darauf ausgelegt, die eigene Weltanschauung als einzig richtige Alternative zu präsentieren und sie einer möglichst großen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zudem wird auf diesem Wege versucht, Personen und Institutionen, die andere politische Positionen vertreten, zu verunsichern und deren Arbeit zu behindern und zu diskreditieren. Um dem etwas entgegensetzen zu können, ist es sinnvoll, die rechtspopulistischen Strategien ebenso wie die dahinter liegenden Ideologien und Weltanschauung zu kennen.

Weltanschauung

Das Auftreten rechtspopulistischer Akteur*innen in- und außerhalb von Parlamenten in den letzten Jahren zeigt: Ihre parlamentarische Strategien können nicht isoliert von ihren außerparlamentarischen und öffentlichkeitswirksamen Vorgehensweisen betrachtet werden. Da Rechtspopulist*innen keine homogene Einheit bilden, sind auch ihre Themen und Strategien weder einheitlich noch in sich völlig konsistent. Dennoch lassen sich einige übergeordnete Punkte ausmachen. So liegen der Ideologie des Rechtspopulismus folgende Ansprüche und Behauptungen zugrunde:

- Rechtspopulismus basiert auf einem homogenen Volksbegriff, also dem Glauben, dass das ‚deutsche Volk‘ aus einer ethnisch-homogenen Bevölkerung bestehe, quasi aus miteinander verwandten Personen.
- Daraus resultierend behaupten Rechtspopulist*innen, es gäbe ein einheitliches ‚Volksinteresse‘ und dieses würde nur durch sie vertreten.
- Jenen Personen, die eine andere (politische) Meinung vertreten, werfen Rechtspopulist*innen vor, ‚dem Volksinteresse‘ zu widersprechen; sie gelten somit als ‚Volksverräter‘.
- Laut eigenem Anspruch vertreten alleinig Rechtspopulist*innen die ‚wahren Volksinteressen‘. Demokratischen Parteien, Medien, teils auch Kirchen, den meisten Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie vielen zivilgesellschaftlich Engagierten sprechen sie dies hingegen ab; diese würden vielmehr ‚volksfeindlich‘ agieren.
- Dies impliziert eine Gut-Böse-Dichotomie: Das ‚gute Volk‘ versus die bösen, ‚volksfeindlichen‘ Eliten bzw. das Establishment. Der Establishment-Begriff wird hierbei stark ideologisiert: Darunter werden diejenigen gefasst, die Macht haben, aber dem Rechtspopulismus entgegengestellte Positionen vertreten. Agieren Personen mit viel Macht rechtspopulistisch – wie US-Präsident Donald Trump, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán oder Russlands Präsident Vladimir Putin – werden sie dem Anti-Establishment zugerechnet.
- Hieraus ergibt sich folgendes rechtspopulistisches Hauptnarrativ: Die aktuelle Politik stelle eine Verschwörung gegen Deutschland und ‚die Deutschen‘ dar. Demnach seien ‚die Deutschen‘ Opfer der derzeit herrschenden Politik; die für diese Politik Verantwortlichen seien ‚Volksverräter‘.

Rechtspopulistische Politik und Agitation ist in der Folge im Wesentlichen auf zwei Fragen ausgerichtet: Sind konkrete Politikvorhaben, Gesetze und Handlungen gut für ‚die Deutschen‘? (wobei hier weitgehend ein Verständnis von ‚Deutschen‘ als ethnisch-homogener Gruppe vorherrscht, siehe oben) Und: Welchen Preis muss Deutschland, müssen ‚die Deutschen‘ bezahlen?

Fallbeispiele rechtspopulistischer Strategien

Auch bei Themen, die Frauen- und Gleichstellungsfragen ganz unmittelbar betreffen, lassen sich mehrere Kernstrategien erkennen, die direkten Bezug auf die besagten rechten Ideologien nehmen. Rechtspopulist*innen vertreten zudem die Meinung, Politik für Minderheiten – zum Beispiel Nichtdeutsche, sexuelle Minderheiten, Menschen mit Behinderung – sei nicht nur überflüssig, sondern gehe auch zu Lasten der ‚deutschen Mehrheit‘. Verbunden ist diese Ablehnung mit einer starken Ethnisierung sozialer Probleme und der Überzeugung, der Hauptleittragende dieser Politik sei der ‚weiße heterosexuelle Mann‘.

Als eine erste rechtspopulistische Kernstrategie in Sachen Geschlechterpolitik kann gelten: ‚Männer als benachteiligte Zielgruppe fördern.‘ Diese Idee lässt sich gut anhand eines AfD-Antrags zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten aus dem Jahr 2015 nachvollziehen.

Fallbeispiel 1, AfD-Antrag, 2015: „Die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsalltag ist seit langem vollzogen. In vielen Lebensbereichen sind Mädchen und Frauen inzwischen im Vorteil gegenüber dem männlichen Geschlecht. [...] Benachteiligt sind heute eher die Männer. [...] Angesichts dieser Verwerfungen müsste über eine Förderung von Jungen und Männern nachgedacht werden. Gefördert wird aber nur das weibliche Geschlecht mit Veranstaltungen wie Mädchenferienlager, Frauenwerkstatt, Infobörse für Mädchen und Frauen und Frauenschwimmen. Die Gleichstellungsbeauftragten fördern die Ungleichheit und tragen zur zunehmenden Spannung in der Gesellschaft bei.“¹⁰⁶

Eine zweite Kernstrategie lautet: ‚Deutsche müssen für ‚fremde‘ Interessen zahlen‘. Hauptangriffspunkt stellt die Finanzierung dar – auch bezogen auf Gleichstel-

lungspolitik. Die rechtspopulistische Kernfrage lautet hier: Dienen die Finanzmittel, die zur Verfügung gestellt werden, dem ‚Wohle des deutschen Volkes‘? Oder wird Geld verschwendet oder gar für Maßnahmen ausgegeben, die zu einer Schwächung ‚der Deutschen‘ führen – und somit indirekt zur vermeintlichen ‚Islamisierung‘ oder gar zum ‚Austausch des deutschen Volkes‘ beitragen? Im Kern geht es also um die Frage, ob die Leistungen von ‚den Deutschen‘ – als homogenem ‚Volk‘ – oder von Menschen mit Migrationsbezügen in Anspruch genommen werden. Nachvollziehen lässt sich diese Strategie in einer Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 03.05.2017, die sich auf die Caritas bezieht.

Fallbeispiel 2, Pressemitteilung AfD, 2017: „Flüchtlingsmitfahrt: Caritas ‚vergisst‘ die sozial Schwachen Deutschlands. – Eine Aktion der ‚youngcaritas‘, zusammen mit Bistümern, soll es ‚Flüchtlingen‘ ermöglichen, auf den Semester- oder Jobtickets der Inhaber mitzufahren, um sie ‚in die Gesellschaft mitzunehmen‘ und ihren Alltag in Deutschland zu erleichtern. Dazu erklärt Uwe Wurlitzer, Sachsen AfD-Generalsekretär und parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion: ‚Ich bin mal frech: Wohin sollen denn die Migranten mitgenommen werden? Zu neuen Aktionsabenden mit dem Ziel, deutschen Frauen unbemerkt an den Po zu greifen? Antanzkurse für massentaugliche Silvesterbespaßung? Die Mitnahmemöglichkeit bei diesen Fahrkarten soll für Freunde und Familie gelten – und nicht für wildfremde Ignoranten einer gewachsenen Kultur, denen es in Deutschland an vielen Stellen ohnehin schon leicht genug gemacht wird. Ihnen damit zu ersparen, für Leistungen der Verkehrsbetriebe zu bezahlen, wie es die, die hier schon länger leben, auch tun müssen, ist eine Frechheit!“

Wo bleiben die Aufrufe der Caritas, Senioren zum Pokerspiel ins nächste Casino mitzunehmen? Oder die aufopferungsvolle Mutter, die mit ihren Kindern vielleicht gerne mal mit der Straßenbahn durch die Stadt gondeln will, um dem Nachwuchs etwas zu bieten, für das ja Caritas und andere Hilfsorganisationen offensichtlich keinen Bedarf mehr sehen? Gewisse Kreise dürfen sich nicht wundern, wenn es nach solchen dümmlichen Forderungen harsche – und berechtigte! – Kritik hagelt.“¹⁰⁷

106 Vgl. Alternative für Deutschland (2015): AfD-Fraktion: Gleichstellungsbeauftragte abschaffen – sie fördern die Ungleichheit! URL: <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-fraktion-gleichstellungsbeauftragte-abschaffen-sie-foerdern-die-ungleichheit.html> (abgerufen am 28.06.2018).

107 Vgl. AfD kompakt (2017): Flüchtlingsmitfahrt: Caritas „vergisst“ die sozial Schwachen Deutschlands. URL: <https://afdkompakt.de/2017/05/05/fluuechtlingsmitfahrt-caritas-vergisst-die-sozial-schwachen-deutschlands/> (abgerufen am 28.06.2018).

Provokation als rechtspopulistische Strategie

Die Strategien, die zum Erfolg der Rechtspopulist*innen europaweit beigetragen haben, ähneln sich in vielen Punkten stark. Gezielt arbeiten sie darauf hin, immer wieder ins Zentrum (medialer) Aufmerksamkeit zu rücken, um die eigene Weltanschauung als einzige Lösung der von ihnen ausgemachten Probleme erscheinen zu lassen. Sehr anschaulich zeigt dies ein internes Strategiepapier der AfD aus dem Jahr 2016¹⁰⁸:

- Man müsse „ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein“.
- Man dürfe „vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“.
- „Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern muss sich selbstbewusst zu ihrer Aufgabe bekennen, dem Protest in Deutschland eine politische Richtung und ein Gesicht zu geben.“
- „Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern, die Altparteien müssen es ablehnen.“
- Man konzentriere die Rhetorik auf „wenige, sorgfältig ausgewählte und kontinuierlich bespielte Themen von Bedeutung. Sie müssen so aufbereitet und vermarktet werden, dass die AfD mit ihnen in der Öffentlichkeit identifiziert wird, ihre bisherigen Alleinstellungsmerkmale verteidigt und einige wenige neue hinzugewinnt.“
- Wichtiger ist „mehr Erfolg als immer wieder neues zu bringen. Konzentration auf Eingängiges geht vor Vollständigkeit, harte und provokante Slogans sind wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze, die es allen recht machen wollen.“
- Die Reaktionen und Befindlichkeiten anderer Teile der Gesellschaft seien „von untergeordneter Bedeutung“.

Das Papier lässt deutlich erkennen, dass Provokationen ein zentrales Stilmittel der Rechtspopulist*innen zur Erringung von Aufmerksamkeit sind. Götz Kubitschek, einer der wichtigsten Vordenker der Neuen Rechten und der AfD,¹⁰⁹ er gilt als „Einflüsterer“ von Björn

108 Auszüge aus AfD-Manifest 2017. Demokratie wieder herstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben. URL: www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf (abgerufen am 29.01.2018).

109 Vgl. u. a. Report München, ARD (15.08.2017): Die rechten Vordenker der AfD. URL: www.br.de/nachrichten/afd-rechte-vordenker-104.html (abgerufen am 26.06.2018); Lau, Miriam (2017): Götz Kubitschek. Eigentlich alles wie im Wendland. In: Zeit online. URL: www.zeit.de/2017/32/goetz-kubitschek-verleger-finis-germania-rolf-peter-sieferle (abgerufen am 26.06.2018); Rosenkranz, Boris (2017): Was Margot Käßmann wirklich über die AfD gesagt hat. In: Über Medien. URL: <https://uebermedien.de/16231/was-margot-kaessmann-wirklich-ueber-die-afd-gesagt-hat/>

Höcke,¹¹⁰ schreibt zum Thema Provokation in seinem gleichnamigen Buch: „Für uns ist Provokation keine Verkaufsstrategie, und die Hoffnung auf Einbau in den satten Diskurs gäbe all unser Tun der Lächerlichkeit preis. Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“¹¹¹

Verleumdung als rechtspopulistische Strategie

Neben der Provokation sind der ‚Angriff als Verteidigung‘ und die Verleumdung weitere Erfolgsstrategien der Rechtspopulist*innen. Herunterbrechen lässt sich die rechtspopulistische Verleumdungsstrategie auf folgendes Ablaufschema:

1. Auslöser: Kritik an rechtspopulistischen Aussagen von Personen des öffentlichen Lebens.
2. Reaktion: Passagen aus der Kritik werden auf eine Weise verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen, bis sie auf den Kritisierenden selbst zurückfallen – auch wenn das neue ‚Zitat‘ inhaltlich nichts mehr mit dem ursprünglich Gesagten zu tun hat.
3. Verbreitung: Das falsche Zitat wird über soziale Medien massenhaft weiterverbreitet – es wird viral.
4. Shitstorm: Die Kritiker*innen werden beleidigt, angegangen und denunziert.
5. Ergebnis: Die eigentliche Kritik (→ 1. Auslöser) geht unter.

Anwendung fand diese Strategie etwa bei den Angriffen auf die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) Margot Käßmann. Der Kritik an eigenen Positionen begegneten die Rechtspopulist*innen mit Verleumdung und inhaltlichen Verdrehungen. Margot Käßmann hatte damals in einem Text aus dem Wahlprogramm der AfD zitiert, um es im Anschluss inhaltlich einzuordnen: „Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristige einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“ Zitat Ende. Keine Frage mehr, jetzt ist es klar. Frauen sollen Kinder bekommen, wenn sie ‚biodeutsch‘ sind. Das ist

(abgerufen am 26.06.18).

110 Vgl. Weiß, Volker (2017): Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart. S. 90.

111 Götz Kubitschek (2007): Provokation, S. 25.

eine neue rechte Definition von einheimisch gemäß dem sogenannten kleinen Arierparagraphen der Nationalsozialisten: zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht.“¹¹²

Bei Käßmanns Interpretation handelte es sich keineswegs um eine besonders gewagte Lesart des Wahlprogramms der AfD. So veröffentlichte Ralph Weber, der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern und Juraprofessor, auf seiner Facebook-Seite Ende April 2017 folgende Interpretation der ‚deutschen Leitkultur‘: „Wir müssen und werden dafür sorgen, dass unsere Heimat auch in 30 Jahren noch von deutscher Kultur, deutschen Traditionen, unserer deutschen Sprache und einer deutschen Leitkultur geprägt und geformt wird. Wir „Biodutsche“ mit zwei deutschen Eltern und vier deutschen Großeltern müssen hierfür sorgen: Dies sind wir unserer Heimat, unseren Kindern und zugleich unseren Vorfahren schuldig. Deutschland den Deutschen und alles für unser geliebtes Deutschland!“¹¹³

Die von Käßmann geäußerte Kritik an den besagten Inhalten des AfD-Wahlprogrammes wurde von Rechtspopulist*innen und extrem rechten Akteur*innen bewusst falsch, da verkürzt dargestellt. Sie wurde reduziert auf den Satz „Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht“¹¹⁴, um zu suggerieren, dass Käßmann alle Personen, die zwei deutsche Eltern- und Großeltern-teile haben, als Nazis titulierte. Rechte Aktivist*innen initiierten hierdurch einen Shitstorm gegen Käßmann. Margot Käßmann ist als streitbar bekannt und steht nicht zum ersten Mal im Zentrum einer Verleumdungskampagne. Die Ausmaße schockierten aber auch sie: „Die Erfahrung, dass etwas bewusst falsch dargestellt wird, mache ich aber zum ersten Mal“¹¹⁵, äußerte sie gegenüber dem *Evangelischen Pressedienst*. Auch zog sie rechtliche Schritte in Betracht: „Manche Inhalte sollte man demnach aber auch rechtlich verfolgen. Das überlege ich mir in diesem Fall.“¹¹⁶

112 Vgl. Rosenkranz, Boris (2017): Was Margot Käßmann wirklich über die AfD gesagt hat.

113 Vgl. Mimikama.at: Hat Käßmann alle Deutschen als Nazis bezeichnet? URL: www.mimikama.at/allgemein/zitat-alle-deutschen/ (abgerufen am 07.07.2018).

114 Vgl. Lauer, Stefan (2017): Margot Käßmann im Shitstorm: Wie eine Meldung von AfD und Co. einfach erfunden wurde. In: Belltower News. URL: www.belltower.news/artikel/margot-k%C3%A4%C3%9Fmann-im-shitstorm-wie-eine-meldung-von-afd-und-co-einfach-erfunden-wurde-11971 (abgerufen am 03.05.2017)

115 Vgl. Fake News nach Margot Käßmanns AfD-Kritik. In: Evangelische Kirchen in Deutschland. URL: www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Margot-Kaessmann-erwaegt-rechtliche-Schritte-gegen-Fake-News-nach-AfD-Kritik-23248.htm (abgerufen am 07.07.2018)

116 Vgl. Lauer, Stefan (2017): Margot Käßmann im Shitstorm: Wie eine

In Kürze: Die elf Erfolgsstrategien des Rechtspopulismus

- ‚Populistische Basiserzählung‘: ‚Volk versus Elite‘.
- Ständige Eskalation; Radikalisierung schadet Rechtspopulist*innen (fast) nicht – im Gegenteil.
- Provokationen: Inszenierung von ‚Tabubrüchen‘, Skandalisierung und demagogische Zuspitzungen.
- Inszenierung ‚der Deutschen‘ als Opfer:
- Inszenierung als Retter*in der Demokratie. (De facto jedoch: sehr reduziertes Demokratieverständnis und ohne Minderheitenrechte.)
- Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung, gegebenenfalls unter Einsatz persönlicher Beleidigungen (s. o.).
- Wenn Rechtspopulist*innen bei einem Thema argumentativ in der Sackgasse landen, machen sie rasch ein anderes auf (Themen-Hopping/whataboutism‘); hierbei handelt es sich allerdings um eine Taktik, die auch von anderen Parteien genutzt wird.
- Scheinwerferlicht-Strategie: In Ausschüssen oder Fachgesprächen werden teils aus taktischen Gründen andere Positionen vertreten als in der großen Arena, etwa im Bundestag oder in Regionalparlamenten, wo Presse und Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit sorgen. Vom Verhalten hinter verschlossenen Türen kann folglich nicht auf die Positionierung in der Öffentlichkeit geschlossen werden.
- Das Einfordern von vorgeblich einfachen und radikalen Lösungen.
- Manichäismus: Denken in dichotomen Weltbildern und Verschwörungsvorstellungen; klare Einteilung in Gut und Böse; keine Grauschattierung oder Anerkennung komplexer Sachverhalte.
- Instrumentalisierung und selektive Darstellung von Aussagen politischer Gegner*innen: Aussagen werden aus dem Zusammenhang gerissen oder es werden nur Teilaspekte benannt, um sie für die eigene Agitation zu nutzen (s. o.).

Ziel

Ein Teil der Rechtspopulist*innen, insbesondere Vertreter*innen der Neuen Rechten, versucht mit den Stilmitteln der liberalen Demokratie (Meinungsfreiheit, Mitbestimmung ...), eben diese liberale Demokratie durch ein autoritäres System zu ersetzen.

Meldung von AfD und Co. einfach erfunden wurde. In: Belltower News. URL: www.belltower.news/artikel/margot-k%C3%A4%C3%9Fmann-im-shitstorm-wie-eine-meldung-von-afd-und-co-einfach-erfunden-wurde-11971 (abgerufen am 03.05.2017).

5. „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte haben eine große Expertise – diese muss noch besser sichtbar werden.“

Ein Gespräch mit der Politikwissenschaftlerin Regina Frey



Regina Frey ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet den Bereich Gleichstellung am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Berlin. In dieser Funktion leitet sie unter anderem die Geschäftsstelle zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Zudem berät sie seit vielen Jahren internationale Organisationen, Bundes- und Landesbehörden, Bildungseinrichtungen sowie Nichtregierungsorganisationen zu gleichstellungspolitischen Fragen. Mit **Rachel Spicker** sprach sie über aktuelle Herausforderungen durch Rechtspopulismus, antifeministische Narrative aus Perspektive des Zweiten Gleichstellungsberichts und mögliche Umgangsstrategien für die Gleichstellungsarbeit.

Welche Herausforderungen ergeben sich aktuell durch den erstarkenden Rechtspopulismus und Antifeminismus für die Gleichstellungspolitik?

Ich glaube, dass Grundsätzliches und Selbstverständliches neu erklärt werden muss. Mit Grundsätzlichem meine ich vereinfacht darzustellen, was Gleichstellung in einem demokratischen Zusammenleben bedeutet und welche Freiheiten und Möglichkeiten damit für alle Menschen verbunden sind. Mit Selbstverständlichem meine ich grundsätzliche Errungenschaften, wie zum Beispiel das Frauenwahlrecht oder auch den Anspruch einer gerechten Verteilung von Erwerb- und Sorgearbeit. Dass eine Ehefrau erst die Erlaubnis des Ehemanns einholen muss, um Erwerbsarbeit nachzugehen oder ein Konto zu eröffnen, kommt uns heute absurd vor. Solche Errungenschaften der Frauenbewegung werden heute als etwas Selbstverständliches wahrgenommen. Die Zusammenhänge und Entwicklungen, unter denen das ermöglicht wurde, werden selten thematisiert. Das heißt, in diesem konkreten Fall zum Beispiel das Frauenwahlrecht nicht als etwas Selbstverständliches, sondern als etwas Er kämpftes darzustellen. Ich bin auch immer noch so optimistisch zu sagen, in diesen Angriffen gegen Gleichstellung und Gender liegt auch eine Chance: Sehr viele, gerade jüngere Menschen sind heute für ein gleichberechtigtes

Zusammenleben der Geschlechter, da es Handlungsspielräume erweitert. Auch gibt es eine hohe Akzeptanz dafür, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert – so steht es ja in unserer Verfassung – und das kann auch immer wieder laut gesagt werden.

In Ihrer Arbeit sind Sie auch immer wieder mit antifeministischen und rechten Narrativen konfrontiert. Beliebt ist zum Beispiel die Erzählung, dass gleichstellungspolitische Maßnahmen überflüssig sind und Frauen längst gleichgestellt sind. Was lässt sich aus der Perspektive des Gleichstellungsberichts dazu sagen?

Häufig sind mit diesen Narrativen Aussagen und Einstellungen wie ‚Es ist gut so, wie es ist‘, ‚Das sind Dinge, die ich privat zu Hause verhandle‘ oder ‚Der Staat hat sich da rauszuhalten‘ verbunden. Diese Narrative lassen sich anhand des Gleichstellungsberichts und weiterer Forschung klar und handfest widerlegen. Der Gleichstellungsbericht legt fundiert dar, welche Ungleichheiten bestehen und welche Auswirkungen das auf individuelles, aber auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben hat. Auch gibt die Forschung Hinweise darauf, dass viele diese Ungleichheiten nicht richtig finden und ihr Leben gerne anders gestalten und leben würden. Es sind eben nicht alle gleichgestellt. Schauen wir uns beispielsweise den Gender Pension Gap an. Der besagt, dass Frauen im Alter durchschnittlich um die Hälfte (53 Prozent) weniger eigenständige Rentenbezüge haben als die Männer. Gerade bei Geschiedenen ist das Armutsrisiko bei Frauen viel höher als bei Männern, da die Rentenansprüche zum Leben einfach nicht reichen. In der Konsequenz bedeutet das, dass Frauen häufiger Grundsicherung oder eine Aufstockung in Anspruch nehmen müssen. Und das ist natürlich nicht nur eine individuelle Problemlage, sondern auch eine gesellschaftliche, da diese Kosten von allen getragen werden müssen. Wer heute in unserer Gesellschaft die Sorge für andere übernimmt, wird letztlich abgestraft – und das sind nun einmal weiterhin mehrheitlich Frauen. Der Gleichstellungsbericht verdeutlicht die Verknüpfung von individuellen und gesellschaftlichen bzw. strukturellen Problemlagen.

Eine zentrale Erzählung ist, dass Gleichstellungspolitiken und Gender Mainstreaming verfassungsfeindlich und Steuerverschwendung seien. Auf welchen Grundlagen basiert die gleichstellungspolitische Arbeit in Deutschland?

Hier werden zwei Dinge miteinander vermischt: der Verfassungsauftrag des Staates zur Durchsetzung der

Gleichberechtigung und eine politische Strategie – dem Gender Mainstreaming – zu eben diesem Zweck. Der Staat hat laut Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes für tatsächliche Gleichstellung zu sorgen. Gender Mainstreaming ist die Strategie, die dazu führt, dass dieser Verfassungsauftrag eingelöst wird. Sie ist eine politische Strategie, die Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe begreift und in verschiedenen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens mitdenken und umsetzen soll. Gleichstellungsbeauftragte wirken darauf hin, dass dieser Staatsauftrag erfüllt wird – auch mithilfe der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Diese Strategie ist also ein (möglicher) Weg, aber nicht das Ziel an sich. Wenn eine AfD-Politikerin sagt: „Gender Mainstreaming ist intellektueller Wohlstandsmüll“, dann stellt sie sich in meinen Augen indirekt auch gegen diesen Verfassungsauftrag. Implizit wird hier vermittelt, dass nicht alle Menschen gleich und gleichberechtigt sind, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse und die Beseitigung von Ungleichheiten nicht funktionieren könne. Dieser Argumentation folgend wäre es logisch zu sagen, dass Gender Mainstreaming nicht mit der Verfassung konform ist. Aber eine solche Argumentation entlarvt sich eher selbst: Dadurch wird offengelegt, dass von einer Ungleichheit verschiedener Menschengruppen ausgegangen wird, dass nicht alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen sollen. Dies ist im Kern eine Ideologie der Ungleichheit. Eine Ideologie, die offen gelegt werden muss.

Fester Bestandteil antifeministischer Narrative ist auch die Verunglimpfung und Umdeutung des Begriffs Gender durch Begriffe wie ‚Gender-Gaga‘ oder ‚Gender-Wahn‘. Wofür steht der Begriff Gender in der Analyse und Umsetzung von Gleichstellungspolitiken?

Gender, also das soziale Geschlecht, ist nach wie vor ein wichtiger Begriff, um ungleiche Verwirklichungschancen und ungleiche Verteilungen von Chancen und Risiken zu beschreiben und um Maßnahmen zu entwerfen, mit deren Hilfe Wege zu einer gleichberechtigten Gesellschaft beschritten werden können. In der Wissenschaft füllen Diskussionen um Konzeptionen von biologischem und sozialem Geschlecht ganze Bücherregale. Gleichstellungsarbeit kann und soll sich zwar von theoretischen Debatten inspirieren lassen, für die praktische Arbeit vor Ort in der Kommune hat das aber weniger Relevanz. Generell wünsche ich mir einen pragmatischen Umgang mit Begrifflichkeiten. Denn zentral ist doch Folgendes: Gender ist im Zusammenhang mit Gleichstellungsarbeit eine analytische Kategorie, um Ungleichheiten und Schief lagen in einer

Gesellschaft zu erkennen und zu benennen. Und wenn die festgestellten Schief lagen tatsächlich der Effekt von politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung – also ungerechtfertigter Ungleichbehandlung – sind, dann ist es die Aufgabe von Gleichstellungsbeauftragten, dass diese Schief lagen überwunden werden. Antifeministische Narrative ziehen den Begriff Gender oft ins Lächerliche oder versehen ihn mit pathologisierenden Beschreibungen wie ‚Wahn‘. Sie wollen damit Bedrohungsszenarien konstruieren und behaupten mit dem Begriff Gender werde das Geschlecht abgeschafft. Fachlich gesehen ist diese Behauptung wirklich grober Unfug. Aber diese Erzählungen und Wortkonstrukte sind wirkungsmächtig, weil sie mit den Ängsten von Menschen spielen. Dieses Verwirrspiel muss benannt werden. Der Gleichstellungsbericht ist hierfür nützlich, denn er liefert mit seinen Indikatoren für Ungleichheiten Möglichkeiten, diese Narrative sachlich fundiert zu widerlegen. Zum Beispiel mit dem Gender Pay Gap, der die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern anzeigt, oder dem Gender Care Gap, der den Unterschied im Zeitaufwand für unbezahlte Sorgearbeit misst.

Was muss auf politischer Ebene aus Perspektive der Gleichstellungsarbeit geschehen, um auf neue Herausforderungen durch einen (parlamentarischen) Rechtspopulismus reagieren zu können?

Wichtig ist, nicht nur auf diese Verwirrspiele zu reagieren, sondern auch eigene Themenschwerpunkte zu setzen und entsprechend zu handeln. Die Bundesregierung ist aufgerufen, das Staatsziel der Gleichstellung ernst zu nehmen und es auch zielgerichtet zu verfolgen. Im neuen Koalitionsvertrag steht beispielsweise, dass es eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie geben wird, die mit einem Aktionsplan umgesetzt werden soll. Damit sollen strukturelle Ungleichheiten weiter abgebaut werden. Das heißt, zum einen sollte weiter Wissen generiert werden: Wo gibt es immer noch Schief lagen und Benachteiligungen? Zum anderen braucht es sehr konkrete Maßnahmen, um diese Schief lagen abzubauen. Auf diese Weise ist auch der Zweite Gleichstellungsbericht strukturiert, der eine Diagnose der Situation bietet und viele Handlungsempfehlungen gibt. Dabei ist es wichtig, dass die Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft, also mit Verbänden und Interessensvertretungen wie der BAG der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen im engen Austausch bleibt und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema wahrnimmt. Mein Wunsch wäre jedenfalls, dass sich die Bundesregierung nun verstärkt und auf Basis des Wissensfundus im Gleichstellungs-

bericht für die Umsetzung von Gleichstellungspolitik einsetzt und sich auch durch Rechtspopulist*innen und ihre Verwirrtaktiken dabei nicht aus der Ruhe bringen lässt.

Was ist aus Ihrer Erfahrung im Umgang mit antifeministischen Angriffen hilfreich?

Die Angriffe auf Gleichstellungspolitik betreffen große Teile unserer Gesellschaft, ob Zivilgesellschaft, Politik, den Wissenschaftsbetrieb oder die Verwaltungsebenen in Kommunen. Es ist so, als würden Antifeminist*innen versuchen, uns mit Nebelkerzen die Sicht auf das Wesentliche in unserer Arbeit zu nehmen. Aber es ärgert diese Gruppen ziemlich, wenn eine gute, sachlich begründete und lebensnah fundierte Gleichstellungspolitik gemacht wird. Meine persönliche Strategie ist daher, zu versuchen, das, was ich bisher gemacht habe, unbeirrt weiterzumachen. Mit meiner Arbeit trage ich dazu bei, dass das große gesellschaftliche Ziel der Geschlechtergerechtigkeit mit Wissen und Bestandsaufnahmen ausgestattet wird, um Grundlagen für die politische Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen zu schaffen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind hier ganz wichtige Mitstreiter*innen. Sie bringen unterschiedliche Perspektiven und Expertisen mit, aus denen sie Gleichstellungsarbeit heraus betreiben. Genau diese Vielfältigkeit ist das, was Gleichstellungsarbeit als Querschnitt in der Gesellschaft ausmacht. Ich habe beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte kennengelernt, die sich für eine geschlechtergerechte Sportförderung stark gemacht haben oder einen Fokus auf Arbeitsbedingungen in der Pflege und die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbsarbeit gelegt haben. Oder sie haben sich für die gerechtere Auswahl und Beurteilung des Personals ihrer Institution eingesetzt – eine Sache von der im Übrigen die gesamte Organisation profitiert. Gerade mit besonderer Expertise haben sie Gleichstellungsthemen in fachliche Bereiche reingetragen, in denen vorher kaum jemand über Gleichstellung nachgedacht hat. Dadurch haben sie als Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte viel Anerkennung erhalten und sich einen Namen gemacht. Und diese fachliche Anerkennung kann ein gutes Mittel sein, um Gleichstellungsthemen nicht nur gesellschaftlich erfahrbarer zu machen, sondern auch als Expert*in wahrgenommen und angefragt zu werden. Das sorgt auch für mehr Rückhalt bei Politik und Verwaltung und hätte wiederum einen positiven Einfluss auf die Auseinandersetzung mit antifeministischen Angriffen in der Kommune. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte haben eine große Expertise – diese muss noch besser sichtbar werden.

6. Interviewstudie: Gleichstellungsarbeit in Zeiten rechtspopulistischer Dynamiken

Von Judith Rahner

Im Folgenden kommen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte selbst zu Wort. Mit der Befragung möchten wir Beobachtungen und Bedarfe aus dem Arbeitsalltag kommunaler Gleichstellungsarbeit zu Antifeminismus und Rechtspopulismus sichtbar machen. Zugleich sollen erfolgreiche Gegenstrategien und konkrete Handlungsoptionen gebündelt und anderen im Arbeitsfeld Tätigen zur Verfügung gestellt werden.

Vorurteile und Anfeindungen gegenüber der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

Alltägliche Vorbehalte und Anfeindungen

„Dann werden wir halt angefeindet! Wenn man bedenkt, wie Frauen in der Geschichte anfänglich behandelt wurden ... Es ist falsch, zu denken, dass nur wir etwas wollen: Es ist wie mit einem Kuchen und wir wollen auch Stücke und möglichst die Guten. – Klar, dass das nicht akzeptiert wird.“ (Interview 1)

Frauen in der Gleichstellungsarbeit sind Vorurteile, was ihre Arbeit betrifft, gewohnt. Das zeigen alle Interviews sehr deutlich. Gleichstellungsarbeit steht dabei unter

Info-Kasten: Informationen zu den Interviews

Insgesamt haben wir acht qualitative, mehrstündige Interviews geführt. Die Interviews wurden auf Wunsch der Interviewpartnerinnen anonymisiert. Die Studie ist nicht repräsentativ. Die meisten Interviews wurden persönlich, einige telefonisch durchgeführt.

Um ein möglich breites Spektrum unterschiedlicher Gegebenheiten vor Ort, fachlicher und persönlicher Erfahrungswerte und spezifischer Bewältigungsstrategien abzubilden, ist die Gruppe der Interviewpartnerinnen heterogen: Die Interviewten arbeiten in drei westdeutschen und zwei ostdeutschen Großstädten sowie in einer westdeutschen und zwei ostdeutschen Mittelstädten. Der berufliche Werdegang der Befragten ist ebenfalls divers: Die Mehrheit der Frauen sind so genannte Quereinsteigerinnen und waren schon früh frauenpolitisch aktiv und bewegt. Einige arbeiteten zuvor als Sozialarbeiterin, Erzieherin oder Ingenieurin, absolvierten Studiengänge der Geisteswissenschaften oder Pädagogik, wiederum andere waren als Wissenschaftlerinnen tätig. Nur

wenige durchliefen eine Verwaltungslaufbahn. Auch arbeiten die Frauen unterschiedlich lange im Feld: Die Befragten haben zwischen zwei und dreißig Jahre Berufserfahrung in der Gleichstellungsarbeit. Die Arbeitsbedingungen sind ebenfalls sehr unterschiedlich. Die Mehrheit der Befragten arbeitet alleine und mit einer Stundenanzahl von zwanzig bis vierzig Wochenstunden. Eine große Ausnahme bilden Teams; dann arbeiten bis zu sieben Personen in einem Gleichstellungsbüro.

Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich den Interviewpartnerinnen für ihre zur Verfügung gestellte Zeit, ihre spannenden und wichtigen Einblicke in die Gleichstellungsarbeit und ihren unermüdlichen Einsatz in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die Interviews wurden durchgeführt von Laura Chlebos, Rachel Spicker und Judith Rahner. Wir danken Laura Chlebos, Milan Fröhlich und Jana Schmidkunz-Gerecke für die Transkriptionen der Interviews.

einem größeren Rechtfertigungsdruck als andere Themen, Abteilungen und behördliche Ressorts. Die interviewten Frauen berichten, dass Gleichstellungsarbeit nicht ernst genommen und hinter ihrem Rücken belächelt oder offen verlacht wird, als zu teuer und unnötig abgetan und auch angefeindet oder verbal angegriffen wird. Die befragten Gleichstellungsbeauftragten berichten, dass eine solche ablehnende Grundstimmung oder Kritik als Hintergrundrauschen in fast allen Parteien, auf sämtlichen Verwaltungsebenen und bei Männern als auch Frauen zu finden ist. „Lächerlich machen! Genderkritik kommt von allen Parteien, auch von unterschiedlichen Ämtern.“ (Interview 2) Manchmal sind es ‚nur‘ alltägliche Spitzen, etwa Witze und Bemerkungen in Sitzungen oder in der Kantine. Dann heißt es manchmal belustigt: „Ach, wir haben ja die Gleichstellungsbeauftragte hier. Seid lieber still, sonst kommt die Gleichstellungsbeauftragte!“ (Interview 3)

Für die konkreten Aufgabenbereiche der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gehen damit große Herausforderungen einher. Dies gilt beispielsweise für das Durchsetzen einer gendergerechten Sprache. Selbst wenn es als Verwaltungsvorschrift im Haus festgeschrieben ist, wird das sogenannte Gendern (bewusst) ignoriert, nur widerwillig eingehalten oder lächerlich gemacht: „Genderkritik gibt’s vor allem bei geschlechtergerechter Sprache.“ (Interview 2) Auch bekommen die Beauftragten sehr häufig zu hören: „Wozu braucht es denn eine Gleichstellungsbeauftragte? Wenn Frauen wollen, dann können die sich einfach auf die Stelle bewerben.“ (Interview 1) Die Interviews zeigen, dass vielfach nachgewiesene strukturelle Ungleichheiten – zum Beispiel fehlende Kinderbetreuung oder erschwerte Bedingungen für den erneuten Einstieg in den Berufsalltag – Frauen den Zugang zu diversen Jobs verwehren; diese Ungleichheiten werden in Verwaltungen, Behörden und kommunaler Politik nach wie vor ausgeblendet, kleingeredet oder negiert. Berichtet wird außerdem, dass „klassische Parteien sehr oft Sätze drauf [haben] wie: ‚Frau D, wann machen Sie endlich mal was für die Männer? Wann wird hier mal Männerarbeit gemacht?‘“. (Interview 4) Dass die angesprochene Gleichstellungsbeauftragte seit vielen Jahren Projekte für Männer, zum Beispiel Vätergruppen, initiiert, bleibt unbeachtet. Einige Interviewpartnerinnen berichten, dass Gender Mainstreaming, obwohl es mittlerweile seit zwanzig Jahren geltendes EU-Recht ist, immer wieder von neuem erklärt werden müsse.

Die Interviews zeigen, dass die befragten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Gegenwind, Rechtfertigungsdruck, Geringschätzung und auch Diffamie-

rungen als inhärenten Teil ihrer Arbeit sehen. „Klar gibt es Ausgrenzung und Anfeindungen. Aber ich denke immer wieder: Wenn man gesellschaftlich etwas ändert, muss man nicht erwarten, dass man Blumen geschenkt bekommt.“ (Interview 1) Solche Einschätzungen lassen Rückschlüsse auf den Zustand der kommunalen Gleichstellungsarbeit insgesamt zu: Kaum ein anderer kommunaler oder behördlicher Arbeitsbereich dürfte mit derart vielen Vorurteilen gegen den eigenen Arbeitsauftrag umzugehen haben.

Gleichstellung als Störfaktor

„Es ist das Thema an sich, das gesellschaftlich stört und wo nicht verstanden wird, was wir Frauen denn *noch* wollen? Arbeiten, Wählen, Klamottenwahl und sexuelle Selbstbestimmung sind möglich. Was will also die Gleichstellung noch? Und wenn man sagt, dass es nicht nur um eine technokratische Gleichstellung geht, wird sofort eine Barriere gebaut.“ (Interview 1) Welchen Stellenwert die Gleichstellungsarbeit mancherorts für Politiker*innen und Verwaltungen hat, zeigt beispielhaft folgende Anekdote einer Interviewpartnerin: „Der jährliche mündliche Tätigkeitsbericht im Parlament darf maximal fünfzehn Minuten dauern. Da ich fünf Jahre keinen Tätigkeitsbericht vorgestellt hatte, habe ich dann gewagt, 35 Minuten zu reden. Da bin ich fast ausgepöfht worden. So viel wollte man zum Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau nun doch nicht hören.“ (Interview 4)

Auch Ignoranz und Nichtachtung werden erlebt: „Uns ist klar, dass es Parteien gibt, die Gleichstellung nicht ganz oben auf ihrer Rangliste haben. Bei uns ist letztes Jahr der Gleichstellungsplan verabschiedet worden. Im Ausschuss und im Kreistag gab es null Nachfragen. Die gesamte Fraktion der CDU enthielt sich sogar der Stimme und das ist ein Statement von Nichtachtung. Nach dem Motto: Es ist nicht mal wichtig genug, dass wir dagegen stimmen, sondern es ist einfach egal.“ (Interview 5) Eine Gleichstellungsbeauftragte erzählt, wie sie – nachdem sie ihre Arbeit korrekt ausgeübt hatte – sexistisch beleidigt wurde: „Als am Ende eines Bewerbungsverfahrens ein Mann und eine Frau genommen werden sollten – was offenbar vorab verabredet worden war –, habe ich auf den Fehler hingewiesen und mitgeteilt, dass es nicht erlaubt ist, die Entscheidung vorab zu treffen. Dann regten sich alle Männer auf und einer sagte zu mir, ich sei wie eine Gottesanbeterin: Erst sitze ich unauffällig dabei und zum Ende ‚töte‘ ich den Mann.“ (Interview 1) Eine weitere Gleichstellungsbeauftragte berichtete: „Anfeindungen kommen von Kollegen in der Verwaltung oder in der Zusam-

menarbeit mit anderen, von Frauen wie von Männern. Sie machen zum Beispiel Bemerkungen dazu, warum Gleichstellungsbeauftragte überhaupt noch notwendig sind. Diese Bemerkungen sind gedanklich nicht weit von AfD-Äußerungen entfernt.“ (Interview 3)

Neue Herausforderungen und Gefahren durch den Rechtspopulismus und die extreme Rechte

Zunahme antifeministischer und rechtspopulistischer Dynamiken

„Die Herausforderung, die wir im Moment haben, ist die mit dem Rechtspopulismus.“ (Interview 6) Gleichstellungsbeauftragte beschreiben neben den oben genannten alltäglichen Anfeindungen ganz konkret Rechtspopulismus und dessen Akteur*innen als neue Herausforderung für die Gleichstellungsarbeit. Die befragten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten beobachten eine antifeministische Dynamik, die in den letzten Jahren zugenommen habe. Dabei seien antifeministische Haltungen keineswegs nur bei ausgewiesenen Gleichstellungsgegner*innen und antifeministischen Akteur*innen aus dem rechtspopulistischen Spektrum zu finden. Die Befragten beobachten vielmehr, dass sich im Fahrwasser rechtspopulistischer Dynamiken, die mit einer antifeministischen Stimmung verbunden sind, auch andere offensiver gegen Gleichstellung positionieren: jene, die von Gleichstellungsarbeit genervt sind, sich in ihren Privilegien bedroht und durch Frauenförderung benachteiligt sehen und die bisher eher heimlich Vorbehalte hatten: „Und dann kommen diese Anfeindungen innerhalb des Hauses: ‚Ich als Mann habe sowieso keine Chance, weil du ja immer mit deiner Frauenförderung kommst.‘ Im Moment finde ich, dass wir uns mehr rechtfertigen müssen als früher.“ (Interview 5) Eine Interviewpartnerin berichtet von Kolleginnen, die feststellten, dass die Nicht-Anerkennung und Nicht-Wahrnehmung der Gleichstellungsarbeit zugenommen hätten, und dass immer mehr von ihnen unzufrieden seien und den Spaß an der Arbeit verlieren würden; eine Kollegin habe sogar aufgehört. (Interview 3) Es scheint vor allem eine – zwar längst bekannte, aber in letzter Zeit wieder lauter und aggressiver vorgetragene – Frage gestellt zu werden: „Wozu gibt es Gleichstellungsbeauftragte?“ „Es ist immer mehr herausfordernd, weil mir oft entgegengebracht wird, ich sei völlig überflüssig, weil wir doch alle gleichgestellt wären.“ (Interview 5)

Vor Ort spitzt sich die Situation zu: Debatten werden heftig geführt, zudem sind sie rassistisch aufgeladen:

„Was festzustellen ist: Dieses Kippen in der Gesellschaft und dieses ‚Man wird das doch mal sagen dürfen‘ nehmen stärker zu. Mittlerweile auch in Gruppen, wo man sagt: ‚Mein Gott, vor fünf Jahren wäre man nie auf die Idee gekommen, dass jemand sowas sagt, besonders gegen Flüchtlinge, gegen Politiker zum Teil auch.“ (Interview 8) Eine Interviewpartnerin deutet die gegenwärtige gesellschaftliche Stimmung, die gerade auch Auswirkungen auf die Gleichstellungsarbeit habe, folgendermaßen: „Aus einem Konglomerat aus unsicheren Werten, wirtschaftlicher Unsicherheit und Globalisierung, die gerade grassieren, kommt jetzt diese rechte Männerbewegung, die lange auf diese Gelegenheit, zurückzuschlagen, gewartet hat.“ (Interview 1)

Zentrale antifeministische Argumentationen des Rechtspopulismus

Gender und Gender Mainstreaming als Bedrohungsszenario

In den Interviews findet sich auch ein zentrales Ideologiefragment der antifeministischen Erzählung wieder, das typisch für den Rechtspopulismus und die extreme Rechte ist: „Wenn Frau von Storch Vorträge hält, sagt sie: ‚Kämpfen Sie gegen die politische Ideologie des Gender-Mainstreaming!‘“ (Interview 1) Die Diffamierung von Gender Mainstreaming als Ideologie betrieb bereits 2006 der konservative Journalist Volker Zastrow in einem Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Er deutete Gender Mainstreaming als „politische Geschlechtsumwandlung“ und Gender als „emotionales oder metaphysisches Geschlecht“. Gender Mainstreaming sei eine „ideologisch-verbohrte Interessenpolitik radikaler Feministinnen und Lesben, die ‚traditionelle Geschlechterrollen‘ und Familienformen zerstören und ‚den neuen Menschen‘ schaffen wollten.“¹¹⁷ Dieses Verständnis wird seither von anderen rechtskonservativen Journalist*innen, antifeministischen Männerrechtler*innen und vor allem von rechtspopulistischen und extrem rechten Politiker*innen breit rezipiert. Das gilt auch für die eben erwähnte stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD Beatrix von Storch, die immer wieder durch genderfeindliche Aussagen auffällt. In einem Facebook-Eintrag behauptet sie: „Gender-Mainstreaming ist intellektueller Wohlstandsmüll.“¹¹⁸ Sie wertet Gender

117 Witte, Kristin (2015): „Wir lehnen ihren Gender-Mist ab!“ – Gleichstellung & Feminismus als Feindbilder bei Nazi-Frauen. In: Belltower News. URL: www.belltower.news/artikel/gender-mist-gleichstellung-und-feminismus-als-feindbilder-8197 (abgerufen am 26.06.20).

118 Vgl. Wielowskiejski, Patrick (2018): Homosexuelle gegen Gender Mainstreaming. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press: Hamburg. S. 143.

als ideologisch ab, da vorgeblich naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern marginalisiert und die geschlechtliche Identität infrage gestellt würden. „Sie macht Fehlaussagen, zum Beispiel ‚Gender als neutrales Geschlecht‘ zu bezeichnen, und unterstellt Feministinnen, selbst keine Definition zu haben. Sie versteht das gewiss bewusst falsch, weil die Masse keine Ahnung davon hat. Dieses Spiel spielt die rechte Bewegung sehr geschickt.“ (Interview 1) Die AfD, der Beatrix von Storch stellvertretend vorsitzt, stellt im Bundestagswahlprogramm 2017 die Behauptung auf, dass Gender die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen wolle und damit in klarem Widerspruch zum Grundgesetz stünde.¹¹⁹ Die Kampagne *Equal Pay Day*, die über Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern aufklärt, sowie feministische Forderungen nach gendersensibler Sprache werden im Wahlprogramm der AfD 2017 als „Propagandaaktionen“ diffamiert.¹²⁰

Feminismus als innerer, Migration als äußerer Feind

Eine Gleichstellungsbeauftragte wurde mit der These konfrontiert, dass die „Gesellschaft seit der Emanzipation der Frauen nicht mehr wehrhaft ist. Frauen, besonders Feministinnen, sind schuld, dass die Gesellschaft verweichlicht ist.“ Sie selbst erklärt dazu: „Rechte Männer haben jetzt viele Argumente bekommen – wie zum Beispiel mit dem Thema Flüchtlinge, mit islamistischen Anschlägen, Gewaltbereitschaft und Entfremdung innerhalb der Gesellschaft –, und daraus machen sie einen Ideologiemix. Nun stehen sie auf und sagen, sie müssten wieder wehrhafte Männer sein und Familie und Frauen verteidigen. Die Frau müsse dazu in ihre ‚natürliche‘ Rolle zurückkehren. Nur dann könne der Mann, frei von Konkurrenz zum anderen Geschlecht, seine Aufgabe erfüllen.“ (Interview 1) Die Argumentationsfigur des schädlichen Feminismus findet sich auch in der an stereotypen Geschlechterrollen ausgerichteten Grundhaltung der AfD. Diese geht seit ihrer Gründung von der Annahme aus, dass ein „falsch verstandener Feminismus einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die ‚nur‘ Mutter und Hausfrau sind“¹²¹ schätze; damit nutze der Feminismus ausschließlich der Wirtschaft, außerdem sei er verantwortlich für die große Anzahl kinderloser Familien.¹²²

Antifeminismus wird häufig mit einer rassistischen Argumentationsfigur, mit der auch Gleichstellungsbeauftragte immer häufiger konfrontiert werden, verbun-

den: „Aus Sicht der Rechten ist Deutschland wehrlos, und deshalb kämen die Flüchtlinge, deshalb würde vergewaltigt.“ (Interview 1) In manch rechten Kreisen wird gar behauptet, dass Feministinnen, Homosexuelle und eine ‚elitäre Gruppe‘ gemeinsame Sache gegen ‚die Deutschen‘ machten oder sich gegen sie verschworen hätten.¹²³ Rechtspopulistische und rechts-extreme Bewegungen schüren massiv rassistische Angst vor ‚Überfremdung‘. Diese gängige Rhetorik gehört seit jeher zum ideologischen Repertoire der extremen Rechten und knüpft an die Argumentation vom vermeintlichen Aussterben der Deutschen oder gar vom sogenannten ‚Volkstod‘ an¹²⁴: Durch eine rückgängige Geburtenrate, Schwangerschaftsabbrüche und Migration löse sich die als biologisch verstandene ‚Abstammungsgemeinschaft‘ der Deutschen auf. Die Neue Rechte vertritt eine beinahe identische Auffassung – in etwas abgewandelter Wortwahl: Sie spricht vom ‚Großen Austausch‘ als einer Verdrängung eines ‚angestammten Volkes‘ beziehungsweise einer angestammten Kultur. Diese rechtsextreme Argumentationsfigur lässt sich also sowohl im klassischen (völkischen) Rechtsextremismus finden als auch in der Neuen Rechten und im Rechtspopulismus inklusive ihren parteipolitischen Vertretungen.¹²⁵

Die besagte bevölkerungspolitische Argumentationsfigur findet sich auch in Form extrem rechter Einwüfe, mit denen Gleichstellungsbeauftragte heute zu tun haben. Zur Frage, welche Rolle Frauen in diesem Kontext zukommen soll, berichtet eine Interviewpartnerin: „Wenn eine Frau eine Position hat, mit der sie mehr in der Öffentlichkeit steht oder mehr Abendtermine wahrnimmt, dann sagen die, die soll sich stattdessen um ihre Kinder kümmern. Es wird als Verlust der Familienwerte verstanden, die wiederum als Keim der Gesellschaft angesehen werden. Und wenn diese Werte zerbrechen, dann sei die Gesellschaft wehrlos. Das ist zwar auch eine generelle gesellschaftliche Debatte, aber so debattiert vor allem die rechte Ecke mit der AfD

123 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2016): ‚Peggy war da!‘ Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen. Berlin. Online unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/pegida_internet.pdf.

124 Vgl. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): Der ‚Volkstod‘. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press: Hamburg. S. 63–91.

125 Ebenso jedoch taucht sie auf im Bestseller Deutschland schafft sich ab, 2010 von Thilo Sarrazin veröffentlicht – SPD-Mitglied und ehemaliger Berliner Finanzsenator. Auch Sarrazin verband darin Sozial- und Bevölkerungspolitik mit rassenbiologischen Theorien und ebnete dadurch rechtspopulistischen Argumentationen in Deutschland maßgeblich den Weg. Aufgehalten werden könne Migration, so Sarrazin, nur durch Abschottung an den staatlichen Außengrenzen sowie durch eine aktive innerstaatliche Bevölkerungspolitik, die einer ‚Überfremdung‘ entgegengewirkt und gleichzeitig dem ‚Erhalt des Staatsvolks‘ dient.

119 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 40.

120 Vgl. ebd.

121 Vgl. ebd.

122 Vgl. ebd.

an der Spitze: „Die Frau soll wieder in ihre natürliche Funktion zurückkehren und die Mutterrolle übernehmen.“ (Interview 1) Diese Beobachtung bestätigt ein Blick auf die Internetpräsenz des AfD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (NRW); dort heißt es: „Der ideale Betreuungsplatz für ein Kleinkind ist auf Mamas Schoß“.126 Eine außerfamiliäre Betreuung müsse „als Notbehelf statt als gesellschaftlich gewollter Regelfall angesehen werden“ (ebd.)

Rechtskonservative und völkische Familienbilder

Ein weiteres zentrales Moment der rechtspopulistischen Erzählung findet sich in den Interviews: das Ideal der intakten heterosexuellen weiß-deutschen Familie und der klassischen Arbeitsteilung. „Egal ob bei NPD oder AfD, es herrscht ein klassisches, altes, traditionelles Familien- und Geschlechterbild vor. Der NPD-Stadtverordnete, der geht davon aus, dass es keine sexuelle Vielfalt gibt, sondern Geschlechter binär sind. Es hat nur männlich und weiblich zu geben, das war schon immer so, und mehr hat es daneben nicht zu geben. Das sagt der dann auch in der Stadtverordnetenversammlung. Das ist genau derselbe Ansatzpunkt wie bei der AfD. Die AfD hat im Wahlprogramm stehen: ‚Wir unterstützen Familien und unsere Familie sieht so aus: Mann, Frau, Kind, Kinder.‘ Alleinerziehende werden nicht unterstützt, haben sie in ihrem Parteiprogramm stehen. Die sind für sie keine Zielgruppe.“ (Interview 4) Alleinerziehende werden im Wahlprogramm der AfD von staatlicher Unterstützung ausgenommen.127 Dies betreffe in Deutschland überwiegend Frauen. Gleichzeitig unterstellt die Partei, dass vermeintlich negative Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung durch Alleinerziehende alarmierend seien.128 Die Partei setzt sich zudem für eine Wiedereinführung des Schuldprinzips bei Ehescheidung ein: „Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen eheliche Solidarität“ soll wieder bestraft werden.129 Auch beabsichtigt die AfD, das konservative Familienbild noch stärker im Bildungssystem zu verankern. Kinder und Jugendliche sollen „anerkannte Regeln zu Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung, Lebensschutz und Kindererziehung“ erlernen, deshalb sollen diese „in Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen wieder fester Bestandteil werden“.130

126 Mieruch, Mario (2014): Grundpositionen zum Thema „Familie“. Mutter – Vater – Kind. Für den Schutz der Familie. URL: www.afd.nrw/beschluesse-des-landesverbands-zur-programmatik/2014/04/grundpositionen-zum-thema-familie/ (abgerufen am 05.07.2018).

127 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. S. 38.

128 Vgl. ebd. S. 40.

129 Vgl. ebd. S. 38.

130 Vgl. ebd. S. 37.

Traditionelle Familien, verstanden als heterosexuelle Verbindung zwischen Mann und Frau sowie ihren Kindern, stehen im Zentrum extrem rechter Ideale und wurden bereits im ersten Wahlprogramm der AfD 2013 – „Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ – betont.131 Die bei der AfD vertretenen Geschlechterbilder sind anschlussfähig an völkische und nationalistische Ideale, in denen eine patriarchale und autoritäre Gesellschaftsordnung propagiert wird. (Siehe Kapitel 2.)

Anfeindungen gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten

Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie Trans*- und Inter*- Personen werden oft Zielscheibe von Anfeindungen und Gewalt durch extrem rechte Akteur*innen und Politiken. Darüber wissen auch die Gleichstellungsbeauftragten zu berichten: „Und die aus dem rechten Spektrum, die wollen dann konkret wissen: Wie viele Fälle hast du? Wie viel Geld gibst du? Also zum Beispiel, als ich über den Christopher Street Day in der Stadtverordnetenversammlung berichtet habe, da wollte der Abgeordnete ganz genau wissen: ‚Wie viele Lesben und Schwule und wie viele transsexuelle, intersexuelle Menschen gibt es in der Stadt?‘ Das sollte ich ihm statistikmäßig liefern, und dann hat er auch noch so einen Kommentar gemacht: ‚Für so eine kleine Minderheit engagieren Sie sich – und dafür geben wir Geld aus?‘“ (Interview 4)

In rechtskonservativen bis extrem rechten Milieus wird sehr häufig die Forderung laut, die eigene sexuelle Orientierung auf den privaten Bereich zu beschränken. Gedenk- und Demonstrationstage wie der Christopher Street Day (CSD), der queere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum schafft, werden abgelehnt. Forderungen nach weiteren Rechten für LSBTI* seien in Deutschland hinfällig, da Gleichstellung bereits erreicht sei. Oftmals wird darüber hinaus von einer so genannten ‚Homolobby‘ gesprochen und so ein machtvoller Einfluss der Schwulen- und Lesbenverbände auf Politik und Medien suggeriert. Diese ‚Homolobby‘ bedrohe die traditionelle Familie, weil sie die Ehe für alle erreicht und das Adoptionsrecht für Schwule und Lesben politisch durchgesetzt habe. Gleichstellungsbeauftragte berichten von expliziten Anfeindungen gegen LSBTI*. Dann heißt es: „Warum machen Sie diese Arbeit für diese Menschen?“ (Interview 4) Das Lesbisch-Sein, ebenso die Existenz intergeschlechtlicher und queerer

131 Vgl. Alternative für Deutschland. Programm der AfD zur Bundestagswahl 2013. Übersicht der Vorstandsmitglieder. Satzung. Programm. URL: <https://hughbronson.de/2013/09/14/programm-der-afd/> (abgerufen am 05.07.2018).

Menschen und Identitäten werden infrage gestellt. (ebd.)

„Sie [Beatrix von Storch] ist der Meinung, dass gegen Gender gekämpft werden sollte, zum Beispiel wegen ‚Frühsexualisierung‘.“ (Interview 1) Damit beschreibt die Interviewte ein weiteres zentrales Ideologiefragment rechtspopulistischer und extrem rechter Akteur*innen: Diese sprechen sich gegen eine Modernisierung des schulischen Sexualkundeunterrichts, durch die Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt behandelt und sichtbar gemacht werden sollen, aus. Unter dem diffamierenden Stichwort ‚Frühsexualisierung‘ lehnen sie eine Sexualpädagogik der Vielfalt als vermeintlich einseitige Hervorhebung von Homo- und Transsexualität vehement ab, inszenieren sie als unzulässigen Eingriff, der eine unnatürliche Entwicklung der Kinder fördere.¹³² (Siehe Kapitel 2.)

Rassismus und die Instrumentalisierung feministischer Anliegen

Mit einem sich verschärfenden Alltagsrassismus, der auch in der Stadtgesellschaft inzwischen offen vertreten wird, haben Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte beinahe täglich zu tun. Wie der folgende Interviewauszug zeigt, werden dabei gesellschaftlich marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt: „Auch die Debatte, dass man Geld für die Flüchtlinge, aber nicht für unsere armen Rentnerinnen, armen Alleinerziehenden aufbringt, wird immer wieder aufgenommen. Die schwingen sich als Verteidiger der Frauenrechte in Deutschland auf. Mittlerweile nehmen viele die Argumente der AfD und wiederholen diese. Dann muss man immer wieder dagegenhalten und klarstellen: Auch wenn keine Flüchtlinge nach Deutschland kämen, würden die Alleinerziehenden oder Hartz-4-Empfängerinnen keine zehn Cent mehr bekommen. Das Problem liegt woanders. Aber im Moment ist diese Debatte wie eine ansteckende Krankheit.“ (Interview 1)

Gleichstellungsbeauftragte erhalten auch Anfragen extrem rechter Parteien oder von Bürger*innen, die Feminismus instrumentalisieren. So wird beispielsweise gefragt, ob ‚ausländische Bürger‘ den Frauen die Hand geben oder „welche Erfahrungen wir damit hätten, wenn ausländische Bürger zu den Bürgerdiensten kämen und sich weigern würden, den Frauen, die da arbeiten, die Hand zu geben.“ (Interview 6) Auch zu

Homepages, die in einer anderen denn der deutschen Sprache informieren, gibt es Anfragen dazu, „warum wir unsere Internetseite in anderen Sprachen machen würden.“ (Interview 6) Beklagt wird hier erneut eine vermeintliche Steuergeldverschwendung. Auch von einer Kollegin weiß eine Interviewpartnerin zu berichten, dass Vorurteile gegen Geflüchtete und Muslim*innen deren alltägliche Arbeit betreffen: „Das ist das Übliche, wenn man zum Beispiel zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen auf die Straße geht und mit Leuten ins Gespräch kommt: Die sind jetzt nicht böse oder so, aber ein übliches Klischee ist immer: ‚Ich kenn gar keine Opfer von häuslicher Gewalt. Ich wohne ja in einem gutbürgerlichen Milieu mit überwiegend Deutschen.‘ Oder auch die älteren Herrschaften, die sagen: ‚Das ist schlimm für die Frauen, die zugewandert sind. Die kommen ja aus einem ganz anderen Milieu und Kulturkreis; da glaube ich auch, dass die Männer sie hauen.‘“ (Interview 5) Die Gleichstellungsbeauftragten treten mit diesen Leuten in Kontakt, sie klären auf, weisen darauf hin, dass Gewalt gegen Frauen ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist: „Die sind da auch offen und lassen sich was erzählen, aber von irgendwoher haben sie ja diese Parolen.“ (ebd.) Eine weitere Interviewpartnerin erzählt, wie sich rassistische Klischees und Parolen im Arbeitsalltag vermehrt wiederfinden: „Wenn wir in der Verwaltung arbeiten, dürfen wir nicht offen politische Positionen beziehen. Aber in verklausulierten Gesprächen merke ich schon, dass sich einige plötzlich als Verteidiger der abendländischen Werte sehen – mit Frauenrechten als Teil der abendländischen Kultur –, die sie reflexartig verteidigen. Reflexartig, weil sie eigentlich gar nicht viel darüber wissen wollen, aber dieses Thema in Zusammenhang mit der Geschichte über einen Migrant, der eine Frau vergewaltigt hat, plötzlich aufgreifen.“ (Interview 1)

In fast allen Interviews berichteten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte von der Strategie rechtspopulistischer und extrem rechter Akteur*innen, feministische Anliegen zu vereinnahmen und rassistisch zu instrumentalisieren. Im Stadtrat wird dann etwa der Antrag eingebracht, „Frauen im öffentlichen Raum zu schützen, wenn der Sommer kommt und sie leichte Kleidung tragen.“ (Interview 6) Im Zuge einer Umfrage zu Angsträumen in der Stadt hätten die NPD und Bürgerwehren versucht, das Thema zu kapern und in das Thema ‚Angst von Frauen vor Ausländern‘ zu überführen. Eine Interviewpartnerin dazu: „Bei der Verknüpfung dachte ich mir: Aha, sonst interessiert das Thema Angsträume für Frauen nie. Aber wenn es ihnen in den Kram passt, dann wird daran angedockt, und dann sind Frauen

132 Laumann, Vivien/Debus, Katharina (2018): „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisationen und Stimmungsmache. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press: Hamburg. S. 275ff.

plötzlich als Opfer im Blickwinkel, und – ich sag es jetzt mal überspitzt – der deutsche Mann muss sich um die arme deutsche Frau kümmern.“ (Interview 8) Auch eine weitere Gleichstellungsbeauftragte weiß zu berichten, wie feministische Themen und Gleichstellungsarbeit instrumentalisiert und gegen Geflüchtete oder Muslime in Stellung gebracht werden: „Ja, das geschieht nach dem Motto: ‚Wir müssen unsere Frauen schützen vor dieser ‚Horde Unzivilisierter‘, die auf die Straßen kommen.‘ Plötzlich sind die Rechten die Beschützer der Feministinnen und Frauenrechtlerinnen geworden. Aus dieser Position heraus wird sehr häufig debattiert. Jetzt sind viele rechte Männer, die sonst überhaupt kein Interesse an Gleichstellung, geschweige denn Feminismus, Gender Mainstreaming oder Queerdebatten hatten, plötzlich die Verteidiger der Rechte der Frauen gegen ‚die Fremden‘. Nach dem Motto: ‚Wir befinden uns in einem Kulturkampf.‘“ (Interview 1)

Eine Gleichstellungsbeauftragte wollte nach der Kölner Silvesternacht 2015 das Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen auf öffentlichen Plätzen in der eigenen Stadt angehen und Gegenstrategien für den öffentlichen Raum entwickeln. Ein Abgeordneter jedoch blockte das Thema ab: „Da übertreiben Sie jetzt aber!“ Sie insistierte und bestand darauf, dass es nicht nur Geflüchtete seien, die sexuelle Gewalt oder Belästigung ausübten, und dass Gleichstellungsbeauftragte damit alltäglich umzugehen hätten. Das jedoch, so erinnert sie sich, hätten „die deutschen Männer nicht vertragen. Da fühlten sich einige in der Runde auf den Schlipps getreten und haben heftig darauf reagiert. Betroffene Hunde bellen, das ist einfach so.“ (Interview 4)

Immer häufiger wird Gleichstellungsbeauftragten von rechtspopulistischen und extrem rechten Gruppierungen und Parteien vorgeworfen, sie seien keine ‚richtigen‘ Feministinnen oder Frauenrechtlerinnen; sie würden sich, so wird argumentiert, nicht ausreichend um Frauen kümmern, die Opfer von Gewalt durch migrantische Männer wurden. Die Ethnisierung sexualisierter Gewalt ist eine der größten Herausforderungen, mit denen Gleichstellungsbeauftragte gegenwärtig umzugehen haben. Das Thema ist emotional aufgeladen, und extrem rechte Bewegungen und Gruppierungen sowie ihre politischen Vertretungen nutzen es strategisch für ihre Öffentlichkeitsarbeit. Eine Interviewpartnerin erzählt, dass auf einer Veranstaltung „ein Politiker aus dem rechtspopulistischen Spektrum sich mit einem Pappschild in der Eingangshalle aufgestellt hat und dem Gleichstellungsbüro den Vorwurf gemacht hat,

wir würden uns nicht genug um den Fall Mia [Kandel¹³³] kümmern. Ich habe erst am nächsten Tag recherchiert und erfahren, wer Mia ist. Das hatte mit unserer Veranstaltung aber gar nichts zu tun, was wieder zeigt, wie die so arbeiten.“ (Interview 6)

Dass es ein Ausmaß an struktureller frauenfeindlicher und sexualisierter Gewalt in Deutschland gibt, wird von rechtspopulistischen oder extrem rechten Akteur*innen nicht problematisiert. Auch dass Frauen qua Geschlecht spezifischen Risikofaktoren ausgesetzt werden – zum Beispiel durch illegalisierte Schwangerschaftsabbrüche oder weil es zu wenig Plätze in Frauenhäusern gibt – ist nicht Teil der politischen Agenda. Gewalt an Frauen wird als ausschließliches Problem ‚anderer Männer‘ und nur in Zusammenhang mit rassistischen Erzählungen aufgegriffen und entsprechend ausgelagert; die Diskussionen drehen sich dann um Signalwörter wie ‚Ehrenmord‘ oder ‚Zwangsheirat‘. Als Konsequenz wird von extrem rechter Seite nie eine Stärkung von Gleichstellungsarbeit gefordert, auch keine Sensibilisierung bezüglich patriarchaler Männlichkeiten; stattdessen werden rassistische Ideen transportiert und beispielsweise eine restriktive Asylpolitik gefordert.

Anfeindungen gegen Gleichstellungsarbeit: Wie, wo, von wem?

Angriffe gegen die Gleichstellungsarbeit als solche

Die Abwehr, Angriffe und Diffamierungen bezüglich Gleichstellungsarbeit in Ausschüssen und Gremien, von denen die Interviewpartnerinnen berichten, wurden – bis auf eine Ausnahme – von rechtskonservativen, rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien und Wählergruppen verlautbart. Für die Befragten steht außer Frage, dass man als Gleichstellungsbeauftragte nicht ‚empfindlich‘ sein darf; es kann heftig zur Sache gehen und sehr grundsätzlich werden: „Der AfD-Abgeordnete hat mich jetzt kennengelernt, wir haben uns unterhalten und er hat kein Problem mit mir, aber mit der Gleichstellung.“ (Interview 3) Eine andere erinnert sich: „Also bei der ersten Sitzung würde ich sagen, dass Anfeindungen auch persönlich waren. Das war vehement, und es war auf meinen Arbeitsbereich bezogen und natürlich auf meine Funktion.“ (Interview 2) Bisweilen wird gezielt persönlich diffamiert und gemobbt, Unwahrheiten werden verbreitet oder

133 In Kandel (Rheinland-Pfalz) erstach ein junger Mann am 27.12.2017 seine 15-jährige Ex-Freundin Mia in einem Drogeriemarkt. Da der junge Mann als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter ein Jahr zuvor aus Afghanistan nach Deutschland kam, entzündete sich an diesem Fall eine heftige politische Diskussion, die sich vor allem um Herkunft und Asylstatus des Täters drehte und mit massiven rassistischen Mobilisierungen im extrem rechten Milieu einherging.

Gerüchte gestreut: „Ich wurde als Tochter vom Oberbürgermeister bezeichnet, weil er Sympathien für das Thema Gleichstellung hatte. Es wurde auch unterstellt, der Oberbürgermeister sei in mich verliebt, das wurde mir vorgeworfen.“ (Interview 1)

Angriffe erfolgen sehr häufig während der Vorstellung der Tätigkeitsberichte der Gleichstellungsbeauftragten: „Böse Kommentare. Böse Nachfragen. Vor allem aus der NPD-Ecke.“ (Interview 4) Manchmal werden Anfragen in Stadtverordnetenversammlungen nicht während der Vorstellung des Berichts gestellt, sondern eine Sitzung später. Die Nachfragen sind dann sehr detailliert und werden bisweilen – bewusst oder unbewusst – mit falschen Behauptungen oder unrichtigen Fakten vermengt. Eine Interviewpartnerin berichtet über einen Abgeordneten einer rechtspopulistischen Partei im Stadtparlament: „Da nimmt er Dinge aus meinem Tätigkeitsbericht, zitiert oder führt sie aber anders aus, also er interpretiert mich falsch. Er legt Worte von mir anders aus.“ (Interview 4)

Angriffe und Einschüchterungsversuche richten sich teils sehr direkt und unverhohlen gegen die Gleichstellungsarbeit und die Stelleninhaberinnen. Eine Interviewte berichtet, dass ein „NPD-Kandidat gegen Gender Mainstreaming schießt und die Haushaltsstelle streichen will.“ (Interview 8) Eine andere erlebte, dass die AfD mit Anträgen und Fragen im Gleichstellungsausschuss sämtliche Themen, an denen sie arbeitet – wie häusliche Gewalt, Alleinerziehende, Förderung von Mädchen- und Frauenprojekten –, hinterfragte: „Das war heftig und ich würde das durchaus als sehr direkten Angriff bezeichnen. Die haben im Endeffekt alles hinterfragt, sogar das Grundgesetz. Eine Diskussion, die die immer führen: Verfassung und Grundgesetz.“ (Interview 2) Es ging um „das Ziel, Gleichstellungspolitik, also meine Position abzuschaffen“. (ebd.) Eine andere erzählt von einer Abstimmung über eine Änderung der Hauptsatzung der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Gleichberechtigung; damit verbunden war eine Ausweitung und Stärkung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. „Die AfD-Fraktion hat gegen die Ausweitung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten gestimmt, und das ist ein deutliches Zeichen.“ Sie hätten sich taktisch auch enthalten können, aber sie haben explizit dagegen gestimmt. (Interview 4)

Anfragen und Anträge in Parlamenten, Stadträten und weiteren Gremien

Die befragten Gleichstellungsbeauftragten beobachten eine Zunahme von Anfragen und Anträgen, die gegen ihre Arbeit gerichtet sind, diese infrage stellen

oder sogar abschaffen wollen und die frauenfördernde Anliegen instrumentalisieren. So berichtet eine Interviewpartnerin, dass die AfD im Kreistag einen Antrag gestellt habe, die Gleichstellungsbeauftragte abzuschaffen, um Geld zu sparen.

Mit den gezielten Anfragen und Anträgen ist ein immenser Mehraufwand für die Gleichstellungsbeauftragten verbunden: „Es gab eine Eilanfrage von der Partei über den Rat, die ist sofort abgewiesen worden. Was ich aber zu hundert Prozent glaube, ist, dass die wieder reinkommt. Der Aufwand wird natürlich immens sein. Das muss auch alles Hand und Fuß haben, das heißt, dass nicht nur wir damit beschäftigt sind, sondern auch die Rechtsabteilung und das Büro des Oberbürgermeisters.“ (Interview 6) Vermutet wird, dass manche Anfragen nicht (nur) als legitime parlamentarische Kontrolle der Opposition genutzt werden, sondern auch als eine Strategie, um Ressourcen zu binden und Ämter regelrecht lahmzulegen: „Man hatte auf jeden Fall das Gefühl, dass es Anfragen sind, um reine Energie und Arbeitszeit zu binden.“ (Interview 7) Konkrete Anfragen wurden zum Beispiel zu einzelnen Veranstaltungen, die Gleichstellungsbeauftragte in der Stadt durchführten, eingebracht: „Es gab eine Ratsanfrage von der AfD, die haben dann tatsächlich Punkte aufgeführt wie: ‚Wie teuer war das?‘ ‚Dürfen wir das in Zeiten der Bundestagswahl machen?‘ ‚Verletzen Sie nicht Ihre Neutralitätspflicht?‘“ (Interview 6). Der Arbeitsaufwand, wenn man die Stunden aller Personen, die damit beschäftigt sind, zusammenzieht, betrug „vier bis fünf Tage“. (ebd.) Ein solcher Aufwand kann also zur eigentlichen Veranstaltungsplanung und Durchführung neuerdings hinzukommen; in Städten mit nur einer halben Stelle für Gleichstellungsarbeit scheint dies nahezu unmöglich zu bewerkstelligen.

Eine andere Gleichstellungsbeauftragte berichtet, dass die NPD Änderungsanträge zum Haushaltsplan eingebracht hat, Geld für Veranstaltungen seitens der Gleichstellungsbeauftragten betreffend. Die damalige Argumentation der NPD gibt sie wie folgt wieder: „Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau wäre ein erklärtes politisches Ziel der NPD, aber Gender Mainstreaming würde alle natürlichen Geschlechterunterschiede negieren und darf nicht mit Steuermitteln alimentiert werden.“ (Interview 8) Es sei darüber hinaus „keine Pflicht, dass ich als Gleichstellungsbeauftragte Veranstaltungen mache“. Dieser Antrag ist nach einer Neuwahl des Stadtrates erneut eingebracht worden und musste dementsprechend auch erneut beantwortet werden. (ebd.) In den Anträgen, die auf Abschaffung der Frauenförderung abzielen, wird teils mit perfiden

Strategien gearbeitet. Eine Frauenbeauftragte berichtet: „Ich kann mich an ein Beispiel erinnern, da haben zwei Menschen von der AfD ein Männerbüro gefordert. Die haben es geschickt verstanden, nicht zu sagen, dass dafür das Frauenbüro abgeschafft werden sollte, sondern sie haben es als sinnige Ergänzung verkauft.“ (Interview 5) Der Antrag wurde abgelehnt.

Störungen auf Veranstaltungen

Interviewpartnerinnen berichten auch von Aktionen durch Rechtspopulisten bei Veranstaltungen. „Die haben sich in die Sitzreihen sehr weit vorne gesetzt, demonstrativ an den falschen Stellen applaudiert und Fragen ins Podium gegeben, die am Thema vorbei waren.“ (Interview 6) Eine weitere Gleichstellungsbeauftragte erzählt, dass Vertreter einer rechten Partei das „Mikro an sich genommen haben und nicht wieder hergeben wollten“. (Interview 7) Auch ihre Kollegin erkennt darin klassische – und erfolgreiche – rechte Wortergreifungsstrategien (Interview 6); über Social-Media-Kanäle werden diese Erfolge publik gemacht: „Die haben Bilder getwittert und über Facebook geteilt, wo auch eine Kollegin von uns im Hintergrund dabei war.“ (Interview 1)

Eine Gleichstellungsbeauftragte schildert die Situation, dass ein Mann aus dem rechtspopulistischen Spektrum zu einer Veranstaltung kam, die laut Ankündigung explizit nur offen für Frauen war: „Wir hatten wohlwissend einen Sicherheitsdienst beauftragt und die sind dann mit mir zu ihm hingegangen. Ich habe ihn freundlich gebeten, dass er den Raum verlässt, weil das eine Veranstaltung ist, die sich nur an Frauen richtet. Ich bin weder auf Partei noch auf irgendwas eingegangen. Ich hätte jeden anderen auch rausgeschickt.“ (Interview 6) Noch während der Veranstaltung machte eine Kollegin die zitierte Gleichstellungsbeauftragte darauf aufmerksam, dass es in den sozialen Medien hoch hergeht: Der abgewiesene Mann hatte gepostet, dass er trotz Anmeldung nicht reingelassen worden sei. „Also es ist ein absolut ‚alternativer‘ Fakt, den er versucht hat, zu verbreiten. Er hat mir dann noch gesagt, dass er sich beschweren und mich verklagen wird. Dann hat er mir ein paar Tage später über den Messenger-Dienst abends eine Beschwerde geschickt, die an meine Dienststelle gehen würde. Die Beschwerde hat unheimlich viele falsche Informationen enthalten, zum Beispiel, dass wir ihm gedroht hätten.“ (Interview 6)

Diffamierungen in den Social Media

Auch weitere Gleichstellungsbeauftragte berichten, dass sie über Social Media oder Messenger-Dienste

kontaktiert und beschimpft wurden: „Ich hab auch über Messenger Nachrichten bekommen: ‚Pfui Frau E., Sie sollten sich schämen‘ – von Menschen, die ich gar nicht kenne.“ (Interview 6) Auch online würden „schlimme Dinge“ verbreitet und werde „über die Gleichstellungsbeauftragte hergezogen“. (Interview 8) Eine Interviewpartnerin erzählt von Hetze auf Facebook, die im Jagdjargon formuliert wurde und deutlich machte, dass die Jagd eröffnet sei. (Interview 6) Sie konstatiert: „Ich finde, man muss da ganz schön was einstecken, um dann weiterzumachen.“ (ebd.) Eine Kollegin pflichtet ihr bei: „Das macht natürlich schon was mit einem, so persönlich.“ (Interview 7)

Die Verbreitung falscher Tatsachen (sogenannter Fake News) macht einigen Gleichstellungsbeauftragten Sorgen. (Interview 6) Gezielt werde mit falschen Behauptungen Stimmung gegen die Gleichstellungsarbeit gemacht – teilweise in Internetchats und geschlossenen Foren jenseits der öffentlichen Wahrnehmung, teilweise über öffentlich einsehbare Social-Media-Kanäle. Ein solcher digitaler Ort der Diffamierung sind etwa Facebook-Gruppen aus dem NPD-Umfeld (Interview 8); in einem besonders krassen Fall erwähnte ein NPD-Kandidat zusammen mit diffamierenden Äußerungen die Privatadresse der Gleichstellungsbeauftragten und veröffentlichte diese in den sozialen Medien. (Interview 8) Das sogenannte Doxing, also das Zusammentragen und Veröffentlichens personenbezogener Daten, ist eine Strategie, die häufig und gezielt von rechtspopulistischen und extrem rechten Akteur*innen und Gruppierungen angewendet wird, um politische Gegner*innen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Öffentliche Bedrohungen und Einschüchterungen

Der öffentliche Druck, so einige Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, habe zugenommen: „Ich muss jetzt andere Briefe beantworten als noch vor ein paar Jahren, weil andere Menschen das lesen und für bare Münzen nehmen oder schon im Gedankengut haben. Um zu schimpfen, was ein Gleichstellungsbüro überhaupt soll, schreiben sie mir jetzt persönlich und dem Oberbürgermeister, die setzen auch gleich die Zeitungen ins CC und die Fraktion der AfD.“ (Interview 6) Vor allem unter Pseudonym verfasste Briefe an die Gleichstellungsbeauftragten sind im Tonfall heftig und diffamierend.

7. Interviewstudie: Gegenstrategien aus der Praxis der Gleichstellungsarbeit

Von Rachel Spicker und Judith Rahner

In den acht Interviews mit Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurde auch über Umgangsstrategien mit antifeministischen Angriffen und Rechtspopulismus im Arbeitsalltag gesprochen. Im Folgenden kommen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte selbst zu Wort.

Den eigenen Gestaltungs- und Handlungsspielraum nutzen

„Als Gleichstellungsbeauftragte hast du einen unglaublichen Gestaltungsspielraum. Du siehst die Richtungen, wo es gesellschaftlich hingeht und politisch, und du kannst unheimlich gut auch deine Marken setzen. Wir haben in den letzten Jahren gemerkt, dass Rechtspopulismus ein zentrales Thema für die Gleichstellung ist und dass wir uns zu Wort melden und Stellung beziehen müssen.“ (Interview 6)

Wie kann auf Anfragen und Anfeindungen reagiert werden?

- In der Gegenargumentation auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und auf Chancengleichheit beziehen. „Wir dulden Rechte auch nur, da wir uns an Recht und Gesetz halten. Und die AfD muss umgekehrt gefragt werden, ob sie die Rechtsstaatlichkeit respektiert, denn auch im Grundgesetz steht, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Und um diese Gleichstellung zu erreichen, sind Gleichstellungsstellen und noch mehr nötig. Alles ist rechtlich geklärt.“ (Interview 1)
- Bei Anträgen und Fragen der AfD: rechtlich mit Art. 3 Grundgesetz und dem Verfassungsauftrag der Gleichstellung argumentieren. (Interview 2)

- Bei AfD-Anträgen im Kreistag: nicht im Gremium näher darauf eingehen, sondern erwidern, dass Sie auf Einladung bei einem Extratermin gerne mehr von Ihrer Arbeit berichten können. (Interview 3)
- Frauen in einzelnen Fraktionen um Unterstützung bitten und persönlich ansprechen. (Interview 4)
- Konkrete Situation berücksichtigen: „Bei der Diskussion muss man überlegen: Wann führt man die und wo führt man die?“ (Interview 2)
- In der Kommunikation bleiben – trotz Anfeindungen und Infragestellungen: „Ich blocke das nicht ab. Ich versuche freundlich und auch sachlich zu sein.“ (Interview 2)
- Bei Angriffen: Öffentlichkeit suchen, zum Beispiel über Pressemeldungen, den Einbezug der Verwaltungsspitze oder die Information des Oberbürgermeisters. (Interview 4)
- Angriffe und Anfeindungen dokumentieren.
- Unterstützung durch andere Ämter und Personen organisieren: „Es ist wichtig, dass man das Gefühl hat, man ist nicht alleine und man bekommt wirklich professionelle Unterstützung über das Rechtsamt und von überall; auch von Menschen, die mit solchen Anfragen schon öfter zu tun hatten und wissen, wie man da reagiert.“ (Interview 6)

Wie können eigene Themen und Akzente besser gesetzt werden?

- Offensiver Auftreten in Ausschüssen, Arbeit vorstellen und Fragen stellen: „Am Anfang war ich noch zögerlich, inzwischen agiere ich da viel stärker.“ (Interview 2)
- Öffentlich positionieren: „Ich werde die Veranstaltung auch nochmal nutzen, um zu dem Thema Stellung zu beziehen.“ (Interview 6)

- Gleichstellungsbericht: mehr Fakten und Zahlen zitieren, um der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen. (Interview 3)
- „Akzeptanz für die eigene Arbeit schaffen! Über Arbeit und Inhalte informieren, Frauensolidarität unterstützen, Netzwerke schaffen.“ (Interview 6)
- Tätigkeitsbericht des/r Oberbürgermeister*in zuarbeiten, um gleichstellungspolitische Ziele sichtbar zu machen. (Interview 4)
- Kandidat*innen zur Bundestags- oder Landtagswahl aller Fraktionen einladen und Fragen mit frauenpolitischem Hintergrund stellen.
- Mit Personen aus dem Gleichstellungsausschuss Themen jeweils vorher absprechen. So haben alle die Möglichkeit, sich inhaltlich vorzubereiten und dann auch mitzuarbeiten; dafür ist gute Vernetzung wichtig. (Interview 2)
- Sich selbst in den eigenen Positionen bestärken: „Heute würde ich mich durchaus als Feministin beschreiben, weil ich heute die Hintergründe eher kenne und weiß, was das eigentlich für mich heißt. Früher hätte ich sofort gesagt: ‚Nein so bin ich ja nicht.‘ Aber doch: bin ich! Und das war ich auch zu dem Zeitpunkt schon. Ich hätte es nur nicht so formuliert.“ (Interview 5)
- „Aktiv in die Debatte einsteigen und nicht sagen: ‚Wir Frauen sind die Benachteiligten und alle anderen sind böse.‘ Man muss auch mit der AfD reden – ohne deshalb ihre Ideologie anzuerkennen. Es gibt keine andere Chance, als ihre Ideologie zu zerpfücken. Außerdem müssen wir die Männer mitnehmen in diesem Bereich, sie sollen auch selber dafür kämpfen, dass es Gleichstellungsbeauftragte gibt.“ (Interview 1)

Netzwerkarbeit

„Gut zusammen arbeiten alle Gleichstellungsbeauftragten hier vor Ort. Das ist auch das, was mir gut gefällt und mich auch so ein bisschen hält“ (Interview 3)

- Über Strategien austauschen: „Wir führen in meinen Netzwerken gezielt die Diskussion: Wie agieren wir, wie agiere ich im Ausschuss? Was bringe ich ein? Was spreche ich an? Was spreche ich nicht an? Wann antworte ich und wann nicht? Wo will ich vielleicht eine Diskussion haben und wo nicht? Und das ist natürlich auch eine Ressourcen- und Kapazitätenfrage.“ (Interview 2)
- Mit anderen Gruppierungen austauschen und vernetzen: zum Beispiel mit männerpolitischen

Infrastrukturen (Väter-Initiativen, Männergruppen), mit Kirchen, mit queeren Communities (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* oder Inter*) zusammen-tun. (Interview 4)

- Aktive Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss.
- Interkulturelle Frauencafés, um Netzwerke zu knüpfen und Plattformen für Frauen zu bieten. (Interview 5)
- Unterstützung von Mobilen Beratungsstellen und Opferberatungen holen. (Interview 8)

Inhaltlich fit bleiben

- Es ist hilfreich, Zahlen und Statistiken parat zu haben, falls sie angefragt werden (zum Beispiel zu Frauen in Führungspositionen, zur Situation von Alleinerziehenden, zu Frauenhäusern etc.)
- Sensibilität in Bezug auf Ost/West-Fragen auch beim Thema Gleichstellung („westlich“ wird häufig als dominant wahrgenommen und als weniger anschlussfähig für die Menschen in Ostdeutschland); Menschen bei ihren Themen und Bedürfnissen abholen. (Interview 2)
- Führungskräfte-schulung zu Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, Genderkompetenz aufbauen und Vorurteilen – ‚Wir haben das gar nicht nötig und bei uns können doch Frauen alles machen‘ – entgegenwirken. (Interview 5)
- Willkommenskultur stärken, Begegnung mit geflüchteten Menschen unterstützen; dadurch können auch Ängste genommen und der rassistischen Instrumentalisierung frauenpolitischer Themen entgegengewirkt werden.

Schulungen und Informationsveranstaltungen zu Rechtspopulismus

- Das Thema ‚Rechtspopulismus und Antifeminismus‘ als eigenständiges Thema auf die Agenda setzen. (So geschehen im Frauenbeirat, da festgestellt worden war, dass auch die Beteiligten selbst über sehr unterschiedliche Wissensstände verfügten.)
- Veranstaltungen und Workshops zum Thema organisieren, dabei nicht nur Menschen vor Ort aufklären, sondern auch das eigene Netzwerk schulen. (Interview 6)
- Aufklärung über Antifeminismus, rechtspopulistischer bis rechtsextremer Akteur*innen und Strukturen sowie Strategien rechter Frauen; Schulungen zu rechten Gesprächsstrategien, um gut vorbereitet zu sein. (Interview 8)

- Wie kommunizieren wir gut? Welche Öffentlichkeitsarbeit fahren wir? Wie werden Themen angesprochen und gesetzt? (Interview 2)
- Was muss ich bei der Veranstaltungsplanung und -durchführung beachten?
- Social-Media-Schulungen, um die Informationsbeschaffung zu verbessern und auf Angriffe vorbereitet zu sein.

Zur Zukunft der Gleichstellungsarbeit

„Gleichstellungsbeauftragte sind Einzelkämpferinnen, oft mit kaum oder gar keinen Befugnissen. Alles hängt zudem vom eigenen Engagement oder spezifischem Vorwissen und der Bereitschaft, zu kämpfen, ab.“ (Interview 1)

„Diskriminierungsmerkmale sind vielfältiger geworden. Das zu fassen in der Gleichstellungspolitik, wo es vor allem um Geschlecht geht, ist schwierig. Denn trotzdem bleibt bei Frauen immer das Diskriminierungsmerkmal Frau. Und die anderen kommen hinzu. Gleichstellungspolitik verändert sich, und das wird ein großes Thema auch für die BAG [Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen] werden, dem wir uns annehmen müssen“ (Interview 2)

Ideen für eine Gleichstellungsarbeit der Zukunft

- Die BAG und die LAGs [Landesarbeitsgemeinschaften der Gleichstellungsbeauftragten] müssen auf Komplexität und Diversität besser reagieren, also intersektionaler denken und sich positionieren. „Trennlinien verlaufen nicht mehr ‚nur einfach‘ zwischen ‚Männern‘ und ‚Frauen‘.“ (Interview 2)
- Migrantische Frauen nicht auf Themen wie Krieg im Ausland, Familie oder Herkunftsländer festlegen und dazu als Expertinnen befragen, sondern ebenso zu Umweltschutz, Rente etc. – Themen, die sie schließlich auch betreffen. (Interview 1)
- „Wünschenswert wäre, wenn wir nicht nur Chancengleichheit als Thema hätten, sondern meinetwegen Beauftragte zum Thema Vielfalt.“ (Interview 4) „Das ganze Thema Vielfalt, wo auch Menschen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund reinzählen, es also nicht nur um Geschlecht geht, da sind wir hier in der Stadt durch große Demokratiekonferenzen schon vorangekommen.“ (ebd.)
- Mehr Migrantinnen, schwarze Deutsche und Personen of Color als Gleichstellungsbeauftragte einsetzen. (Interview 1)

- Interessen marginalisierter Männer einbinden: „Warum sollten 99 Prozent der Gleichstellungsauftragten Frauen sein? Wir haben kein Monopol in diesem Bereich, es ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wenn auch einige Männer in dem Bereich arbeiten würden, würde das mit Sicherheit auch den Blick mancher Männer auf die Gleichstellungsarbeit ändern und diese aufwerten.“ (Interview 1)
- Gleichstellungsthemen einfach und anschlussfähig vermitteln und neue/andere Zielgruppen erreichen; Ideen/Strategien entwickeln, um das zu erreichen. (Interview 2)
- „Jedes Bundesland hat ein eigenes Gleichstellungsgesetz und in allen Gleichstellungsgesetzen fehlt, dass Befugnisse und Sanktionen ausgehandelt sind. Und Sie wissen ja, dass Gesetze ohne Sanktionen keine Wirkung haben. Man ist immer abhängig vom Wohlwollen der jeweiligen Betriebe, Verwaltungen und Vorgesetzten.“ (Interview 1)
- „Wenn man mit Themen aneckt, kann man auch Gespräche anzetteln. Die AfD hat auch mit einfachen Parolen und Fahnen auf der Straße begonnen und viel Aufmerksamkeit bekommen – feministischer Populismus, warum nicht? Eigentlich sind tausend Gleichstellungsbeauftragte eine starke Macht. Aber ich sehe diese Präsenz nirgendwo in der Presse oder der Debatte. Teilweise dürfen sie aufgrund ihrer Institutionalisierung nicht politisch Stellung beziehen, aber man muss auch mal was riskieren.“ (Interview 1)

Weiterentwicklung fachlicher Standards

- „Landesministerien und Bundesministerium sollten Zahlen und Fakten zu den Themen der Gleichstellungsbeauftragten bereitstellen, damit die für alle Beauftragten schnell und einfach abzurufen sind. Häufig fehlt es an Basiswissen, denn Gleichstellungsbeauftragte haben nicht die Zeit, sich in alle Themen intensiv einzuarbeiten. Aber sämtliche Themen müssen vorbereitet werden, weil sie infrage gestellt werden.“ (Interview 2)
- Leitfaden zur Vorbereitung auf den Job einer Gleichstellungsbeauftragten erstellen und Einarbeitung erleichtern. (Interview 2)
- Berufseinsteigerinnen unterstützen; viele haben zwar Gender Studies studiert, aber wenig Erfahrungen mit Frauenpolitik. (Interview 4)

8. Analysieren – Positionieren – Konfrontieren – Streiten. Allgemeine Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus

Von Jan Riebe

Analysieren

Für eine erfolgreiche Strategie gegen rechtspopulistische Angriffe ist es wichtig, sich mit deren Inhalten (siehe Kapitel 2-3) und deren Strategien (siehe Kapitel 4) auseinanderzusetzen. Auch ist es von Vorteil, lokale Begebenheiten, rechte Akteur*innen und Netzwerke zu kennen. Hier können lokale Initiativen, gegebenenfalls auch die Polizei, sinnvolle Ansprechpartner*innen sein.

Positionieren

Kein Abarbeiten an rechtspopulistischen Akteur*innen!

Rechtspopulist*innen wollen im Mittelpunkt stehen. Nach dem Motto ‚Lieber schlechte Presse als keine Presse‘ freuen sie sich, wenn sie Gegenstand der Auseinandersetzung sind. Diesen Gefallen sollten Sie ihnen nicht tun. Stattdessen:

- Rechtspopulist*innen und Antifeminist*innen alleine keine Bühne bieten, auch nicht mit der Zielsetzung, sie zu ‚entlarven‘.
- Bei Diskussionen Sachthemen, nicht rechte Akteur*innen, in den Fokus der Auseinandersetzung stellen. Falls die Akteur*innen einschlägig bekannt sind: dies benennen, jedoch ohne sich an ihnen abzuarbeiten.
- Stattdessen: Kontrapunkt setzen, eigenes Gesellschaftsbild stärken.
- Eine inhaltliche Auseinandersetzung – statt konsequenter Ausgrenzung oder Ausblendung – kann durchaus hilfreich sein, da sich Rechtspopulist*innen sonst als Opfer inszenieren können. Eine inhaltliche Auseinandersetzung sollte jedoch an die Bedingung geknüpft sein, dass das Gegenüber demokratische Mindeststandards wie Menschenrechte und Minderheitenrechte akzeptiert.

Die wohl wichtigste Strategie überhaupt lautet: eigene Themen setzen

- In Auseinandersetzung mit Rechtspopulist*innen nicht darauf beschränken, etwas auf deren Wortbeiträge zu entgegnen – sondern offensiv eigene Themen und Inhalte setzen!
- Vielfalt und Teilhabe als Querschnittsthema entgegnen.
- Dem homogenen, autoritären Weltbild der Rechten ein eigenes Gesellschaftsbild entgegenstellen – ‚Wie wir leben wollen‘ als Kontrapunkt.

Geschlossenheit signalisieren

- Minimalkonsens zum Umgang mit Rechtspopulist*innen in den eigenen Verbandsstrukturen und Netzwerken erarbeiten.
- Demokratische Mindeststandards sind nicht verhandelbar. Minderheitenrechte und Menschenrechte schützen!
- Wenn Sie beispielsweise von Parteien oder der Presse als Expert*innen eingeladen oder befragt werden: Im Vorfeld verbandsintern den Umgang mit zu erwartenden rechtspopulistischen Positionen und Akteur*innen klären.

Normalisierungseffekte vermeiden

Rechtspopulist*innen richten sich gegen die offene, solidarische und demokratische Gesellschaft; lokale rechtspopulistische Politiker*innen und deren Äußerungen sollten nicht losgelöst von der Bundespartei betrachtet werden, daher:

- Kein Auftritt bei Veranstaltungen der Rechtspopulist*innen.
- Falls Sie überlegen, Rechtspopulist*innen einzuladen: gut abwägen, ob das sinnvoll ist oder nicht. Sie

nicht einzuladen führt oftmals zu Opferinszenierungen. Aber: Das ist auch bei einer Einladung häufig nicht zu vermeiden. (Siehe unten: Veranstaltungen vorbereiten.)

- Achtung Falle: Rechtspopulist*innen bewusst einzuladen oder nicht einzuladen impliziert die Gefahr entweder vom Normalisierungseffekt oder der Opferinszenierung. Das eine oder das andere zu verhindern, wird demnach nur selten gelingen.

Eigene Strategie für den Umgang mit rechtspopulistischen Akteur*innen entwickeln – und daran festhalten

Innerhalb der eigenen Organisation, im eigenen Verband oder Netzwerk gilt es, einen internen Austausch über antifeministische Angriffe durch Rechtspopulist*innen sicherzustellen und Strategien zu erarbeiten für die von Rechtspopulist*innen

- gestellten Anträge,
- genutzten Strategien,
- besetzten Themen und
- betriebene Öffentlichkeitsarbeit.

Der interne Austausch sollte außerdem gewährleisten, dass Gegenmaßnahmen und eigene Unsicherheiten im Umgang mit Rechtspopulist*innen besprochen werden können. Dies kann beispielsweise auf geschlossenen Online-Plattformen, mittels verschiedenster Vernetzungsformen (zum Beispiel Regionaltreffen) oder mit einer bundesweiten Struktur mit festem*r Ansprechpartner*in erfolgen. Zudem sollte ein regelmäßiger Austausch mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen außerhalb der eigenen Organisation, im eigenen Verband oder Netzwerk stattfinden.

Im Zuge dessen sollte ein eigenes internes Strategiepapier zum Umgang mit rechtspopulistischen Akteur*innen entwickelt werden. Nachfolgend ein fiktives Beispiel für ein Strategiepapier der Organisation XY:

- „XY geht nicht aktiv auf rechtspopulistische Akteur*innen zu, um sie für die Unterstützung von Forderungen zu gewinnen. Wir laden sie nicht zu parlamentarischen Veranstaltungen ein, sprechen sie nicht bei Petitionen oder Stellungnahmen von unserer Seite an.“
- „XY beteiligt sich nicht an parlamentarischen Initiativen, Veranstaltungen und Stellungnahmen von rechtspopulistischen Akteur*innen.“
- „Dort wo nötig, geht XY in die offene, sachbasierte Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Akteur*innen. Wir zeigen, dass die rechtspopulistischen Akteur*innen keine Sacharbeit leisten und keine

Lösungen aufzeigen – selbst dann nicht, wenn sie scheinbar ähnliche Forderungen vertreten wie XY.“

Wenn ein offensiver Umgang mit Rechtspopulismus befürwortet wird, sollte darüber hinaus die eigene Positionierung im Umgang mit Rechtspopulist*innen öffentlich gemacht werden¹³⁴.

Konfrontieren

Rechtspopulistische Strategien enttarnen und benennen

- Bei Diskussionsveranstaltungen: An Beispielen kurz und prägnant Strategien der Rechten (etwa das Themen-Hopping oder die widersprüchliche Positionierung je nach Klientel/Region) benennen und dadurch entlarven.
- Bei einer Auseinandersetzung der rechtspopulistischen Strategie, demokratische Parteien, NGOs und andere als abgehobene Elite zu denunzieren, nicht auf den Leim gehen; dabei nicht arrogant auftreten, sondern auf Augenhöhe begegnen.
- Es nicht bei der Skandalisierung einzelner, beispielsweise rassistischer Äußerungen belassen, sondern deutlich machen, dass es sich hierbei nicht um ‚Ausrutscher‘ handelt: dass die Äußerungen vielmehr der Ideologie der Gruppierung oder Partei und ihrer Programmatik entsprechen.
- Entscheiden, ob auf gezielte Provokationen eingegangen wird oder nicht; oft dienen solche Provokationen dazu, von Inhalten abzulenken und so sicherzustellen, dass ausschließlich über die Positionen der Rechtspopulist*innen gesprochen wird.
- Banal, aber wichtig: Die Auseinandersetzung mit nationalistischen, rassistischen, rechten Positionen darf nicht erst in der Konfrontation mit Rechtspopulist*innen beginnen, sondern muss im alltäglichen Gespräch, etwa mit Kolleg*innen, Nachbar*innen oder Bekannten, stattfinden. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und ähnliche Herrschaftsverhältnisse sind nicht auf den Rechtspopulismus zu reduzieren.

Humor als Stilmittel situationsbedingt einsetzen

Rechtspopulistische Positionen lassen sich manchmal gut mit den Stilmitteln des Humors und der Satire vorführen. Diese gilt es pointiert und intelligent einzusetzen, dann kann dies viel aussagekräftiger sein als die beste Gegenrede.

¹³⁴ So macht es z.B. der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), URL: www.bund.net/aktuelles/detail-aktuelles/news/der-bund-zur-afd/ (abgerufen am 06.07.2018)

Differenzierung zwischen rechtspopulistischen Parteien und deren Wähler*innen

- Keine Anbiederung an rechte Wähler*innen, aber Unterscheidung zwischen rechtspopulistischen Parteien und deren Wähler*innen.
- Sorgen der Wähler*innen ernst nehmen, aber in Widerspruch gehen: Rassismus, Demokratiefeindschaft etc. benennen.
- Rechtsextreme können von Veranstaltungen ausgeschlossen werden: Durch eine Ausschlussklausel kann Rechtsextremen per Hausrecht der Zutritt zu Veranstaltungen verweigert oder sie können gezwungen werden, die Veranstaltung zu verlassen.

Textvorlage Ausschlussklausel:

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

Quelle und weitere Infos: www.mbr-berlin.de/angebote/beratung/best-practise-2/

Streiten

Bei Diskussionsveranstaltungen Handlungsspielräume nutzen

Unabhängig davon, ob Rechtspopulist*innen auf dem Podium oder aber im Publikum sitzen:

- Hetze und Propaganda durch eine gut vorbereitete Moderation verhindern bis hin zum Verweis auf die Ausschlussklausel.
- Vorab darüber verständigen, wie mit zu erwartenden Provokationen umgegangen werden soll.
- Themen-Hopping (siehe Kapitel 4) unterbinden.

Demokratische Streitkultur (wieder) erlernen

- Ob im eigenen Verein, im Gespräch mit Nachbar*innen oder dem*der Vorsitzenden einer rechtspopulistischen Partei: bei Positionierungen, die Sie als falsch erachten, gilt es, zu widersprechen.
- Im Vorfeld eines zu erwartenden Aufeinandertreffens mit Rechtspopulist*innen: Spielen Sie die Situationen mit Freund*innen oder Kolleg*innen (mehrfach) durch; bestenfalls holen Sie sich profes-

sionelle Unterstützung, beispielsweise in Form eines Argumentationstrainings.

Die Auseinandersetzung suchen!

Suchen Sie das Gespräch mit Sympathisant*innen des Rechtspopulismus – also nicht mit Funktionär*innen, sondern mit Nachbar*innen, Kolleg*innen, beim Bäcker um die Ecke, am Stammtisch:

- Zuhören und analysieren.
- Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homo-feindlichkeit und andere Herrschaftsverhältnisse als Bestandteil rechten Denkens benennen – und widersprechen.
- (Persönliche) Anfeindungen, wenn notwendig, auch juristisch entgegnen, z.B. durch Einfordern von Unterlassungserklärungen und Gegendarstellungen.
- Eigene Argumente, Strategien testen und verbessern.
- Nicht nur in der eigenen Blase verbleiben.

Dokumentation von Anfeindungen und Übergriffen

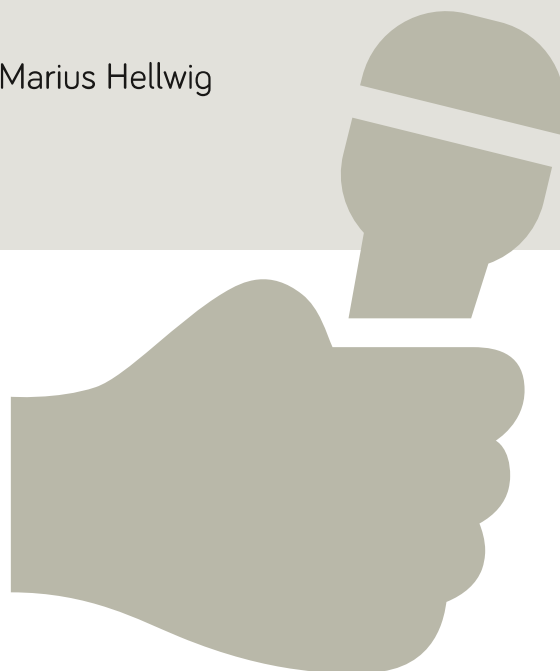
- Angriffe auf die Würde von Menschen und andere Spielarten des Rechtsextremismus dokumentieren und veröffentlichen.
- Regelmäßig den Austausch über entsprechende Vorfälle suchen – sei es intern, in übergreifenden Strukturen oder mit der demokratischen Zivilgesellschaft.

Zusammenfassung

- Wichtig: stets klare Haltung zeigen, Wissen zu Rechtspopulist*innen (vor Ort) aneignen und eigene Rhetorik schulen.
- Klare inhaltliche Analyse erarbeiten und die Verständigung unter Demokrat*innen fördern.
- Mit Rechtspopulist*innen reden – aber nicht so, wie sie reden. Eine Ausgrenzung rechtspopulistischer Parteien stärkt diese mitunter! Der Umgang mit ihnen muss offensiv und in strikter inhaltlicher Abgrenzung erfolgen.
- Rechtspopulist*innen haben die Grenzen des Sagbaren und der Realpolitik bereits verschoben, deshalb: eigene Inhalte und eigene Sprache regelmäßig kritisch reflektieren.
- Gestehen Sie sich ein: Wir haben nur bedingt Antworten für die Wähler*innen rechter Parteien.
- Eigene Umgangsstrategie, einen eigenen Verhaltenskodex entwickeln.
- Gegen-Narrativ stärken und kommunizieren: Für die eigene Politik und die eigenen Vorstellungen mit Herz und Verstand streiten und sich darin gegenseitig bestärken!

9. Was tun mit Rechtspopulist*innen auf Podien und im Publikum?

Von Simone Rafael, Enrico Glaser, Jan Riebe, Marius Hellwig



Was gilt es zu beachten, wenn Sie – weil Sie wollen oder müssen – AfD-Vertreter*innen zu Veranstaltungen oder Podien einladen? Wie können Sie mit Rechtspopulist*innen im Publikum umgehen? Im Folgenden finden Sie einige Tipps, wie Sie mit rechtspopulistischen Überraschungen, Themensetzungen, Verdrehungen, mit Hetze und Bedrohung umgehen und diese reduzieren können.

Was tun mit Rechtspopulist*innen auf Podien?

- Im Vorfeld gut überlegen, ob die AfD auf dem Podium sitzen soll: Hat sie inhaltlich etwas beizutragen? Müssen alle Parteien eingeladen werden? Dilemma: Wenn die AfD nicht eingeladen wird, inszeniert sie sich gegebenenfalls als Opfer. Wird sie eingeladen, trägt dies zur Normalisierung der Partei bei, und gegebenenfalls inszeniert sie sich dennoch als Opfer (etwa wegen angeblich zu geringer Redezeit).
- Als Moderator*in geben Sie die Stimmung, den Ton und die Diskussionsregeln vor. Es lohnt sich, diese am Anfang einmal zu benennen, zum Beispiel: ‚Wir lassen uns ausreden, hören uns zu, keine Beleidigungen, hasserfüllten Attacken usw.‘ Dies gilt natürlich für alle Diskussionsteilnehmenden, auch gegenüber Rechtspopulist*innen.
- Geben Sie rechtspopulistischen Teilnehmenden nicht mehr Raum als den anderen.

- Vermeiden Sie, dass die Diskussion sich nur noch um die rechtspopulistischen Teilnehmer*innen dreht.
- Stellen Sie den Rechtspopulist*innen Sachfragen, die nach Möglichkeit nichts mit rechtspopulistischen Lieblings- und Agitationsthemen (Umgang mit Geflüchteten, ‚die da oben‘, ‚Lügenpresse‘, ‚Zensur‘ usw.) zu tun haben.
- Wenn rechtspopulistische Podiumsteilnehmer*innen abschweifen und auf ihre Lieblings- und Agitationsthemen umschwenken: Lassen Sie das nicht zu und bestehen Sie auf Antworten auf Ihre Fragen.
- Fragen Sie sich gegebenenfalls bis zum Kern des Themas durch. Fragen Sie beispielsweise bei der Forderung ‚Grenzen dicht für Geflüchtete‘ nach: ‚Was heißt das genau? Sollen die Grenzen auch mit Waffengewalt verteidigt werden? Soll auch auf Frauen und Kinder geschossen werden? Auch bei der Behauptung ‚Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr‘ können Sie nachhaken: ‚Inwiefern, wo denn? Woran machen Sie das fest – daran dass Sie Rassismus und Antisemitismus nicht überall verbreiten können, ohne dass jemand widerspricht?‘
- Wenn rechtspopulistische Gesprächspartner*innen etwas sachlich Richtiges sagen: Weisen Sie gegebenenfalls auf Widersprüche zur Ideologie oder dem sonstigen Handeln der Gruppierung oder Partei hin. Beispiel: ‚Sie setzen sich hier für Frauenrechte ein – geht es Ihnen dabei um alle Frauen oder nur um jene, die sie als ‚deutsch‘ ansehen?‘ Oder: ‚Wenn Sie sich für die Freiheitsrechte muslimischer Frauen in der Türkei engagieren – warum agitieren sie an anderer Stelle gegen Freiheitsrechte von Migrantinnen in Deutschland?‘
- Schreiten Sie sofort ein, wenn andere Teilnehmer*innen auf dem Podium oder im Publikum mit Beleidigungen oder Hass konfrontiert werden.
- Bereiten Sie sich auf rechtspopulistische Argumentationsstrategien vor. Typisch sind beispielsweise Themenwechsel (Themen-Hopping bzw. ‚whataboutism‘) und ein vehement nationaler Bezugsrahmen (‚Ist dieses oder jenes gut für Deutsche/ Deutschland oder nicht?‘ ‚Was kostet dieses oder jenes Deutschland?‘). Die Vorbereitung hilft Ihnen dabei, die Strategien rasch zu erkennen und ihnen mit mehr Klarheit zu begegnen. Benennen Sie auch die vorkommenden rechten Strategien, dadurch verlieren sie an Wirkungsmacht.
- Bereiten Sie sich auf mögliche abwertende Thesen, etwa rassistische, islamfeindliche oder gegen die Parteiendemokratie gerichtete, inhaltlich vor, um

gezielt und souverän widersprechen zu können. Anstelle des schlichten Einspruchs ‚Das ist rassistisch‘ liefern Sie eine Begründung mit, zum Beispiel: ‚Das ist rassistisch, weil Sie damit Menschen in einen Topf werfen, die nichts als ihre Hautfarbe, Herkunft oder Religion gemein haben.‘

- Machen Sie auf jede Verallgemeinerung (wie ‚die Muslime‘, ‚die Deutschen‘ oder ‚die Politiker‘) aufmerksam und bestehen Sie auf Differenzierung. Zwingen Sie Ihre Gesprächspartner*innen, auszusprechen, was sie wirklich meinen.
- Fordern Sie Fakten ein und bitten Sie um Konkretisierung und Kontext, wenn mit Behauptungen oder Allgemeinplätzen jongliert wird. Fragen Sie bei Sätzen wie ‚Ich habe gehört, dass eine Frau von einem Flüchtling vergewaltigt wurde‘ genau nach: ‚Wo ist das passiert, wann, wurde die Polizei benachrichtigt, gibt es eine Pressemeldung zum Fall?‘
- Belassen Sie es nicht bei der Skandalisierung einzelner, etwa rassistischer Äußerungen. Machen Sie deutlich, dass es sich nicht um einen ‚Ausrutscher‘ handelt, sondern dass die Äußerung der Ideologie der rechtspopulistischen Partei oder Organisation entspricht.
- Bereiten Sie sich gut auf die*den rechtspopulistische*n Kontrahent*in vor. Eignen Sie sich Wissen über die Positionen der jeweiligen Gruppierung, Organisation, Partei oder des lokalen Ablegers und über deren etwaige Verstrickungen mit dem Rechtsextremismus an.
- Fragen Sie sich vorab: Welche Punkte wird der*die Rechtspopulist*in vermutlich stark machen wollen? Wie kann ich diese Punkte kurz abfertigen – um danach die Themen ansprechen, die mein eigenes Gesellschaftsbild stärken?

*Was tun mit Rechtspopulist*innen im Publikum?*

- Die Einlasssituation gut vorbereiten: Rechtsextreme per Hausrecht ausschließen; sicherstellen, dass sich ein Ausschluss an der Tür durchsetzen lässt; im Vorfeld die Polizei informieren, wenn Sie erwarten, dass es Konflikte geben könnte.
- Gute, souveräne Moderation und gute Vorbereitung sind zwingend nötig. Stellen Sie die Diskussionsregeln vor (zum Beispiel: keine Beleidigungen, keine Diskriminierungen, keine ‚Co-Referate‘). Lassen Sie diskriminierende Äußerungen nicht stehen, sondern widersprechen Sie – immer.

- Helfer*innen sollten das Saalmikrofon, gegebenenfalls an einer Verlängerungsstange, halten und nicht aus der Hand geben.
- Die Diskussionsregeln gelten natürlich auch für das Publikum. Machen Sie klar, dass bei massiven Störungen ein Ausschluss droht. Stellen Sie vorab sicher, dass Sie einen solchen auch durchsetzen könnten.
- Falls Sie erwarten, dass viele Menschen mit rechtspopulistischen Ansichten im Publikum sitzen: Bereiten Sie sich darauf vor, dass die sich strategisch absprechen und gezielt versuchen werden, die Meinungshoheit bei der öffentlichen Veranstaltungen zu erlangen.
- Agieren auch Sie strategisch: Laden Sie Menschen ein, die aus dem Publikum heraus vorbereitet argumentieren und Fragen stellen können. Diese können einspringen, falls sich kein Gegendiskurs gegen Menschenfeindlichkeit entwickelt, weil Menschen überrumpelt sind oder Angst haben. Sollten Sie befürchten, dass sich viele aus Angst vor späteren Anfeindungen nicht zu Wort melden, können Sie gezielt Expert*innen aus anderen Orten, Regionen, Bundesländern einladen.
- Falls Sie aus dem Publikum heraus als Moderator*in oder Veranstalter*in vorgeführt oder beschimpft werden, falls die Veranstaltung gestört oder die Diskussion unmöglich gemacht wird: Benennen Sie diese Störungen als rechtspopulistische Taktik, zum Beispiel: ‚Sehen Sie, hier wird immer wieder die fehlende Meinungsfreiheit beklagt – aber jetzt sind gerade Sie es, die durch ihre Zwischenrufe einen Austausch unmöglich machen.‘

Allgemeines

- Klären Sie, wer in der konkreten Situation erreicht werden soll: Geht es darum, die*den überzeugte*n Rechtspopulist*in umzustimmen, was meist vergebens ist, oder sollen die Zuhörenden angesprochen werden?
- Fragen Sie sich, worum es den unterschiedlichen Beteiligten geht: Welche Funktion hat eine Äußerung, welche Motive liegen dahinter? Geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung? Spielt das Interesse an einer anderen Meinung eine Rolle? Oder geht es darum, eine bestimmte Reaktion zu provozieren oder Frust und Aggression auszudrücken?
- Richten Sie Ihre Gesprächsstrategie bewusst an Ihren eigenen Zielen aus: Wollen Sie Einstellungen beeinflussen, also überzeugen? Wollen Sie durch

Hinterfragen zum Nachdenken anregen? Oder wollen Sie durch Fragen erreichen, dass sich eine Person selbst als rechtspopulistisch, rassistisch, demokratiefiern entlarvt? Wollen Sie diskriminierende Äußerungen zurückweisen (Grenzziehung), oder geht es Ihnen darum, diskriminierte Personen zu unterstützen und zu schützen (Solidarisierung)? Wollen Sie eine Gegenposition (aus dem Publikum oder auf dem Podium) stärken? Geht es darum, sich selbst zu positionieren, also Ihre Meinung zu verdeutlichen? Fragen Sie sich auch: Was könnte dazu beitragen, dass das Gegenüber seine*ihre rechtspopulistische Position überdenkt, sich auf meine Argumente einlässt?

- Bereiten Sie nicht nur faktische Argumentationen vor, sondern überlegen Sie auch eine humanistische Argumentation auf der Wertebene: Hier geht es um Menschenbilder, um Vorstellungen von Gerechtigkeit, einer solidarischen Gesellschaft oder Ähnliches.
- Machen Sie sich Ihre Emotionen, Ihre persönlichen ‚roten Linien‘, Ihre eigenen Verletzbarkeiten und Ängste bewusst.

10. Handlungsstrategien zum Umgang mit Rechtspopulismus in sozialen Medien

Von Simone Rafael

Rechtspopulistische Agitation im Internet, die sich bis zur Hassrede steigern kann, macht viele Menschen zunächst sprachlos. Sind Sie mit Antifeminismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus in der eigenen Timeline seitens Freund*innen, Bekannten, Kolleg*innen konfrontiert? Oder haben Sie auf der Social-Media-Seite, die Sie betreuen, damit zu tun? Vielleicht ist auch die Social-Media-Seite Ihres Lieblingsmediums betroffen? Meist treffen wir im Internet auf zwar gefährliche, aber nicht strafrechtlich relevante Hate Speech oder rechtspopulistische Argumentationen. Die Meinungsfreiheit deckt auch rassistische, antisemitische, islamfeindliche und sexistische Äußerungen – hier müssen wir also selbst handeln und unsere pluralistischen Werte verteidigen. Nachfolgend finden Sie einfach umsetzbare Ideen für einen verantwortungsvollen und demokratischen Umgang mit rechtspopulistischen Positionen in sozialen Medien.

Vorbemerkung zu strafrechtlich relevanter Hate Speech:

Strafrechtlich relevante Hate Speech (zum Beispiel Volksverhetzung, Holocaust-Leugnung, mitunter Beleidigung und Verleumdung) müssen Sie nicht diskutieren: Sie können diese melden (soziales Netzwerk, Moderation), anzeigen (Polizei, Online-Wachen) oder juristisch prüfen lassen.

Anlaufstellen und Informationen:

www.internet-beschwerdestelle.de

www.hass-im-netz.info/hass-im-netz-melden

www.polizei.de/DE/KontaktAufnehmen/Onlinewachen/onlinewachen_node.html

Hate Speech in Ihrer Timeline

- Im persönlichen Umfeld fällt es vielen schwer, über problematische Positionen zu sprechen – etwa wenn Ihre Kollegin Sexismuskritik mit Rassismus vermengt. Vielleicht schätzen Sie Ihre Kollegin eigentlich und gehen von einem ‚Ausrutscher‘ aus. Denken Sie daran: Je persönlicher der Kontakt, desto größer ist die Chance und die Bereitschaft, Ihren Argumenten zuzuhören.
- Weil es nicht darum geht, Menschen vorzuführen, sondern im besten Fall zu überzeugen: Sprechen Sie problematische Postings lieber (zunächst) in einer persönlichen Nachricht oder im persönlichen Gespräch an als auf der für viele sichtbaren Timeline.
- Möchte die Person den sexistischen Witz, die rechte Informationsquelle oder den homofeindlichen Kommentar nicht löschen: Kommentieren Sie, machen Sie Ihre Haltung klar, möglichst sachlich und wenig persönlich, um souverän zu wirken und sich nicht angreifbar zu machen.

Hate Speech auf der Social-Media-Seite, die Sie betreuen

- Als Moderator*in haben Sie die Chance, den Austausch zu gestalten. Sie haben das digitale Hausrecht und können auch den Ton beeinflussen.
- Geben Sie sich Diskussionsregeln oder eine Netiquette, die klarmacht, dass Sie Hassrede nicht dulden und sich einen konstruktiven Umgangston wünschen.
- Beiträge, die dagegen verstoßen, können Sie verbergen oder löschen. Tun Sie das auch! Diskussionen werden besser ohne Hassreden.
- Wenn Sie sich als Betreiber*in oder Moderator*in zu erkennen geben und mitdiskutieren, führt dies voraussichtlich zu besseren Diskussionen.
- Vergessen Sie nie: Sie sind nicht verpflichtet, auf jeden Kommentar zu antworten und sich auf zeitaufwendige Diskussionen einzulassen. Studien haben gezeigt, dass spätestens nach dem Austausch von vier Argumenten das Gegenüber überzeugt ist – oder auch nicht. Sie können die Diskussion mit einem Maskulinisten oder einem ‚besorgten Bürger‘, der sich über Vielfalt als Schulthema aufregt, deshalb auch getrost beenden, nachdem Sie Ihre Punkte klargemacht haben.
- Zielgruppe Ihrer Argumente sind nicht die Rechtspopulist*innen, die sich auf Ihrer Social-Media-Seite äußern, sondern die mitlesende schweigende Öffentlichkeit. Neunzig Prozent der Menschen, die Social Media nutzen, lesen nur mit. Anders als die Hater*innen sind sie für Ihre Argumente gegebenenfalls empfänglich.
- Falls bestimmte Hassreden oder rechtspopulistische Argumentationen immer wieder vorkommen: Erarbeiten Sie, wenn möglich gemeinsam mit Kolleg*innen, Standardantworten. Dann müssen Sie nicht immer wieder von Neuem formulieren – und Sie sparen Zeit und Nerven.

Hate Speech in der Internet-Öffentlichkeit

Entdecken Sie abwertende Postings etwa zu Geschlechtergerechtigkeit und sexueller Vielfalt auf der Social-Media-Seite Ihrer lokalen Presse, Ihres Katzen-Forums oder Ihres Sportvereins, machen Sie sich klar: Sie haben die Kompetenz, versiert und gelassen zu argumentieren. Tun Sie es und schweigen Sie nicht! Wenn Sie widersprechen, trauen sich auch andere.

- Bleiben Sie sachlich.
- Fragen Sie nach, wie der Post gemeint ist: ‚Es geht Ihnen um den Schutz deutscher Kinder? Was ist mit den anderen Kindern?‘

- Fragen Sie nach Quellen: ‚Das habe ich so noch nie gelesen, haben Sie eine Quelle für mich?‘
- Sehen Sie sich die etwaigen Quellen an. Sollten Sie einseitig und unprofessionell sein, benennen Sie das: ‚Der Blog *Journalistenwatch* hat eine deutlich rechtspopulistische Färbung. Ich bevorzuge wissenschaftliche Quellen, die mehrere Aspekte eines Themas beleuchten, verschiedene Stimmen zu Wort kommen lassen. Sehen Sie mal hier...‘
- Wenn Sie überzeugen wollen, wählen Sie einen überraschenden Ansatz: ‚Ihrem Profilbild nach sind Sie Fußballfan. Engagiert sich Ihre Mannschaft nicht auch gegen Homo- und Transfeindlichkeit?‘
- Setzen Sie am Weltbild des anderen an: ‚Wenn Sie sich um die Vermittlung ‚deutscher Kultur‘ sorgen – arbeiten Sie dann in der Flüchtlingshilfe, um den Geflüchteten zu vermitteln, was Ihnen wichtig ist?‘
- Sagen Sie nicht, dass der*die andere falsch liegt, sondern dass er*sie etwas übersehen hat: ‚Vielleicht kennen Sie diese Studie noch nicht – die kommt zu ganz anderen Schlüssen.‘
- Zeigen Sie Haltung, positionieren Sie sich: ‚Wenn Sie sich hier nur gegen sexualisierte Gewalt durch Geflüchtete und Muslime aussprechen, ist das rassistisch. Wenn Sie es ernst meinen, engagieren Sie sich gegen alle Formen sexualisierter Gewalt, egal von wem.‘ Oder: ‚Ich habe Ihnen bereits erläutert, dass Frauen und Männer gleichwertig sind und deshalb die gleichen Rechte und Pflichten haben sollen. Schade, dass Sie das weiterhin anders sehen, aber ich beende jetzt das Gespräch.‘
- Vergessen Sie aber nicht Ihre eigene Sicherheit: Falls Sie nicht mit Ihrem Klarnamen in Erscheinung treten wollen oder können, legen Sie sich ein zweites Profil für internetöffentliche Diskussionen zu.
- Holen Sie sich Unterstützung: Sie müssen die Auseinandersetzung nicht alleine stemmen. Appellieren Sie an stille Mitlesende, sich zu beteiligen. Wenden Sie sich an die Moderation, wenn Sie oder andere beschimpft oder bedroht werden. Wenden Sie sich an Gruppen wie #ichbinhier¹³⁵, die Menschen in Diskussionen sachlich und fundiert unterstützen.

Mehr Tipps zum Thema:

www.belltower.news/category/lexikon/argumente
oder auf <http://debate-dehate.com/>

135 #ichbinhier.URL: www.facebook.com/groups/718574178311688/
(abgerufen am 05.07.2018).

Tipps und Tricks zum Umgang mit Rechtspopulisten:

Zum Umgang mit Angriffen auf die Gleichstellung haben wir einen ausführlichen Praxisteil mit konkreten Empfehlungen, Tipps und Tricks auf unsere website gestellt – allerdings aus sicher nachvollziehbaren Gründen nur in unserem Login-Bereich:

www.frauenbeauftragte.org/tipps-zum-umgang-mit-rechtspopulismus

Um in den Loginbereich zu gelangen, ist eine Registrierung erforderlich.

Die Handreichung (ohne Tipps und Tricks) findet ihr unter:

www.frauenbeauftragte.org/handreichung-antifeminismus-als-demokratiegef%C3%A4hrdung-gleichstellung-zeiten-von-rechtspopulismus

Serviceteil: Literaturempfehlungen und Ansprechpartner*innen

Zur Relevanz von Gender und Antifeminismus im Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und in der Neuen Rechten

Amadeu Antonio Stiftung (2016): ‚Das Bild des übergriffigen Fremden‘ – wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird. Berlin. Online unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/fachstelle/broschuere-mythos-web.pdf.

Amadeu Antonio Stiftung (2016): ‚Peggy war da!‘ Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen. Berlin. Online unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/pegida_internet.pdf.

Bundeszentrale für politische Bildung bpb (2018): (Anti-) Feminismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Berlin, Nr. 23/2018.

Diskursatlas Antifeminismus. In diesem Wiki werden antifeministische Diskursthemen erschlossen und entsprechende antifeministische Narrative sowie Diskurskoalitionen herausgearbeitet. www.diskursatlas.de.

Frey, R./Gärtner, M./ Köhnen, M./Scheele, S. (2014): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie: Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Online unter: www.gwi-boell.de/de/2013/11/20/gender-wissenschaftlichkeit-und-ideologie-argumente-im-streit-um-geschlechterverh%C3%A4ltnisse.

Goetz, J. (2017): ‚Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt‘ – Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären‘. In: Goetz, J./Sedlacek, J. M./Winkler, A.: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. Hamburg.

Hark, S./Villa, P.-I. (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld.

Hark, S./Villa, P.-I. (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Heinrich Böll Stiftung/Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): ‚Gender raus!‘ 12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik. Online unter: www.gwi-boell.de/sites/default/files/boell_rsl_endfassung_bro_gender_raus_online6mb_3.pdf.

Kemper, A. (2018): Aktivitäten gegen den ‚Gender-Wahn‘. Online unter: www.vielfalt-mediathek.de/data/kemper_widerstand_gegen_gender_wahn_vielfalt_mediathek.pdf.

Kemper, A. (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lang, J./Peters, U. (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg.

Lang, J. (2017): Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, S. (Hrsg.): AfD und FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden.

Scheele, S. (2016): Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus‘? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Vortrag am 31.05.16 in Berlin. Online unter: www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf.

Siri, J./Lewandowsky, M. (2015): Alternative für Frauen? Rollen, Netzwerke, geschlechterpolitische Positionen in der Alternative für Deutschland (AfD). Online unter: www.boell.de/sites/default/files/policypaper_siri_lewandowsky.pdf Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung.

Stiegler, B./Beck, D. (2017): Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zum Umgang mit rechtsextremen, rechtspopulistischen und antifeministischen Argumentationen und Anfeindungen

Amadeu Antonio Stiftung (2017): Positionieren. Konfrontieren. Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin. Online unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/positionieren-konfrontieren-streiten.pdf.

Amadeu Antonio Stiftung (2015): ‚Geh sterben!‘ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet. Berlin. Online unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/hatespeech/geh-sterben-hate-speech-und-komentarkultur-im-internet/.

Bundesverband Mobile Beratung e. V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) & Kulturbüro Sachsen e. V. (2017): ‚Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück‘. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. Online unter: www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf.

Gegenargument/Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen Rechts. Online unter: www.rosalux.de/publikation/id/37599/haltung-zeigen/.

Gleichstellungsstelle der Bremischen Evangelischen Kirche (2017): GENDER. ismus? Was sich hinter den neuen Angriffen gegen Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt verbirgt und wie Sie damit umgehen können. Online unter: www.gender-ismus.evangelisches-zentrum.de.

Heinrich Böll Stiftung/Gunda Werner Institut (2016): Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Antifeminismus und Strategien zum Umgang mit Antifeminismus. Online unter: www.gwi-boell.de/de/gegnerinnenaufklaerung-informationen-und-analysen-zu-anti-feminismus.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2010): Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher_innen bei Veranstaltungen. Online unter: www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010_mbr_hr-wort_web.pdf.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2016): Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer*innen. Online unter: https://verband-brg.de/images/Im_Fokus_von_Neonazis_-_web.pdf.

Fortbildungen

Amadeu Antonio Stiftung: Individuelle Fortbildungen zum Umgang mit Hate Speech, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus online und offline, www.amadeu-antonio-stiftung.de, info@amadeu-antonio-stiftung.de, Tel: 030/240 886 10.

Anti-Rassismus-Trainings: www.Phoenix-ev.org und www.noahsow.de/seminare-fortbildungen-beratung/.

Dissens – Institut für Forschung und Bildung e. V. Fortbildungen und Beratung zu den Themen geschlechterreflektiertes Arbeiten sowie Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, www.dissens.de, institut@dissens.de.

GEGENARGUMENT: Argumentationstrainings gegen Rechtspopulismus und speziell zur Thematik ‚Gender und Antifeminismus‘, <https://gegen-argument.de>, kontakt@gegen-argument.de.

Fortbildungsangebote werden auch von den lokalen Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und von weiteren Ansprechpartner*innen angeboten. (Siehe unten.)

Ansprechpartner*innen und Beratungsmöglichkeiten

Die lokalen Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus beraten vor Ort zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und bieten auch Fortbildungen und Schulungen an. Der Kontakt kann über den Bundesverband hergestellt werden:

Bundesverband Mobile Beratung e. V., Bautzner Str. 45, 01099 Dresden, Tel: 03 51/500 54 16, kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de, www.bundesverband-mobile-beratung.de.

FUMA – Fachstelle Gender und Diversität in NRW, Beratung und Bildung zu Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt, Limbecker Platz 7, 45127 Essen, Tel: 0201/1850880, fachstelle@gender-nrw.de, www.gender-nrw.de.

Kulturbüro Sachsen e. V., Beratung und Bildung zu Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bautzner Str. 45, 01099 Dresden, Tel: 0351/272 14 90, bueror@kulturbuero-sachsen.de, <https://kulturbuero-sachsen.de>.

Miteinander e. V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V., Beratung und Fortbildungsmöglichkeiten zu Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Erich-Weinert-Straße 30, 39104 Magdeburg, Tel: 0391/620773, net.gs@miteinander-ev.de, www.miteinander-ev.de.

Bei rechten, rassistischen oder antisemitischen Einschüchterungsversuchen und Angriffen können lokale Opferberatungen beratend und unterstützend tätig sein. Kontakt zu lokalen Opferberatungen kann der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt herstellen:

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V., Sewanstraße 43, 10319 Berlin, Tel.: 030 / 55 57 43 71, info@verband-brg.de, <https://verband-brg.de>.

Impressum

Herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)



Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und
Gleichstellungsstellen
Geschäftsstelle
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin
Fon 0 30 - 240 09 812
Fax 0 30 - 240 09 813
bag@frauenbeauftragte.de
www.frauenbeauftragte.de

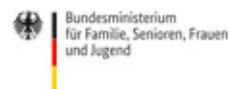
In Zusammenarbeit mit der
Amadeu Antonio Stiftung
Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus
Novalisstraße 12
10115 Berlin
fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.gender-und-rechtsextremismus.de



Redaktion: Judith Rahner, Jan Riebe,
Rachel Spicker
Autor*innen: Laura Chlebos, Milan Fröhlich,
Marius Hellwig, Simone Rafael, Judith Rahner,
Jan Riebe, Rachel Spicker
Lektorat: Dr.in Julia Roßhart, Silke Leibner

Gestaltung: Doris Busch Grafikdesign,
Düsseldorf

Gefördert vom:



Berlin 2018

© Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und Gleich-
stellungsstellen